

leibniz



**Die beste
der möglichen
Welten ...
... bewegt.**

Nachbarn

**Der Krieg nebenan.
Wie Jordanien Syrerern
Zuflucht bietet.**

Wortwahl

**Geflüchteter oder
Flüchtling? Sprache
in der Krise.**

Rechtsruck

**Ortsbesuch: Eine
Bürgerwehr spaltet
ein Dorf.**

02/2016

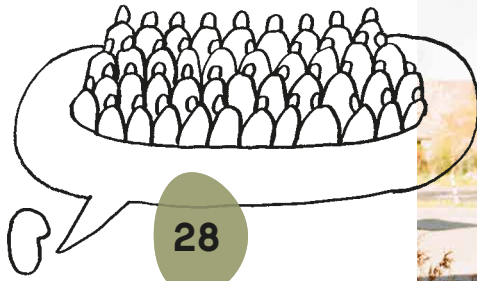
Flucht



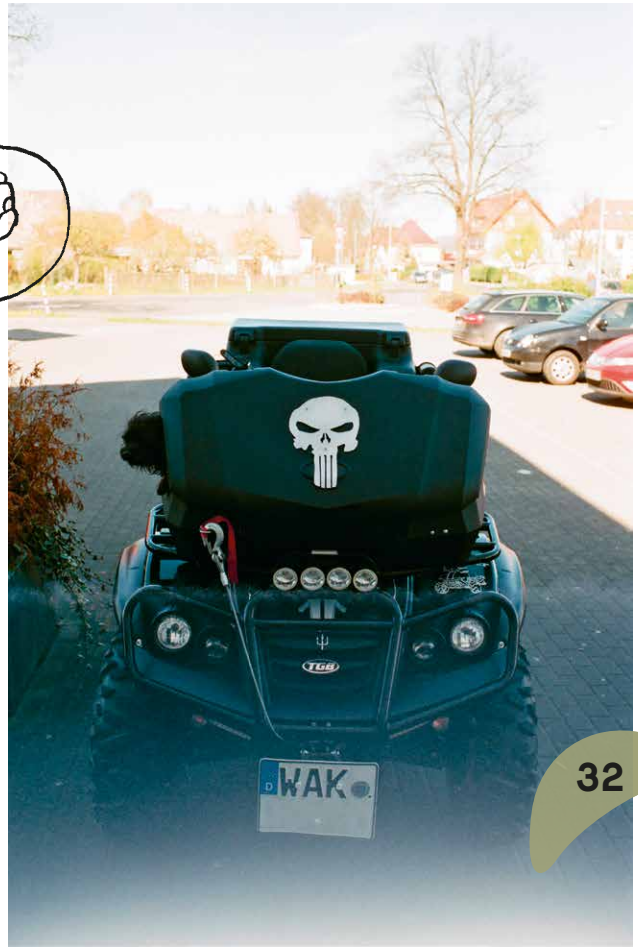
Unsere Welt ist in Bewegung. Einer von 113 Menschen ist heute auf der Flucht. 65 Millionen sind es insgesamt, mehr als je zuvor. Warum verlassen sie ihre Heimat? Und was wird aus ihnen? Das Thema Flucht wirft viele Fragen auf, menschliche wie materielle. Die Antworten darauf unterscheiden sich. Wir haben einige zusammengetragen, denn die Diskussion braucht Anstöße.

Die Redaktion





28



32



18

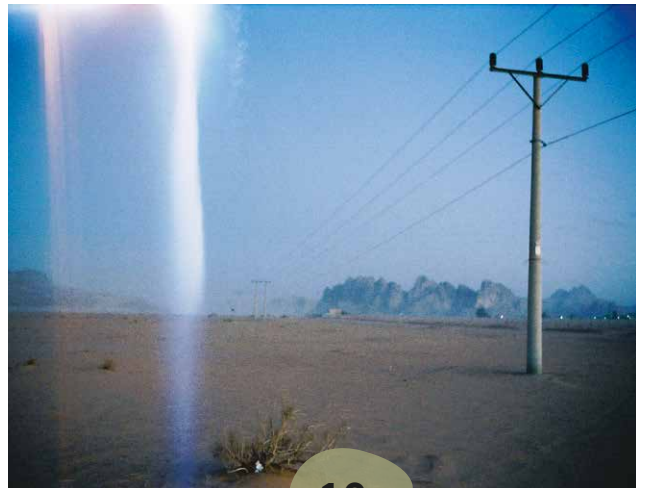
02



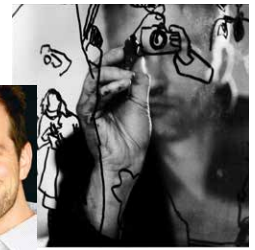
46



66



12



04 Neues

07 Das Forschungsobjekt

08 Nur so ein Vorschlag ...

Schwerpunkt »Flucht«

12 Jordanien: Der Krieg hinterm Zaun

18 Verbunden I: Alte Heimat, neue Heimat

23 Verbunden II: Fotoessay

28 Unsäglich — die Sprache in der Krise

32 Ein Dorf rutscht nach rechts

42 Gemeinschaftsbildung

46 Unter deutschen Dächern

56 Grafik: Das Jahrhundert der Flucht

58 Fliehkraft: Europas Krise

64 Was kostet die Integration?

66 Eine Frage der Ähre

74 Herlinde Koelbl folgt Fluchtwegen

80 Epilog: Was bleibt?

82 Ausstellungen

87 Kalender

88 Bücher

90 Menschen und Projekte

94 Meine Tage mit Leibniz

96 Forschungspolitik: Open Access

100 Meine Welt ist ...

MENSCHEN DIESER AUSGABE

HERLINDE KOELBL

Die Fotografin hat keine Strapazen gescheut: Mit der Kamera ist Herlinde Koelbl quer durch Europa gereist, um die Menschen entlang der Fluchtrouten zu treffen. In griechischen und italienischen Lagern und deutschen Notunterkünften habe sie viel Leid gesehen, erzählte sie uns. Aber auch Hoffnung. Vor allem bei Familien.

JANNIS HAGMANN

Nach seiner Rückkehr berichtete uns der Journalist begeistert, dass er bei keiner Recherche so viel gelernt habe wie bei dieser. Mehrere Tage hat Hagmann die GIGA-Forscher André Bank und Yazan Doughan im jordanisch-syrischen Grenzgebiet begleitet. Auf der Tour sei viel Zeit zum Reden gewesen. »Vom Frühstück bis zum Feierabendbier: Stets ging es um Jordanien.«

ANDREAS TÖPFER

Schon in unserer letzten Ausgabe hat uns Andreas Töpfer mit seinen Illustrationen erfreut. Humorvoll näherte er sich dem Thema »Nudging«. Dieses Mal habe er einen ernsteren Ansatz gewählt. »Im Text geht es um Political Correctness — da sollten die Zeichnungen nicht agitierend wirken.«

neues



FRÜHE VORHERSAGEN

Mit einer neuartigen Netzwerk-Analyse regionaler Wetterdaten können Beginn und Ende des indischen Sommer-Monsuns jetzt früher vorhergesagt werden. Ein Team um das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung fand heraus, dass Veränderungen der Temperatur und der Luftfeuchtigkeit in bestimmten Gebieten auf den Übergang zur Regenzeit hinweisen. Der große Sommerregen ist zentral für Millionen Bauern und damit für die Ernährungssicherheit des Landes. In Zukunft droht der Klimawandel die Stabilität des Monsuns zu stören — die akkurate Vorhersage wird noch wichtiger. Die Wissenschaftler werden ihre Methode deshalb dem indischen Wetterdienst vorschlagen.

Geophysical Research Letters,
DOI*: 10.1002/2016GL068392

NEUE HOFFNUNG

Warum sterben die meisten Infizierten an Ebola, aber nicht alle? Leibniz-Virologen haben Hinweise darauf gefunden, dass das Verhalten spezieller Immunzellen für den Verlauf der Krankheit verantwortlich ist. Dafür werteten die Wissenschaftler vom Heinrich-Pette-Institut — Leibniz-Institut für Experimentelle Virologie und des Bernhard-Nocht-Instituts für Tropenmedizin Blutproben von Ebola-Patienten in Guinea aus. Von deren Aufnahme in einem Behandlungszentrum, bis sie entlassen wurden oder starben. Die Forscher beobachteten, dass alle Erkrankten eine große Zahl von T-Lymphozyten im Blut aufwie-

sen, die für die Bildung der Moleküle CTLA-4 und PD-1 verantwortlich sind. Die Konzentration dieser Moleküle ist im Blut der Todesopfer deutlich erhöht. Künftige Therapien könnten bei den T-Zellen ansetzen.

Nature, DOI: 10.1038/nature17949

GEFÄHRDETE FALTER

In Deutschland sterben besorgniserregend viele Schmetterlingsarten aus. Wissenschaftler des Senckenberg Deutschen Entomologischen Instituts in Müncheberg untersuchten den Bestand in einem Schutzgebiet bei Regensburg. Dort lebten 1840 noch 117 verschiedene Tagfalterarten. 2013 waren es nur noch 71. Besonders in den vergangenen 30 Jahren verschwanden viele Arten. Die Ursache sind vor allem Veränderungen in der Landwirtschaft: Flächen werden intensiver genutzt, die Landschaft fragmentiert, Lebensräume zerstört. Hinzu kommen globale Bedrohungen wie der Klimawandel und eine zunehmende Belastung durch Stickstoff. Die Forscher fordern deshalb besonderen Schutz für die Schmetterlinge.

Conservation Biology,
DOI: 10.1111/cobi.12656

BILLIGES ÖL

Über Fracking wird meist im Zusammenhang mit potenziellen Umweltschäden berichtet. Dass die Förderung von Schieferöl auch positive Effekte haben kann, belegt eine Analyse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Bislang beherrschten die Ölförderländer der OPEC den Markt. Sie konnten die Preise leicht beeinflussen, indem sie ihre Fördermengen strategisch anpassten. Durch das Fracking in den USA nehme der Wettbewerb nun zu. Die Produktion dort sei flexibler und viel effizienter als früher: Sie liefere pro Tag rund 3 Millionen Fass Schieferöl mehr als vor vier Jahren. Durch das größere Angebot könnten die Ölpreise selbst bei steigender Nachfrage dauerhaft niedrig bleiben. Zurzeit kostet ein 159 Liter-Fass Rohöl zwischen 40 und 60 US-Dollar.

DIW Wochenbericht, 19/2016

* Der Digital Object Identifier (DOI) führt zur Originalveröffentlichung. DOI-Nummer eingeben auf: www.doi.org

GIFTIGER PILZ

Wie kann ein eigentlich harmloser Hefepilz zu einem gefährlichen Krankheitserreger werden? Im Fall von *Candida albicans* steckt das Gift Candidalysin dahinter. Mikrobiologen des Leibniz-Instituts für Naturstoff-Forschung und Infektionsbiologie in Jena und des Leibniz-Forschungszentrums Borstel sowie Forscher aus Großbritannien haben das Molekül entdeckt. Erstmals fanden sie damit ein Toxin, das Gewebe schädigt und für den Verlauf einer Pilzinfektion entscheidend ist. Candidalysin verursacht Löcher an der Membran der Wirtszelle und kann sie so zerstören. Diesen Mechanismus haben die Wissenschaftler an Zellen der Mundschleimhaut nachgewiesen. Dort treten »Mundsoor« genannte Infektionen auf, häufig bei Menschen mit schwachem Immunsystem, etwa bei Kindern, alten Menschen oder HIV-Patienten. Die Entdeckung könnte helfen, solche Infektionen zu bekämpfen. Nature, DOI:10.1038/nature17625

GEDRUCKTE ELEKTRONIK

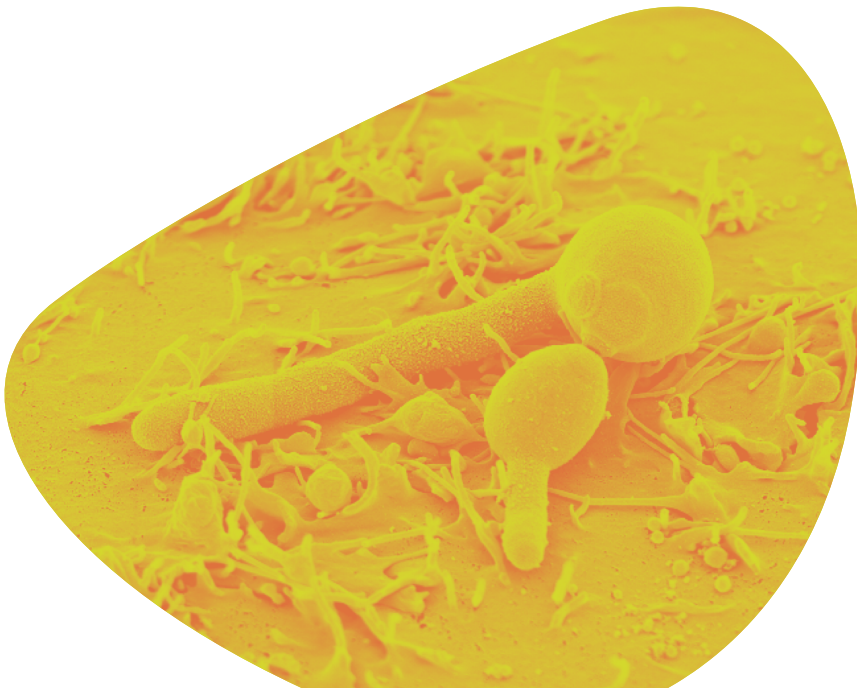
Die Elektronik von morgen ist gedruckt: Biegsame Schaltkreise auf Folien oder Papier erlauben futuristische Designs mit gekrümmten Leucht- und Eingabelementen. Forscher des Leibniz-Instituts für Neue Materialien haben dafür Hybrid-Tinten entwickelt. Sie vereinen die Vorteile verschiedener bewährter Materialien: Nanopartikel aus Metallen werden mit organischen, leitfähigen Kunststoffen umhüllt und in Mischungen aus Wasser und Alkohol feinst verteilt. Die Flüssigkeiten können dann direkt gedruckt oder mit einem Füller gezeichnet werden und trocknen ohne weitere Bearbeitung zu elektrischen Schaltkreisen. Anders als bisherige Tinten verklumpen sie nicht und leiten den Strom auch, wenn die Unterlage gebogen wird.

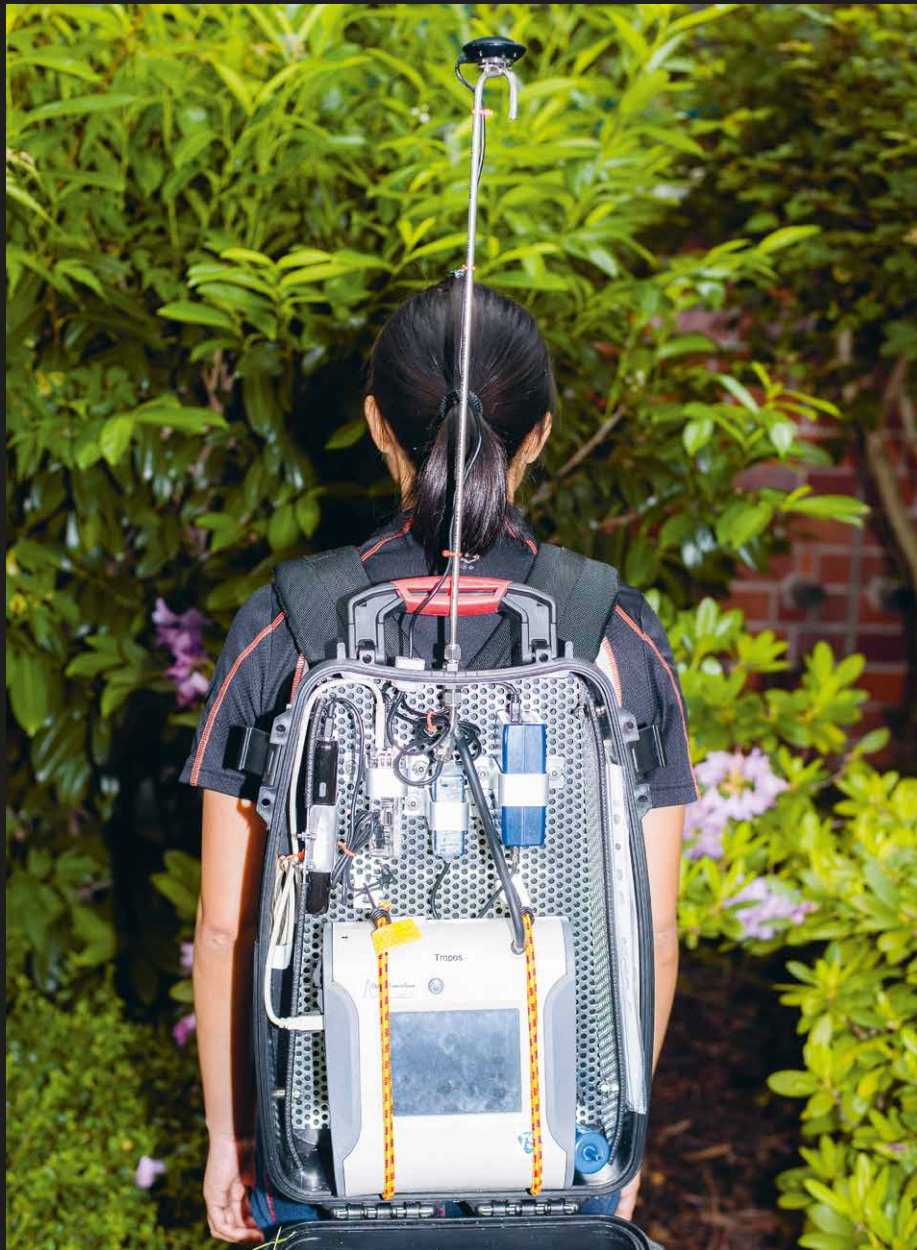
Chemical Science, DOI: 10.1039/C6SC00142D

GUTE SCHULE

Ganztagsangebote können sich positiv auf soziale Kompetenzen, Motivation und Selbstbild von Schülern auswirken. Das zeigt eine Studie des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung. Vier Jahre lang untersuchten die Wissenschaftler die Lesefähigkeit und die naturwissenschaftliche Kompetenz der Schüler mit Fragebögen, Interviews und Gruppendiskussionen — vor und nach der Teilnahme an Ganztagsangeboten. Dann verglichen sie die Entwicklung mit Kindern, die nicht an solchen Angeboten teilgenommen hatten. Das Ergebnis: Der »Ganzttag« fördert die psychosoziale Entwicklung, wenn das Angebot eine hohe pädagogische Qualität aufweist. Fachliche Kompetenzen steigere er nicht.

www.projekt-steg.de/node/87





Manchmal braucht Wissenschaft einen starken Rücken. Seine 8,5 Kilogramm Gewicht sind aber auch schon das einzige Manko des mobilen Feinstaub-Messrucksacks des Leibniz-Instituts für Troposphärenforschung. Dafür kann er an beliebigen Orten Feinstaub- und Rußbelastung prüfen. Bisher gab es nur feste Stationen. Sie erfassen allerdings lediglich einen Teil der Luftverschmutzung, weil die Konzentrationen schon auf wenigen Metern stark schwanken können.



Illustration CHRISTIAN RUFF

Nur so ein Vorschlag ...

Kürzlich saß ich mit einem jungen Wissenschaftler im Gespräch, es ging um dieses oder jenes, aber im Großen und Ganzen um konkrete Perspektiven. Dieser junge Mensch schilderte seinen Lebensweg, und das Zusammenspiel seiner beruflichen Stationen mit persönlichen Interessen und Aktivitäten kündete von sorgfältigen Entscheidungen. Jüngere Generationen schneiden im Vergleich gern schlecht ab, gerade aus Sicht ihrer Vorgänger. Das ge-

» hört zum Generationenwechsel einfach dazu. Heute werden der so-
Auf die Jungen genannten »Generation Y« ihre Rückkehr zu Werten, zu konservati-
ist Verlass! ven Werten gar, und ihr Bedürfnis nach Ausgewogenheit von Beruf
 und Privatleben geradezu vorgeworfen. Die Shell Jugendstudie 2015,

« die im vergangenen Oktober veröffentlicht wurde, kommt zu interessanten, aus meiner Sicht sehr positiven Befunden: Die Jugendlichen heute sind optimistisch, sie interessieren sich für Bildung, Politik und Weltgeschehen abseits bestehender Parteiensysteme und würdigen Familie und ein stabiles soziales Umfeld ebenso wie Regeln im Umgang miteinander. Ihre Arbeit wünschen sie sich sicher, flexibel und interessant. Anders ausgedrückt: Sie wollen arbeiten, um zu leben, und nicht umgekehrt. Darin steckt eine gehörige Portion Klugheit, und man wünscht ihnen, dass es klappt. Dass die Jugendlichen heute auch sorgenvoll in die Zukunft schauen, ist weniger ein Beleg eines biedermeierlichen Rückzugs, wie es gern einmal impliziert wird, als der Gedanken, die sie sich machen. Vielleicht liegt das an ihrer Informiertheit: Nahezu 100 Prozent der Jugendlichen sind online. Ich meine darin auch eine gewisse Gelassenheit zu erkennen, die diejenigen sich leisten können, die sich und ihre Umwelt auch im Voraus reflektieren. Die auch ein bisschen planen und dabei ganz und gar nicht spießig sind: Wer eine lange Radtour macht, hat besser Flickzeug dabei. Und sitzt längst im verdienten Schatten beim Erfrischungsgetränk, wenn andere ihren Platten noch zur Werkstatt schieben. »Gelassen läuft's« lautete mal ein Autobahnplakat. Das ist eine Grundhaltung, die man auch den allzu rasch sich erhitzenden und empörenden Geistern unserer Gesellschaft wünscht. Das haben Kinder, Jugendliche und junge Kolleginnen und Kollegen oft längst verinnerlicht. Von ihnen lernen und gelassen bleiben? Das ist doch mal ein Vorschlag!



Flucht

|

»

**Die Gerechtigkeit ist
nichts anderes
als die Nächstenliebe
der Weisen.**

«

Gottfried Wilhelm Leibniz





Jordanien hat mehr Syrienflüchtlinge aufgenommen als alle EU-Staaten zusammen. Wie verkraftet das kleine Königreich das? Zwei Hamburger Wissenschaftler suchen im Grenzgebiet nach Antworten.

13

Text JANNIS HAGMANN Fotos JANNIS HAGMANN & FABIAN ZAPATKA



Flächenbrand, Staatszerfall, der Nahe Osten im Chaos. Wer das jordanische Städtchen Ramtha an der syrischen Grenze besucht und einen Ort im Ausnahmezustand erwartet, wird sich wundern: Auf einer Grünfläche spielen Kinder Fußball, auf dem Bahhara-Souk bieten Marktverkäufer Plastiklatschen und Handyhüllen feil und unweit der jüngst in die Höhe gezogenen Apartment-Blocks haben sich die ersten Restaurants und Süßigkeitenhändler angesiedelt.

Wo ist der blutige Krieg, der wenige hundert Meter entfernt hinter dem Grenzzaun wütet?

Man könnte meinen, er mache an der Grenze halt. Die Kampfjets kehren um, bevor sie den jordanischen Luftraum verletzen. Die Kämpfer bleiben in Syrien. Und auch die Mörsergranaten fliegen zu selten über die Grenze, als dass sie die Bewohner Ramthas ernsthaft beunruhigen würden.

Ein Krieg, der einfach an der Grenze halt macht? Yazan Doughan zieht die Augenbrauen zusammen. Der Ethnologe sieht müde aus. Erst vor einigen Stunden ist er mit seinem Kollegen, dem Politologen André Bank, aus der 90 Kilometer entfernten Hauptstadt Amman in Ramtha angekommen. Die beiden Wissenschaftler vom Hamburger Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) besuchen den Norden Jordaniens. Dort haben die Vereinten Nationen mit Zaatari eines der größten Flüchtlingslager der Welt errichtet. Was Hunderttausende Schutzsuchende aber nicht davon abhält, in die Dörfer und Städte der Region zu drängen und sich unter die Einheimischen zu mischen. »Krieg«, sagt Doughan nach einer kurzen Denkpause, »ist nichts, was in einem bestimmten Territorium herrscht und dann an der Grenze einfach aufhört.« Klar, die Gefechte schon. Die Bomben auch. »Aber wir können Krieg nicht auf bewaffnete Kämpfe und Gewalt reduzieren.«

Was macht Krieg, wenn er nicht zerstört? Wenn er nicht tötet? Was bedeutet der Krieg für Ramthas Bewohner, die die Schüsse und Bomben in Syrien zwar hören, aber letztlich doch in Frieden leben?

Yazan Doughan und André Bank steuern ihren Wagen durch die belebten Straßen. Sie fahren kreuz und quer durch Ramtha, um sich über Grenzhandel und Drogenschmuggel zu informieren. Abgesehen von Flüchtlingen und NGO-Mitarbeitern verschlägt es nicht viele Besucher in das kleine Städtchen. Etwas fremd wirken die Wissenschaftler mit ihren Notizbüchern unterm Arm, als sie in das Gedränge auf dem Bahhara-Souk eintauchen. In einem alten Einkaufszentrum



» Nusra-Front, IS, Freie Syrische Armee — ich habe keine Ahnung!

« IBRAHIM AL-SAQQAR

finden sie die *baladiya*, die Stadtverwaltung Ramthas. Die Geschäfte sind geschlossen, die Fenster verriegelt, aus den Wänden hängen lose Kabel. Leere Kaffeebecher säumen den Weg hinauf ins Büro des Bürgermeisters. Einzig der massive Holzschreibtisch von Ibrahim al-Saqqar macht etwas her, auch wenn er mit der kleinen Flagge, dem Namensschild und den obligatorischen Kleenex-Taschentüchern in jeder Bürokratenstube der arabischen Welt stehen könnte. Auch ein Foto des Staatsoberhauptes fehlt nicht: König Abdallah II., mit aufgeschlagenem Koran.

»Nusra-Front, Islamischer Staat, Freie Syrische Armee — ich habe keine Ahnung!«, ruft Bürgermeister Saqqar. Woher solle er wissen, wer den Grenzübergang zu seinem Ort auf syrischer Seite kontrolliere? Das wechsele fast täglich. Die Probleme, die Herrn Saqqar plagen, sind anderer Natur. Der Müll zum Beispiel. Mit den Flüchtlingen aus Syrien, die die Bevölkerungszahl Ramthas verdoppelt haben, sei die Müllabfuhr heillos überfordert. Früher hätten die Leute 50 Tonnen Müll am Tag produziert, heute seien es 100, an manchen



Von links: Bürgermeister al-Saqqar, Lastwagenfriedhof in Ramtha, Wissenschaftler Doughan und Bank.



Tagen 120. Als habe er eine Checkliste abzuarbeiten, springt Saqqar zum nächsten Problem: Wie sollen die vielen neuen Bewohner mit Trinkwasser versorgt werden? Die Stadt komme nicht hinterher mit all den Infrastrukturprojekten, die eigentlich nötig wären. Und nicht zuletzt sei da die Arbeitslosigkeit: Sie habe sich verdreifacht, klagt Saqqar, liege jetzt bei 45 Prozent.

Zu viel Müll, zu wenig Wasser und immer mehr Arbeitslose. Ist das der Krieg, dem Doughan und Bank in Ramtha auf die Spur kommen wollen? Sieht so der »Syrienkrieg in Jordanien« aus, wie das Hamburger Forschungsprojekt »Neben-Kriegsschauplätze« im Untertitel heißt? Auf den Bindestrich in »Neben-Kriegsschauplätze« besteht Bank. So lässt sich der Titel direkt verstehen, also örtlich. Aber eben auch als Kritik an Journalisten und Wissenschaftlern, die immer nur dort hinschauen, wo Gewalt offen zu Tage tritt. Doughan und Bank wollen das Hauptaugenmerk stattdessen auf einen Nebenschauplatz legen. »Kriege wirken nicht nur da, wo Gewalt herrscht«, sagt Bank. »Sie entfalten auch starke transformative Wirkung in der direkten Nachbarschaft.«

In der Nachbarschaft liegt Ramtha allemal. Gleich hinterm Grenzzaun, im südsyrischen Deraa, nahm der Aufstand gegen Diktator Baschar al-Assad im März 2011 seinen Ausgang. Alte Bande, familiäre Verflechtungen und Geschäftsbeziehungen verbinden die beiden Orte. Lange florierte der Handel, Ramtha profitierte. Heute ist die Grenze zu. Wie Mahnmale stehen überall in der Stadt ausrangierte Lastwagen am Wegesrand, die einst Waren von und nach Damaskus brachten.

Grenzstädte wie Ramtha hat die Krise im Nachbarland besonders hart getroffen, aber die Arbeitslosigkeit steigt in ganz Jordanien. Deshalb darf der Großteil der syrischen Flüchtlinge offiziell nicht arbeiten. König Abdallah II. weiß: Den Arbeitsmarkt für die Neuankömmlinge zu öffnen, ohne gleichzeitig für die vielen bedürftigen Jordanier zu sorgen, wäre in dem ressourcenarmen Land riskant. Aber der Schwarzmarkt boomt. »In vielen Unternehmen arbeiten Syrer für ein Fünftel oder Sechstel des üblichen Lohns«, sagt Bank.

Wie viele Syrer seit 2011 ins Land gekommen sind, weiß wohl selbst die Regierung in Amman nicht so genau. Knapp 689.100 Personen hat das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen registriert. Der König sprach jüngst von 1,4 Millionen, Zeitungen schreiben gar von 2 Millionen. »Politik der Zahlen« nennt Bank das Geschacher. »Jordanien ist stark außenabhängig«, erklärt er, »mit den Flüchtlingszahlen wird versucht, Gelder zu akquirieren.« Je desolater die Lage, desto besser ist Ammans Verhandlungsposition auf internationalem Parkett.

Denn wenn Angela Merkel oder Frank-Walter Steinmeier predigen, dass die Fluchtursachen bekämpft und die Aufnahmeländer gestärkt werden müssen, dann ist neben der Türkei und dem Libanon vor allem Jordanien gemeint. Im Februar erst trafen sich 70 Regierungsdelegationen in London, um Milliardenhilfen für Syriens Nachbarstaaten zu organisieren. Die Jordanier seien an der Grenze ihrer Belastbarkeit angekommen, diktierte König Abdallah II. pünktlich zu Konferenzbeginn einer BBC-Reporterin ins Mikrofon.

»Früher oder später wird der Damm brechen.« Dann schob er hinterher: »Diese Woche ist sehr wichtig für die Jordanier. Sie werden sehen, ob es Hilfe geben wird — nicht nur für die syrischen Flüchtlinge, sondern auch für ihre eigene Zukunft.«

Mit Zusagen für mehrere Milliarden Euro kehrte der König zurück. »Eine signifikante Summe für ein Land, das insgesamt mit rund 10 bis 15 Milliarden Euro pro Jahr haushaltet«, meint Bank, der für das Gefeiische des Königs Verständnis hat: »Die Ansprüche sind legitim, wenn man bedenkt, was Jordanien im Vergleich zu wohlhabenderen Ländern geleistet hat.« Hilfe aus dem Ausland hat auch die Müllabfuhr in Ramtha vor dem Kollaps bewahrt. Ihr fehlte es nicht nur an Arbeitern, sondern vor allem an Müllautos. Schließlich spendete die Entwicklungsbehörde USAID einige Fahrzeuge. »Das hat die Krise entschärft«, sagt Bürgermeister Saqqar. Auch seine eigene Behörde profitierte vom Engagement der Amerikaner. Auf dem Pickup-Truck der Stadtverwaltung, mit dem die Gäste nach dem Gespräch durch Ramtha gefahren werden, prangt das USAID-Logo in den Farben der amerikanischen Nationalflagge.

16

Auch politisch schlägt Jordanien aus der Krise in der Region Kapital. »Durch den Syrienkrieg hat es an geostrategischer Bedeutung gewonnen«, sagt Bank. Mit Syrien und dem Irak grenzt das Königreich an zwei Bürgerkriegsländer, der Libanon ist chronisch instabil und in direkter Nachbarschaft liegen Israelis und Palästinenser im Clinch. Weder das saudische Königshaus noch Israel, Europa oder die USA haben ein Interesse daran, dass die pro-westliche jordanische Monarchie ins Wanken gerät. Deshalb, sagt Bank, fließe auch kräftig Militärhilfe ins Land. Erst im vergangenen Sommer wurde bekannt, dass Israel Jordanien 16 Cobra-Kampfhubschrauber schenkte, um den arabischen Nachbarn im Kampf gegen Unruhestifter wie die Dschihadisten des Islamischen Staats zu unterstützen.

Doch so geschickt Amman die Krise in der Region zu nutzen versucht, für das Königreich bleibt der Flüchtlingsstrom eine Herausforderung. Der Pickup-Truck der Stadtverwaltung hält vor einem großen Tor am Rande Ramthas. Wo einst ein öffentlicher Park mit Grünflächen und Kinderspielfeld entstanden sollte, reiht sich nun ein Flüchtlingszelt an nächste. Ramthas Camp ist eines der kleinen Lager Jordaniens, nicht zu vergleichen mit Zaatari, das im fünften Jahr des Syrienkriegs eher einer festen Siedlung gleicht als einem Zeltlager. Doch Zaatari leert sich. Kaum ein Syrer fristet sein Da-

sein freiwillig in den trostlosen Container- und Zelt-Landschaften der Camps. Wer kann, geht in die Städte. Nach Amman, Ramtha oder ins unweit von Zaatari gelegene Mafraq.

»Ich konnte nicht in Zaatari bleiben«, erzählt Zeynab Hariri, eine junge Syrerin, die mit ihren drei Töchtern bei Bekannten in Mafraq untergekommen ist. »Ich war verletzt, ein Leben im Lager kam nicht infrage.« Links am Bauch hatten die Kugeln sie erwischt. Nur mit Glück schaffte Hariri es nach Jordanien, wurde operiert, landete in Zaatari. Und ließ sich herauschmuggeln.

Glück war es auch, dass Hariri Kontakte in Jordanien hatte. Heute verbindet sie eine Freundschaft mit ihren Gastgebern, Mahmud Bani Junis und seiner Frau. Ein kleiner Hof liegt zwischen ihrem angemieteten Zimmer und dem restlichen Haus. »Das Leben in Jordanien ist hart«, sagt Hariri, während Mahmud Bani Junis ihr und den Forschern Saft und Wasser bringt, »aber zumindest weniger gefährlich als in Syrien.« Arbeit hat Hariri in Jordanien nicht, ihre Mutter und Geschwister in Syrien hat sie seit Jahren nicht gesehen. Zumindest aber gehen ihre Töchter zur Schule, vormittags, mit den Jordaniern zusammen. Das ist keine Selbstverständlichkeit in einem Land, in dem viele Schulen in Schichten unterrichten, um nachmittags auch noch die Flüchtlingskinder unterzubringen.

Die Lage ist schwer zu überblicken, die Zahlen variieren stark. Ein Anfang des Jahres veröffentlichter Zensus ergab, dass mittlerweile mehr als 13 Prozent der rund 9 Millionen Einwohner Jordaniens Syrer sind. Auf die Bevölkerung Deutschlands hochgerechnet wären das mehr als 10 Millionen Syrienflüchtlinge. Trotzdem fasst in Jordanien keine breite, fremdenfeindliche Bewegung Fuß. Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte gibt es nicht, zu Gewalt gegen Syrer kam es nur vereinzelt.

Ressentiments gegen die Flüchtlinge gibt es dennoch: Die Syrer nähmen die Arbeitsplätze weg, verbrauchten zu viel Wasser, trieben die Mieten in die Höhe. »Früher gab es bei uns keine Kriminalität«, meint Taleb K., der in Amman ein Hotel betreibt. »Jetzt muss ich mein Auto abschließen, auch wenn ich nur kurz beim Bäcker stoppe.« Vorurteile sind vor allem über die Syrerinnen verbreitet. Flüchtlingsmädchen und -frauen gelten als billig, als Prostituierte. »Du kannst jedes syrische Mädchen heiraten«, ist Taleb K. überzeugt. »Sie machen alles, um aus den Lagern zu kommen. Das Alter spielt keine Rolle.«

Dass Geschichten wie diese im Land kursieren, die Stimmung sich insgesamt aber nicht gegen die Syrer wendet, hat auch mit Jordaniens Geschichte zu tun. Das Königreich ist ein Land mit Migrationshintergrund. Viele antworten auf die Frage nach ihrer Herkunft: *min asl falastini* — ursprünglich palästinensisch. Nach der Gründung Israels 1948 und der Vertreibung Hunderttausender Palästinenser flüchteten sich Zehntausende über den Jordan, mit der Besetzung des Westjordanlands 1967 kam eine noch größere Welle. »Wie kann ich gegen die Flüchtlinge sein, meine Familie ist selbst aus Palästina«, sagt ein Ladenbesitzer in Amman, einer fast gänzlich palästinensischen Stadt.

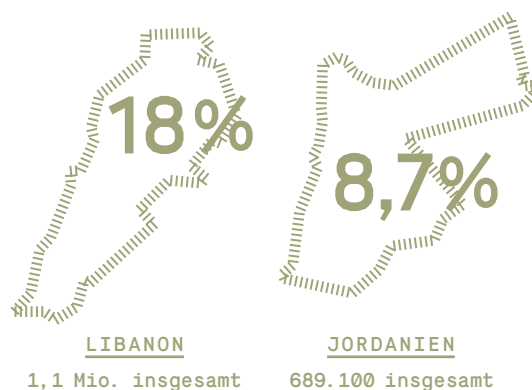
Doch die Einwanderungsgeschichte hat auch ihre Kehrseite, sagt Yazan Doughan. Während sie zu einer gewissen Gelassenheit führe, sei es ebendiese Erfahrung mit Flüchtlingen, aus der sich heute die Ängste speisen. »1970 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der jordanischen Armee und palästinensischen Einwanderern«, erklärt Doughan. Das warf die Frage auf, wer ein »echter« Jordanier sei. »Seither herrscht unter nationalistischen Jordaniern die Angst, dass Nicht-Jordanier eines Tages den Staat übernehmen könnten.« Staat und Nation, ja die jordanische Identität schlechthin, seien demnach durch Flüchtlinge bedroht. »Die Angst, dass sie die Kontrolle über das Land an sich reißen, spürt man bei jeder neuen Welle, die Jordanien erreicht«, beobachtet Doughan.

Von dieser Angst berichtet auch Bürgermeister Ibrahim al-Saqqar in Ramtha. »Am Anfang dachten wir, die Krise in Syrien würde schnell vorbeigehen«, sagt er, »aber die Syrer werden bleiben.« Selbst wenn der Krieg heute enden würde, bräuchte es wohl Jahre, bis das Nachbarland sich auch wirtschaftlich wieder erholt. Mit jedem Geschäft, das Syrer in der Stadt eröffnen, erzählt Saqqar, wachse die Angst, dass die Neuen zu reich werden und die Jordanier eines Tages im eigenen Land für sie arbeiten müssen.

Der Mitarbeiter des Bürgermeisters, der die Gäste aus Deutschland durch Ramtha fährt, kurbelt die Scheibe des Pickups herunter. Während er im Schritttempo Ramthas belebte Hauptstraße entlangrollt, vorbei an neu eröffneten Handyshops, Restaurants und Süßwarenläden, kommentiert er: »Syrer, Syrer, Syrer.« Er sagt es nicht abwertend, sondern fast ein wenig stolz. »Etwas Gutes hat die Krise da drüben jedenfalls: Noch nie gab es so viele gute Süßigkeiten in Jordanien wie in diesen Tagen.«

ANDERE LÄNDER, ANDERE ZAHLEN

Wie viele Menschen ein Staat aufnimmt, variiert stark. Die absolute Zahl der Geflüchteten und ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung im Ländervergleich.



Quelle: UNHCR, 2015



Fernblick

Was geschieht mit einem Land, wenn seine Menschen in die Fremde gehen? Für den Ökonomen Toman Barsbai hat seine Forschungsfrage auch eine persönliche Dimension.

Text MARLENE HALSER Fotos TOBIAS KRUSE/OSTKREUZ

Toman Barsbai hat das Tempelhofer Feld vorgeschlagen, um dort über seine Forschungsarbeit zu sprechen. Jenes alte Flughafenareal inmitten von Berlin, das die Hauptstädter 2014 mithilfe eines Volksentscheids vor der Bebauung schützten. Das 355 Hektar umfassende Gelände ist die größte innerstädtische Freifläche der Welt. Einige Menschen behaupten, man könne hier die Erdkrümmung sehen, so weit reiche der Blick. Es sei diese Weite, die er anderswo in Berlin manchmal vermisste, sagt Barsbai.

Der 35-jährige Entwicklungsökonom ist am Institut für Weltwirtschaft beschäftigt, einem Kieler Leibniz-Institut. Vor Kurzem zog er mit seiner Frau, einer Künstlerin, nach Berlin. Dorthin also, wo das Leben bunt und kosmopolitisch ist und wo Englisch, Türkisch und Arabisch längst ebenso häufig zu hören sind wie Deutsch. All das passt zu Barsbais Thema. Er erforscht Migration. Und welche Auswirkungen Migration auf die Heimatländer der Auswanderer hat. Er will wissen, was mit einem Land geschieht, wenn viele seiner Bewohner in die Fremde ziehen.

»Mit dem Aufbruch ins Ausland verschwinden Abwanderer im wahrsten Sinne des Wortes von der Bildfläche. Bisher dachte man, sie verlieren damit ihre politische Stimme in der Heimat«, sagt Barsbai. Aber stimmt das wirklich? Er hat sich auf einem rot-weiß-markierten Begrenzungsblock

am Rande des ehemaligen Rollfeldes niedergelassen. Der Wind bläst mit einiger Kraft über das freie Feld. Die Vögel in einem nahen Baum tschilpen, als gäbe es kein Morgen.

»In der öffentlichen Debatte geht es meist nur um uns und um unsere Gesellschaft«, sagt Barsbai. »Um die Fragen: Wollen wir diejenigen, die zu uns kommen, bei uns haben? Und wenn ja: Wie nützen sie uns?« Die Auswirkungen auf die Herkunftsländer indes hätten nur wenige im Blick. Dabei gebe es da durchaus Wechselwirkungen. In einer globalisierten Welt bleibe die Verbindung ins Heimatland weiterhin bestehen, auch wenn man im Ausland sei, sagt Barsbai. Man telefoniert, man skypet, man verfolgt einander in sozialen Netzwerken und man kehrt — falls das möglich ist — zu Besuch zurück. Was die Abwanderer mit den Daheimgebliebenen teilen, sind ihre Erfahrungen mit dem politischen System und der Gesellschaft in der neuen Heimat.

Zum Beispiel, dass der Lehrer in der Schule regelmäßig komme, dass man ihm kein Geld zustecken müsse, damit er gute Noten gibt oder dass die Gesundheitsversorgung öffentlich finanziert sei und man sich auf Ärzte verlassen könne. Dass die Straßenreinigung funktioniere, dass man dem Polizeibeamten vertrauen könne und nicht das Gefühl habe, man müsse ihm aus dem Weg gehen, um ein »Trinkgeld« zu vermeiden.

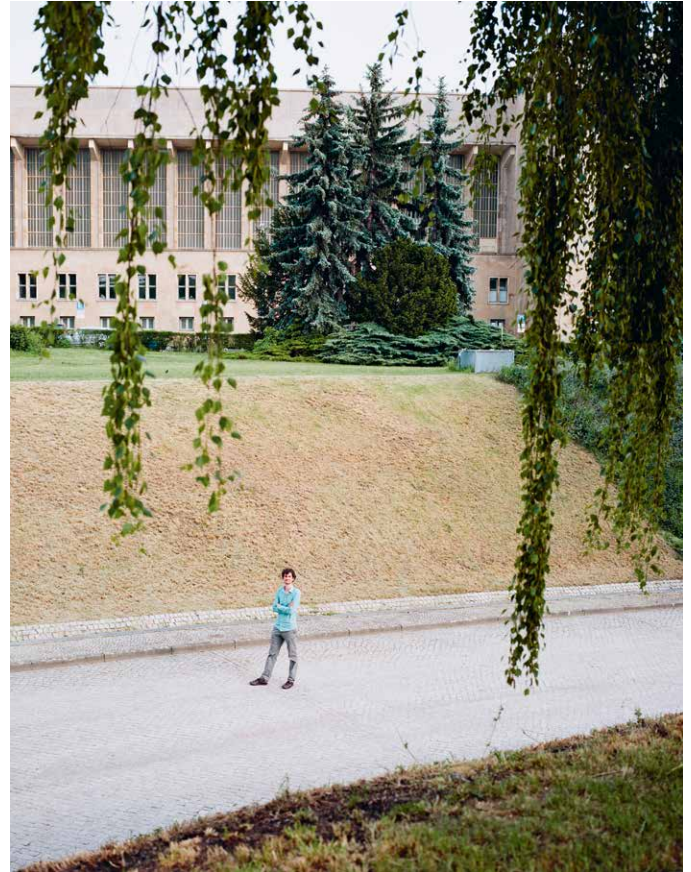
»Ganz generell kann man sagen: Die Erwartungen an den Staat und das, was er leisten kann, sind in wohlhabenden Ländern ganz anders ausgeprägt als in Entwicklungsländern. Und diese neuen Erfahrungen tragen die Migranten dann — zumindest ist das die Hypothese meiner Forschung — über verschiedene Kanäle zurück in die Heimatländer.«

Für seine Fallstudie hat sich Barsbai Moldawien ausgesucht. Dort trugen er und seine Kollegen die offiziellen Wahlergebnisse der Parlamentswahlen von 1994 bis 2009 in jeder der circa 900 Gemeinden des Landes zusammen. Sie wollten die politischen Präferenzen messen — und herausfinden, ob und wenn ja, wie diese mit Migration zusammenhängen und ob sie sich verändern. Um die Auswanderung zu messen, verwendete das Team Daten aus der Volkszählung von 2004, die auch Familienangehörige im Ausland erfasste.

Moldawien war für diese Studie aus mehreren Gründen besonders gut geeignet: Als Teil der ehemaligen Sowjetunion war es, zwischen Rumänien und der Ukraine gelegen, lange Zeit komplett vom Rest der Welt abgeschnitten. Bis zur Unabhängigkeit 1991 verließ so gut wie niemand das Land. Erst als Reaktion auf die tiefe Wirtschaftskrise Ende der 1990er Jahre begannen die Moldawier auszuwandern.

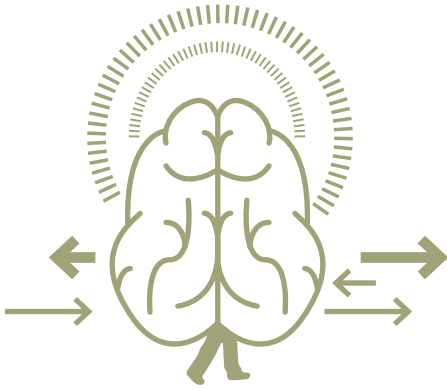
Dann aber erfasste eine regelrechte Auswanderungswelle das Land. Jeder vierte Moldawier verließ seine Heimat auf der Suche nach Arbeit. Etwa ein Drittel ging nach Westeuropa, die übrigen zwei Drittel wanderten nach Russland ab. »Idealbedingungen, fast wie im Labor«, sagt Barsbai, »weil die Menschen aus anfangs vergleichbaren Gemeinden in Moldawien in zwei so unterschiedlich sozialisierte Gesellschaften ausgewandert sind.«

Und tatsächlich: Das neue Heimatland der Auswanderer beeinflusst das Wahlverhalten derer, die zurückbleiben. Wanderten viele Menschen einer Gemeinde nach Westeuropa aus, sank der Anteil der Daheimgebliebenen, die der Kommunistischen Partei bei Wahlen in Moldawien ihre Stimme gaben. Sind die Auswanderer nach Russland gegangen, unterstützten die Daheimgebliebenen eher die Kommunistische Partei. Der Einfluss der Auswanderer war umso größer, je geringer das Bildungsniveau der Daheimgebliebenen war.



»
**Die Maklerin
 sagte, ich
 passe nicht
 zum Kiez.**

«



TRAGISCHER TALENTSCHWUND

Brain-Drain bezeichnet die Abwanderung hoch qualifizierter Fachkräfte ins Ausland. Der Begriff etablierte sich in den 1940er Jahren, als britische Wissenschaftler vermehrt in die USA umsiedelten. Die Vereinigten Staaten sind bis heute ein beliebtes Ziel für Auswanderer, aber auch Kanada und Australien. Meist verlassen die Migranten ihre Heimat wegen schlechter Arbeits- und Lebensbedingungen, niedriger Löhne, fehlender Karrierechancen. In einigen Teilen Afrikas etwa wandern mehr als die Hälfte aller Universitätsabsolventen in wohlhabende Industrieländer aus. Für ihre Heimatländer ist das eine Katastrophe: Es drohen Engpässe an Schulen und Universitäten oder in der medizinischen Versorgung. Die Zielländer dagegen profitieren von der Zuwanderung der Leistungseliten – für sie wird der »Brain-Drain« zum »Brain-Gain«. Allerdings: Wanderungsströme sind nicht endgültig, Auswanderer können in ihr Heimatland zurückkehren oder weiterziehen. Dieses Modell beschreibt der in den 1990er entstandene Begriff »Brain Circulation«. Auch in Deutschland wird diskutiert, wie Forscher gehalten oder zur Rückkehr bewegt werden können.

»Dieses Ergebnis ist bemerkenswert«, sagt Barsbai. »Denn es legt den Schluss nahe, dass die Abwanderung einer vermutlich eher kritischen Wählerschaft durch den Rückfluss von politischen Informationen und Werten aus Westeuropa mehr als kompensiert wird.« Mehr noch: Die Abwanderung nach Westeuropa habe zum politischen Wandel in Moldawien und der Abwahl der kommunistischen Regierung im Juli 2009 beigetragen.

Leisten wir also eine bislang wenig bekannte Form der politischen Entwicklungshilfe und des Demokratieexports, wenn wir Migranten in Deutschland aufnehmen und integrieren? »Durchaus möglich«, sagt Barsbai. Jedoch seien seine Ergebnisse nicht ohne weiteres auf alle Länder übertragbar. Auch müsse man zwischen Flucht und Arbeitsmigration unterscheiden.

Beispiel Syrien: Damit der beschriebene Effekt zum Tragen kommt, müssen die Verbindungen ins Heimatland fortbestehen. Das ist bei vielen syrischen Familien nicht der Fall, weil deren Mitglieder auf der Flucht vor dem Krieg oft in verschiedenen Ländern gestrandet sind.

Auch Barsbais Familiengeschichte ist mit Flucht und Auswanderung verbunden. »Wir sind eigentlich Tscherkessen«, sagt er. Während des Kaukasuskrieges 1864 wurde ein Großteil der Tscherkessen vertrieben. Barsbais Familie lebte zunächst in den Golanhöhen, wo auch sein Vater geboren wurde. Im Sechstagekrieg 1967 floh die Familie nach Damaskus. In den 1970er Jahren wanderte Barsbais Vater dann als junger Arzt nach Deutschland aus.

Toman Barsbai ist in Dannenberg geboren, mitten im Wendland, rund zwanzig Kilometer vom Atomüllzwischenlager Gorleben entfernt. Aufgewachsen ist er in Erlangen, als Toman Omar Mahmoud, denn als Zeichen der Assimilation hatte die Familie in Syrien arabische Namen angenommen. Seit dort der Krieg ausgebrochen ist, hat sich aber auch der Teil von Barsbais Familie zerstreut, der in Syrien geblieben war: Einige sind nach Jordanien, in die Vereinigten Arabischen Emirate und in die USA gegangen. Entfernte Verwandte kamen mit dem Flüchtlingstreck in Süddeutschland an.

Mittlerweile ist es Abend geworden. In einem arabischen Straßenimbiss in der Neuköllner Sonnenallee, einige Fahrradminuten vom Tempelhofer Feld entfernt, nippt Barsbai an einem Glas Tee.

Man telefoniert, man skypet, man verfolgt einander in sozialen Netzwerken.

22

Erst im vergangenen Jahr hat er den tscherkessischen Familiennamen wieder angenommen. Wegen der Diskriminierung, die er in Deutschland aufgrund seines arabischen Namens zu spüren bekam, wie er sagt.

Er lebt mit seiner Familie in Schöneberg, einem bunten Stadtviertel. »Während der Wohnungssuche erklärte mir eine Maklerin am Telefon, dass Schöneberg nicht der richtige Kiez für mich sei«, sagt er und lacht gequält. »Sie habe eine soziale Verantwortung gegenüber der Nachbarschaft und wenn ich mal in der betreffenden Straße gewesen wäre, dann wüsste ich, dass das nicht passt«, zitiert er die Frau. Sein Dokortitel, sein Masterstudium im englischen Warwick, seine Arbeitserfahrung in Kairo, Moldawien und auf den Philippinen, all das spielte keine Rolle. Die Erfahrung, sich als Außen-seiter, als Fremder zu fühlen, kennt er also durchaus.

Was aber haben nun Barsbais Forschungsergebnisse und seine Familiengeschichte miteinander zu tun? »Unmittelbar gar nichts«, sagt er. Er habe erst über das Projekt in Moldawien sein Themengebiet gefunden, mehr zufällig als geplant. Trotzdem präge ihn auch als Wissenschaftler die Weltsicht seiner Familie. Die steht ständig mit Angehörigen in den verschiedensten Ländern in Kontakt.

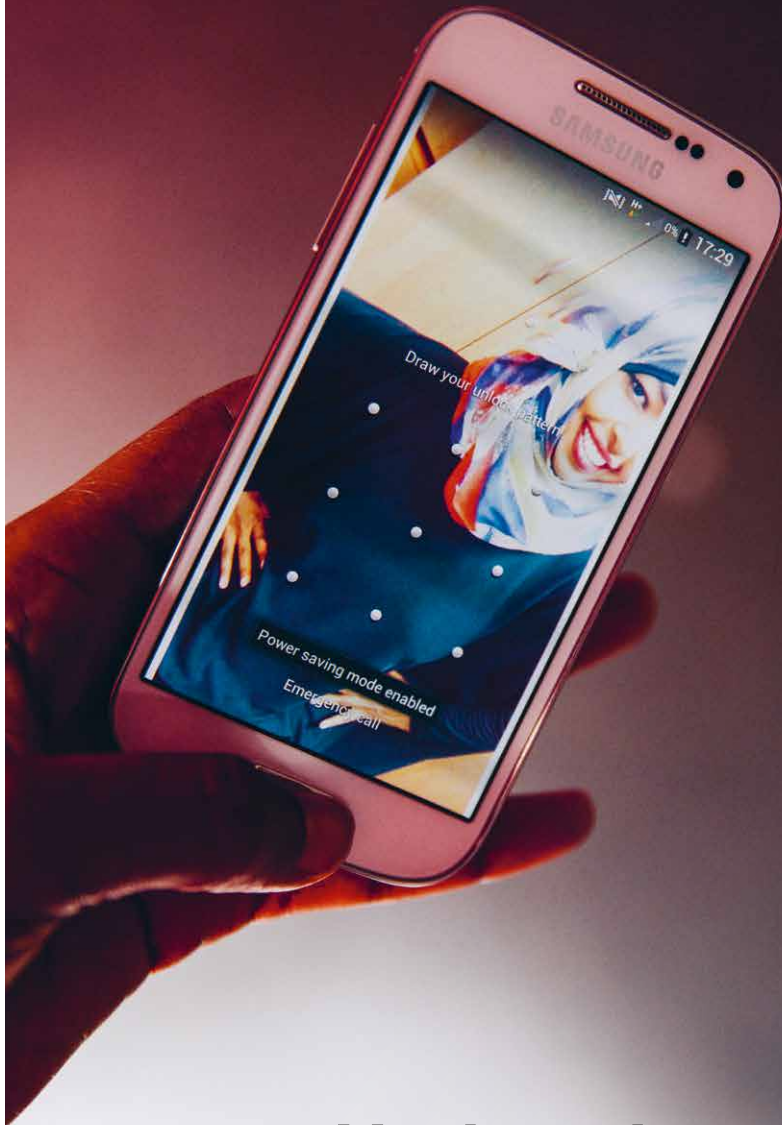
Barsbai hat gemeinsam mit einem Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft einen Vorschlag entwickelt, um die »Flüchtlingskrise« sowohl mit mehr Effizienz, als auch mit mehr Menschlichkeit zu lösen. »Ein Asylantrag kann bislang in der Regel nur im Aufnahmeland gestellt werden — gleichzeitig ist eine legale Einreise dafür meist nicht möglich«, sagt Barsbai und schlägt als Alternative vor: »Asylbewerber sollten ihren Asylantrag grundsätzlich nur noch im Heimatland oder außerhalb der EU stellen können, etwa in Botschaften oder in speziellen Asyl-Außenstellen.« Hat der Antrag Erfolg, reisen die Auswanderer legal in das Zielland ein. Um Gefahren für die Menschen während der Bearbeitungszeit auszuschließen, sollten besonders bedrohte Gruppen von Asylbewerbern Schutz in Flüchtlingslagern erhalten. Dieses System sei gerechter und sogar kostensparend — für alle Beteiligten, außer für die Schlepper, wie Barsbai erklärt.

Gerechter, weil nicht nur reichere, gesündere, risikobereitere, jüngere und männliche Asylsuchende eine Chance hätten, ihr Land zu verlassen. Kostengünstiger, weil die Flüchtlinge und deren Familien kein Vermögen ausgeben müssten, um die Reise zu finanzieren. Und auch das Zielland würde sparen. Bisher muss es die Asylsuchenden während laufender Asylverfahren unterbringen und versorgen — und sie abschieben, wenn der Antrag abgelehnt wird.

Für ein System, in dem Migration nicht behindert, sondern mit Bedacht geplant wird, sprechen auch die Erfahrungen, die Barsbai gerade bei einem völlig anderen Forschungsprojekt auf den Philippinen macht. Die Philippinen, ein Auswanderungsland, bieten ihren Arbeitsmigranten Hilfe an. Bevor die Ausreisewilligen das Land verlassen, besuchen sie Kurse, die sie auf das Leben im Ausland vorbereiten.

Barsbais internationales Forschungsteam untersucht gerade, wie sich die Kursinhalte verbessern lassen, so dass philippinischen Migranten die Integration in den US-amerikanischen Arbeitsmarkt leichter fällt.

Das, findet Toman Barsbai, sei ein Modell, das auch in süd- und südostasiatischen, osteuropäischen oder afrikanischen Ländern Schule machen könnte. Aber dazu bedürfe es etwas, das vielen Menschen hierzulande fehle: Ein Blick, der weit genug in die Ferne reicht. »Auf dem Tempelhofer Feld lässt sich über so etwas gut nachdenken.«



Verbunden

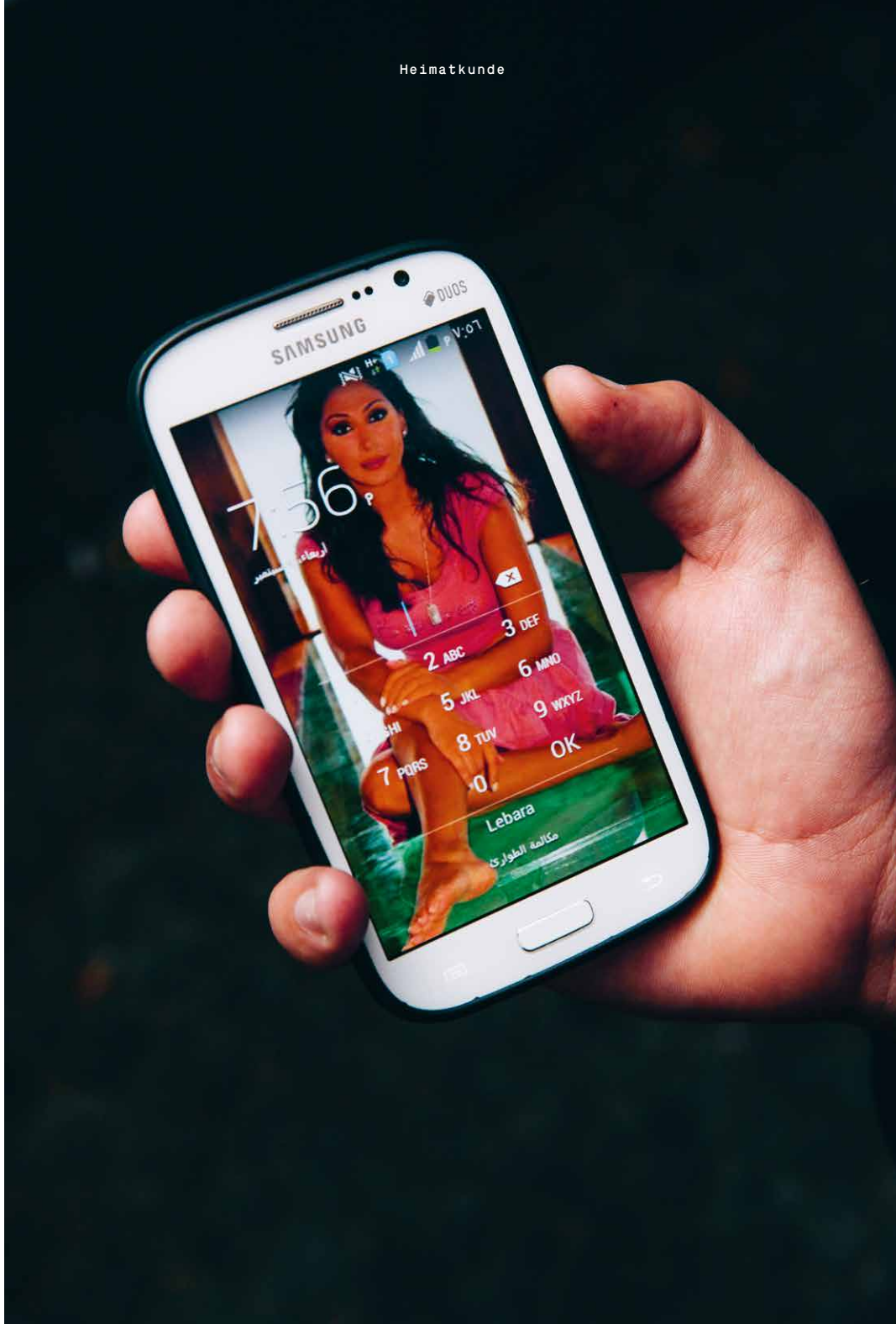
Früher hörten sie oft Monate nicht voneinander. Heute stehen Geflüchtete in ständigem Kontakt mit ihren Familien und Freunden — und tragen auf dem Smartphone Erinnerungen bei sich. Der Fotograf Grey Hutton hat sie danach gefragt.

Fotos GREY HUTTON Übersetzung YAHYA ALAOUS



24

»Ich hatte zwei Brüder. Der auf dem Bild hat mich immer sehr unterstützt. Er wurde vom IS getötet. Mein anderer Bruder von Assad.«



»Das ist Elissa, der libanesischer Popstar.
Während der Reise war mir nicht
danach, aber jetzt bin ich in Deutschland
und kann auch wieder Musik hören.«



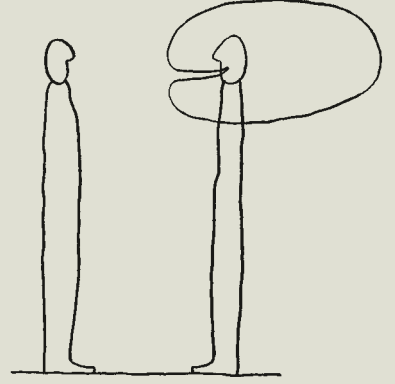
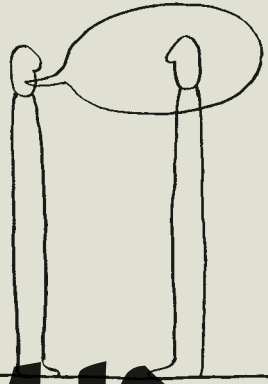
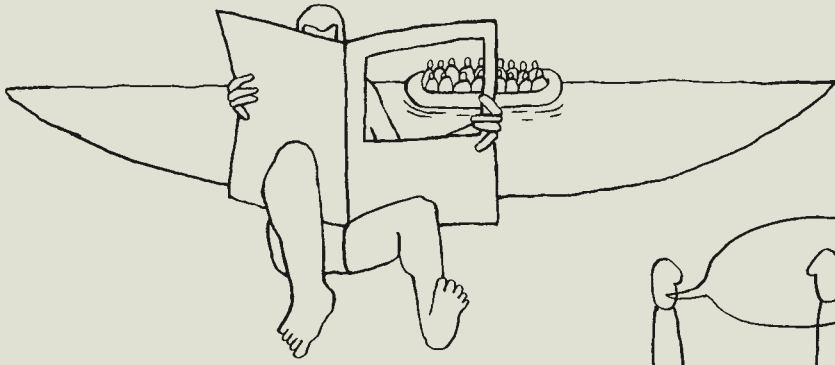
26

»Dieser Junge ist der Sohn von einem Freund. Das Foto ist in einem Camp in Hamburg entstanden, in dem wir gewohnt haben. Bis zu diesem Zeitpunkt wussten wir nicht, ob wir es schaffen würden. Es ist eine Erinnerung an einen schönen Moment.«



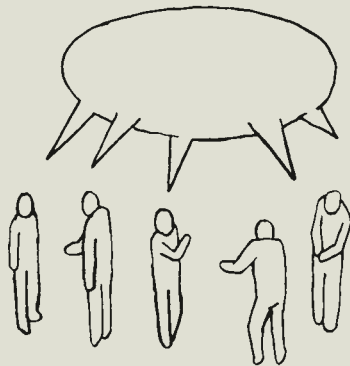
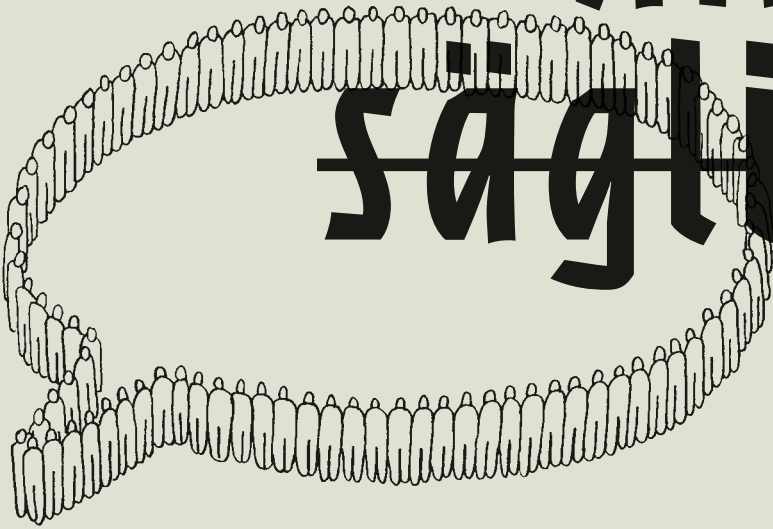
»Das ist ein Foto von mir und einem Freund, der Christ ist. Wir haben in Kurdistan zusammen Fische gefangen. Es ist eine schöne Erinnerung, die ich gerne bei mir trage.«

Weitere Bilder und ein Interview mit dem Fotografen Grey Hutton gibt es auf www.bestewelten.de.



28

~~in~~
~~sätzlich~~



Hat da etwa jemand »Asylant« gesagt? Und nun? Die Germanistin Heidrun Kämper beobachtet am Institut für Deutsche Sprache den Diskurs über Geflüchtete. Ein Gespräch darüber, wann und wie wir reagieren sollten.

Interview STEFANIE HARDICK Illustrationen ANDREAS TÖPFER

LEIBNIZ Frau Kämper, wie bezeichnen Sie Menschen, die aus Krisengebieten zu uns kommen?

HEIDRUN KÄMPER Ich bemühe mich, »Geflüchtete« zu sagen.

Sie bemühen sich? Das heißt, Ihnen rutscht trotzdem manchmal ein anderes Wort heraus?

»Flüchtling« ist einfach das gebräuchlichste Wort. Aber im Deutschen bringt man mit der Endung »-ling« eine gewisse Abschätzigkeit zum Ausdruck: Sträfling, Feigling, Schädling sind typische Beispiele. Aus diesem negativen Kontext will man »Flüchtlinge« herausnehmen.

Was halten Sie von »Refugee«?

Ich wüsste nicht, warum man im Deutschen »Refugee« sagen sollte. Aber Deutschland ist ja nicht das einzige Land, in das Geflüchtete kommen. Wenn »Refugee« zu einem Ausdruck würde, bei dem international alle immer sofort wissen, was gemeint ist — das wäre ein gutes Argument dafür, »Refugee« zu sagen.

Es gab auch die Anregung, »Vertriebene« zu sagen, unter anderem, um eine Assoziation zu den 1950er Jahren zu wecken, als Deutsche auf der Flucht waren. Wie finden Sie diese Alternative?

Treffend. Der Unterschied zur Adenauerzeit ist allerdings, dass nun keine Deutschen kommen, sondern Ausländer. Und das bringt Aggressivität in den Diskurs. Aber auch die Men-

schen, die heute fliehen, haben sich unter schwierigsten Verhältnissen auf den Weg gemacht. Dazu kommt die vollkommene Ungewissheit, was aus ihnen wird, welches Schicksal ihre Familien erleiden. Da kann doch keiner sagen, die kämen her, weil es ihnen Spaß macht.

Wie es etwa bei der Unterscheidung zwischen Kriegsflüchtling und Wirtschaftsflüchtling mitschwingt.

Der Ausdruck Wirtschaftsflüchtling ist unsäglich. Er drückt eine ganz große Arroganz gegenüber Menschen aus, die in Armut leben müssen. Jeder Mensch will die Verhältnisse, in denen er lebt, verbessern. Es ist ein schicksalhafter Zufall, dass wir in Deutschland leben und nicht gezwungen sind, uns mit existenzieller Armut auseinander zu setzen. Ein persönliches Verdienst ist das nicht.

Man könnte jetzt einwenden: Solange jemand kein Politiker oder Journalist ist, sei es reine Geschmackssache, welche Worte er verwendet. Sie fordern: Jeder ist verantwortlich für seine Sprache?

Ja, auf jeden Fall. Sprache ist ein gesellschaftliches Phänomen. Und was wir bisher an sozialem Frieden im Land hatten, scheint nur eine ganz dünne Schicht gewesen zu sein. Redeweisen aus der aggressiven rechten Ecke machen sich in einer Massivität bemerkbar, dass man nicht mehr von einzelnen Meinungen sprechen kann.



Mit jeder diskriminierenden Aussage wird die Würde des Menschen angetastet.



Enthüllt Sprache jetzt, was viele Menschen immer schon gedacht haben?

Die Unterscheidung zwischen dem »Eigenen« und dem »Fremden« ist eine anthropologische Universalie: Das Eigene ist keine Bedrohung. Vom Fremden weiß ich nicht, ob er mir nach dem Leben trachtet. Das ist archaisch, sitzt aber sehr tief. Mein Eindruck ist, dass im Moment das archaische Denken wieder aufbricht.

Und wer archaische Gefühle wie Angst oder Neid empfindet, sagt plötzlich Sachen, die er normalerweise nicht sagen würde?

Viele Menschen haben Angst um ihren Job, um die Zukunft ihrer Kinder. Das kann man nicht einfach abtun. Aber diese Menschen müssen aufgeklärt werden. Niemand verliert seinen Arbeitsplatz oder seine Wohnung, weil wir Geflüchtete aufnehmen. Allerdings: Wenn extreme Rechte so etwas äußern, ist das keine Angst. Wenn die in dieser Weise über Geflüchtete sprechen, schaffen sie sich damit ein kleines Stückchen Macht. Nämlich über jene Menschen, die sie so abwerten.

Kann negatives Sprechen über Geflüchtete und Helfer physische Gewalt auslösen?

Studien zeigen, dass Menschen, die sprachlich sehr aggressiv sind und ihr Gegenüber ständig beleidigen, eine niedrigere Schwelle haben zuzuschlagen. Mit Worten wie »Drecksack« bringt man sich in eine bestimmte Disposition.

Viele Deutsche wollen keine Tabus brechen und niemanden beleidigen. Oft merkt man aber Unmut über die Unsicherheit, ob sie mit einem bestimmten Ausdruck jetzt danebengreifen. Und über die damit verbundene Verantwortung, sprachlich *up to date* zu bleiben.

Den Diskurs zur Political Correctness kennzeichnet eine vehemente Sanktionierungsbereitschaft. Da werden Wörter in den Status der nicht-sagbaren Wörter erhoben. Gleichzeitig vermittelt man: Wenn du dieses Wort gebrauchst, bist du ganz böse. Aber Sprache ist unschuldig. Es sind die Sprecher, die Sprache zu aggressiven Zwecken verwenden.

Wenn jemand mit Sprache verletzen will, tut er das also unabhängig davon, welche Wörter er verwendet?

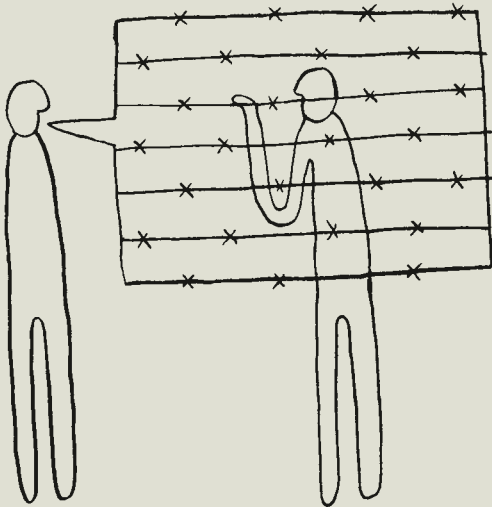
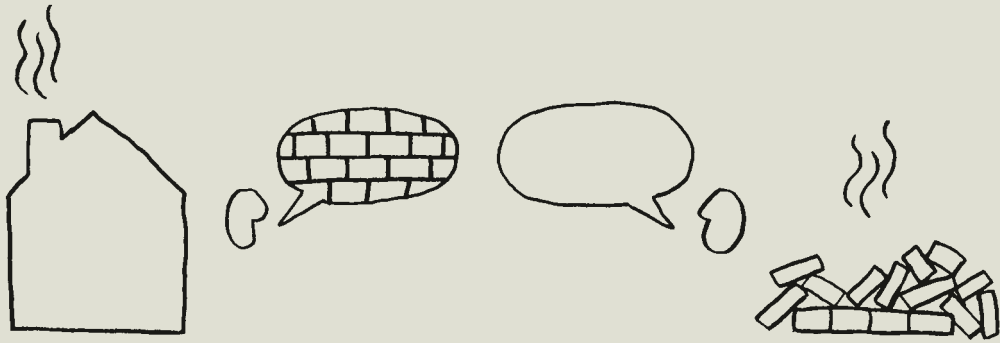
Ja. Umgekehrt stimmt die Schlussfolgerung nicht: Wer »Neger« zu einem Dunkelhäutigen sagt, muss nicht zwangsläufig etwas gegen Schwarze haben. Vielleicht ist es einfach das Wort, das er seit seiner Kindheit kennt.

Trotzdem wäre es schön, wenn bestimmte Wörter aus dem allgemeinen Sprachgebrauch verschwinden. Wie sollte ich denn reagieren, wenn jemand in meinem persönlichen Bekanntenkreis zum Beispiel das Wort »Asylant« benutzt?

Erklären, was dieses Wort bedeutet. Thematisieren, was durch den Gebrauch passiert. Sobald ein Wort diskriminierend verwendet wird, kann man mit diesem Argument aufklären und ein Bewusstsein schaffen. Unsere Aufgabe sollte nicht sein, nach Wörtern zu jagen und sie zu verbieten.

Gibt es eine Grundregel, an die man sich halten kann?

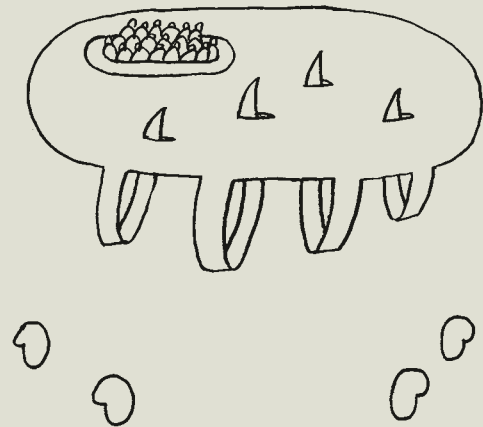
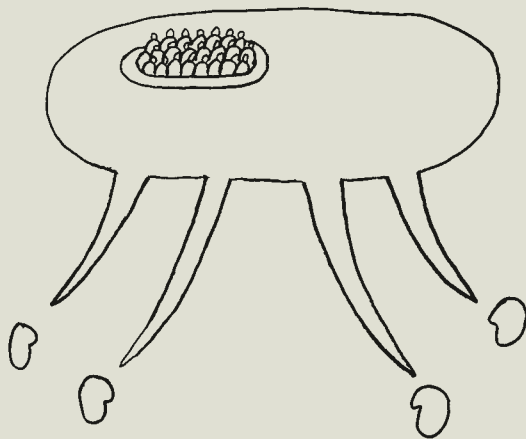
Wir reden über Menschen. Und wir haben den ersten Satz unseres Grundgesetzes: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Aber mit jeder diskriminierenden Aussage wird die Würde des Menschen angetastet. Wenn dieses Denken unser ständiger Begleiter ist beim Reden über Geflüchtete — ich glaube, dann kommen wir ein gutes Stück weiter.



⇒

**Sprache
ist unschuldig.
Es sind die
Sprecher, die sie
zu aggressiven
Zwecken
verwenden.**

⇐



Im thüringischen Gerstungen haben Anwohner eine Bürgerwehr gegründet. Angeblich will sie den Ort sicherer machen — und hetzt gegen Flüchtlinge.

Text MOUNIA MEIBORG Fotos FABIAN ZAPATKA



Ein Dorf rutscht nach rechts



Durch Gerstungen verläuft ein Graben.

34

Vor zwei Wochen wurde in der Bäckerei Eichholz eingebrochen. Die Glasscheibe wurde zerschlagen, das wenige Geld, das in der Kasse war, gestohlen. Die Glasfront ist inzwischen repariert. Und auch sonst scheint alles wieder seinen gewohnten Gang zu gehen. Die Bäckerin, eine junge Frau mit blondiertem Haar und einem Strasssteinchen auf dem Zahn, verkauft an einem warmen Frühlingssnachmittag Kaffee und Kuchen. Zwischendurch plaudert sie mit Stammgästen. Kommt ihr Sohn in den Laden, kriegt er ein Eis und einen Kuss.

Wenn man die Bäckerin fragt, wer hinter dem Einbruch stecken könnte, zögert sie nicht lang. »Es gibt sehr viele Asylanten hier«, sagt sie. »Abends traue ich mich nicht mehr allein durchs Dorf.« Es beruhige sie deshalb, dass sich in Gerstungen eine Bürgerwehr gegründet hat. »Die Jungs setzen sich ins Auto und kommen vorbei, auch mitten in der Nacht.«

Die Jungs, das sind Andreas Niebling und seine Kollegen. Sie haben im Juni 2015 eine Facebook-Gruppe gegründet, die »Bürgerwehr Untersuhl, Gerstungen und Umgebung« heißt. Damals war an einem Feiertagswochenende in fünf Häuser eingebrochen worden — Gesprächsstoff in einer Gemeinde mit knapp 6.000 Einwohnern.

Die Bürgerwehr versprach, für Sicherheit zu sorgen. Aber heute, ein Jahr später, scheint sie eher das Problem als die Lösung zu sein. Ihr Gründer, Andreas Niebling, war mal NPD-Funktionär. Der Thüringer Verfassungsschutz geht davon aus, dass Rechtsextreme in der Gruppe aktiv sind.

Schräg gegenüber von der Bäckerei, im Elektrogeschäft Eisenträger, wurde ebenfalls eingebrochen, in derselben Nacht. Die Besitzerin, eine ältere Frau mit Dauerwelle, wohnt über dem Geschäft. Sie kann sich nicht vorstellen,

dass Flüchtlinge hinter dem Einbruch stecken. Die Bürgerwehr habe sich nicht bei ihr gemeldet, sagt sie. »Wenn sie wirklich helfen wollten, hätten sie das längst getan.«

Durch Gerstungen verläuft ein Graben. Die einen sind für die Bürgerwehr. Die anderen dagegen. Und manche äußern sich lieber nicht, vorsichtshalber. In Gerstungen lässt sich beobachten, wie — angeheizt durch Pegida, AfD und Flüchtlingsdebatte — Menschen vorverurteilt werden. Unter dem Deckmantel von Recht und Ordnung ist eine rechtsextreme Dynamik entstanden, wie an so vielen Orten in Deutschland. Zwar ist die Kriminalität in Gerstungen nicht oder nur leicht gestiegen. Aber gefühlte und tatsächliche Wahrheit klaffen auseinander.

»In aller Regel muss es einen empirischen Kern geben, damit rechtspopulistische Bewegungen entstehen«, sagt der Soziologe Dieter Rucht vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Er beschäftigt sich seit mehr als 30 Jahren mit sozialen Bewegungen und ist der bekannteste Protestforscher Deutschlands. Immer wieder hat er sich mit rechtspopulistischen Bewegungen befasst, etwa in einer Studie zu den Pegida-Kundgebungen in Dresden. »Meist gibt es einen Verweis auf reale Bedrohungen. Die mögen statistisch unbedeutend oder Ausnahmefälle sein, aber sie sind da«, sagt er.

In Gerstungen waren das die Einbrüche im Mai 2015 — und die Tatsache, dass diese tatsächlich von Asylbewerbern verübt wurden. Die Täter, vier Männer aus dem Kosovo, sind inzwischen abgeschoben worden. Aber Unsicherheitsgefühl und Vorurteile sind geblieben.

Gerstungen liegt ziemlich genau in der Mitte Deutschlands, im westlichen Zipfel Thüringens. Der Nachbarort Untersuhl gehört bereits zu Hessen. Und wenn man mit Menschen aus beiden Gemeinden spricht, scheint immer noch vieles anders zu sein in Ost und West, auch in Bezug auf Flüchtlinge. Die meisten ehrenamtlichen Helfer im Gerstunger Flüchtlingsheim kommen aus den hessischen Dörfern im Umland. In Untersuhl gibt es keine Bürgerwehr. Allerdings auch kein Flüchtlingsheim.

Gerstungen ist ein langgezogener Ort mit sehr schönen und etwas trostlosen Teilen. Der schöne Teil sieht aus wie aus dem Bilderbuch. Ein Fachwerkhaus steht neben dem anderen. Die Werra plätschert dahin. Und in den Vorgärten blühen Narzissen und Rittersporn. Mancher Autofahrer biegt erst um die Ecke, wenn man weitergelaufen ist.

In der Facebook-Gruppe warnen sich Anwohner gegenseitig vor »südländisch aussehenden Männern«. »Achtung! In Widershausen läuft ein südländischer Mann mit Zettel durch die Gegend«, heißt es da. Oder: »In Untersuhl sind (wieder einmal) »Fachkräfte« unterwegs und betteln ...« »Fachkräfte« werden Migranten und Asylbewerber in der Facebook-Gruppe ironisch genannt. Eine Frau, die auf ihrer Facebook-Seite vor allem Katzen- und Hundefotos postet, schreibt in der Gruppe: »was ist denn an Gerstungen so toll? kann da nix mehr toll finden wenn es kaum noch Einheimische gibt und überall Leute rum laufen die da nix zu suchen haben!«

Manche Kommentare sind offen rechtsextrem. In einem Post berichtet eine Frau über einen Mann mit Migrationshintergrund, der sich angeblich im 20 Kilometer entfernten Eisenach vor Kindern auszieht. Einer kommentiert: »Schwanz abgeschnitten und ausbluten lassen«. Ein anderer antwortet: »Deshalb hab ich immer ein filetirmesser dabei.« Ein dritter schreibt, man solle den Mann in den Fluss werfen. Über Selbstjustiz wird hier zumindest fantasiert.

Manche Vorfälle, die in der Facebook-Gruppe beschrieben werden, stammen nicht aus Gerstungen oder der Umgebung, sondern aus dem 200 Kilometer entfernten Detmold oder dem 400 Kilometer entfernten Görlitz. In der Facebook-Gruppe bekommen die Mitglieder nur das zu lesen, was ihren Überzeugungen entspricht. Auch wegen dieser verstärkenden Filter werden soziale Medien für Rechtspopulisten immer wichtiger.

Wie viele der 2.600 Gruppenmitglieder rechtspopulistisch denken, ist schwer zu sagen. Zwischendurch geht es um harmlose Dinge wie Verkehrsschulungen und das Feuerwehrfest. Aber den Kern bilden Verdächtigungen und Berichte über angebliche Straftaten, deren Urheber ausnahmslos Flüchtlinge und Migranten sind — obwohl dies der Kriminalstatistik des Landkreises deutlich widerspricht.

11 Prozent der Straftaten werden demnach von Ausländern verübt. »Dabei muss man bedenken, dass es Straftaten gibt, die überhaupt nur von nicht-deutschen Tätern verübt werden können«, sagt Bianka Ißleib, die zuständige Polizeipräsidentin in Eisenach. Dazu gehörten beispielsweise Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz. Insgesamt wurden 2015 in der Gemeinde 245 Straftaten registriert, 35 mehr als im Vorjahr — was aber auch am veränderten Anzeigeverhalten liegen kann.



Distanziertes Verhältnis: Blick vom Flüchtlingsheim auf Gerstungen, Schaukasten des Dorffotografen.



36

Wärtsch Wohncontainer

Wärtsch Wohncontainer
Postfach 1000000 1024-0 Essen 420 01

»
**Die objektive
Sicherheitslage
hat nicht
mehr mit der
gefühlten
übereingestimmt.**

« BIANKA ISSLEIB





»
**Es ist normal
geworden, über
Migranten zu
schimpfen.**

« MAIK KLOTZBACH

»
**Die Zeit in
der NPD war
eigentlich
eine schöne
Zeit.**

« ANDREAS NIEBLING



Immer wieder gab es Anrufe aus Gerstungen, weil »Fremde« gesichtet wurden. »Einmal ist ein Pizzabote ins Visier geraten, der einfach nur Pizza geliefert hat. Aber er sah eben südländisch aus.« Für die Polizei, sagt Ißleib, sei das ein großer zusätzlicher Ermittlungsaufwand. »Die objektive Sicherheitslage hat in Gerstungen nicht mehr mit der gefühlten Sicherheitslage übereingestimmt.«

Andreas Niebling, der Gründer der Bürgerwehr, hat seine eigene Wahrheit. Die Polizeistatistik zweifelt er an, ebenso wie alle anderen Informationen, die von Behörden kommen. Er ist 38 Jahre alt, bullig, die dunklen Haare trägt er kurzrasiert. Auf seinem schwarzen T-Shirt ist das Logo der Bürgerwehr zu sehen: zwei sich umfassende Hände. Niebling sitzt im »Bingo«, einer Mischung aus Café und Spielothek, das zwischen Penny-Markt und Hauptstraße an einer der trostloseren Ecken Gerstungens liegt.

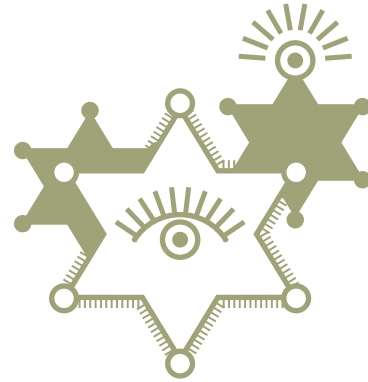
Er gibt sich jovial und zupackend; für alle hier ist er »der Andy«. Zu Autoritäten hat er ein zwiegespaltenes Verhältnis. Einerseits macht er sich über die kommunalen Politiker lustig. Andererseits brüstet er sich mit SMS vom Bürgermeister. Stolz erzählt er von einem britischen Fernsehsender, der eine Reportage über die Bürgerwehr gedreht hat. Dass der Bericht sehr kritisch war, erwähnt er nicht. Die Bürgerwehr verschafft ihm Aufmerksamkeit. 1.300 Facebook-Freunde hat er inzwischen.

Jeden Abend, behauptet er, liefere die Bürgerwehr im Ort Streife. Es gebe einen Kern von 40 bis 50 Mitgliedern; jeden Abend patrouillierten acht von ihnen in Bürgerwehr-T-Shirts. Aber niemand, den man in Gerstungen fragt, hat sie in letzter Zeit gesehen. Die Bürgerwehr scheint inzwischen vor allem online zu existieren.

Andreas Niebling hat gelernt, vorsichtig zu sein. Auf keinen Fall will er als offen ausländerfeindlich dastehen. »Ich habe nichts gegen Flüchtlinge aus Kriegsgebieten«, sagt er. Und redet im nächsten Satz über Flüchtlinge, die im Penny-Markt klauten, Spielautomaten demolierten und Frauen belästigten.

Wenn man ihn mit Fakten zur Flüchtlingspolitik oder zur Anzahl der Asylbewerber in Gerstungen konfrontiert, grinst er vielsagend und sagt: »Das erzählen die.« Er suggeriert, über ein geheimes Wissen zu verfügen — eine gängige Strategie unter Rechtspopulisten und Rechtsextremen.

»Das Bild, das viele Rechtspopulisten zeichnen, ist das von David gegen Goliath«, sagt Marc Helbling, der sich



MÖCHTEGERN-SHERIFFS

Ein Wort, das selbstverständlich klingt: Bürgerwehr. Da tun sich Bürger zusammen, um sich zu wehren. Doch gegen welche Gefahr eigentlich? Und welche Gemeinschaft legitimiert sie dazu? Ursprünglich entstanden Bürgerwehren im 19. Jahrhundert als Hilfstrouppen der Obrigkeit im Kampf gegen innere und äußere Feinde. Heute gehen sie zunehmend auf Streife, weil sie der Meinung sind, der Staat tue nicht genug, zum Beispiel gegen Einbrecher oder Vergewaltiger. Auf frischer Tat ertappt, darf jeder sie festhalten, bis die Polizei kommt. Selbstjustiz ist in Deutschland verboten. Polizei und Politik blicken sorgenvoll auf die Bürgerwehren: Viele sind ein Sammelbecken für Rechte und Islamfeinde, die in den sozialen Netzwerken Straftaten erfinden, um Mitläufer zu gewinnen.

als Soziologieprofessor am WZB mit Fremdenfeindlichkeit beschäftigt. »Sie sehen sich als kleine Gruppe von Auserwählten, die gegen eine Übermacht der großen Parteien ankämpft und versucht, die wahren Interessen des Volkes durchzusetzen.« Jede Kritik von außen werde so zur Bestätigung. »Rechtspopulisten gefallen sich in der Rolle derjenigen, die mutig etwas vermeintlich Verbotenes aussprechen.«

Andreas Niebling sieht sich als Opfer, weil die Bürgerwehr in die rechte Ecke gestellt werde — seiner Meinung nach zu Unrecht. Niebling selbst war NPD-Mitglied. 2001 war er Kreisvorsitzender der NPD in Eisenach. Wie lange, daran kann er sich angeblich nicht erinnern. Ein paar Monate oder ein Jahr, sagt er. »Da waren wir jugendlich. Das war ja keine schlimme Zeit, das war eigentlich eine schöne Zeit.« Es war die Zeit, als in der rechtsextremen Szene Thüringens der NSU in den Untergrund ging.

Niebling erzählt von Skatspielen und Freundschaften. Von der Körperverletzung und dem Verstoß gegen Paragraph 86A, dem Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, die seitdem in seinem Strafregister stehen, erzählt er nicht so gern. Patrick Wieschke, einer der bekanntesten Neonazis Deutschlands, ist bis heute ein enger Freund von ihm.

Als im Oktober die NPD direkt vor dem »Bingo« und Nieblings Wohnung demonstrierte, war er dabei. »Das heißt ja nicht, dass ich ein Nazi bin.« Auch andere Mitglieder der Bürgerwehr seien dort gewesen. Kurz vorher hatte es im »Bingo« eine Schlägerei gegeben, an der Flüchtlinge beteiligt waren. Die NPD demonstrierte »gegen kriminelle Ausländer.«

»Es ist eine Strategie der Rechtspopulisten, Offensichtliches auszusprechen«, sagt Marc Helbling vom WZB. »Kein Mensch ist für kriminelle Ausländer. Es ist also schwierig, gegen diese Parole zu argumentieren. Die Rechtspopulisten machen sich so unangreifbar. Sie reden von kriminellen Ausländern, ohne dass man sie strafrechtlich belangen könnte. Aber jeder, der es von diesen Akteuren hört, weiß, dass Migranten allgemein gemeint sind.«

Wie ungemütlich Andreas Niebling werden kann, merkt man, wenn er über seine Gegner spricht. Über Gerstunger, die eine andere Meinung vertreten, sagt er, sie seien arbeitslos, hätten keine Freunde im Ort oder würden ihren Ehemann im Ägyptenurlaub betrügen. Es sind Unterstellungen, die sich schwer nachprüfen lassen. Und die darauf zielen, anderen ein »ordentliches« Leben abzusprechen.



Dorfleben: Geflüchtete Kinder, Mitglied der Bürgerwehr (re.).

Sein neuer Lieblingsfeind ist das »Bündnis gegen rechts«, das sich vor Kurzem gegründet hat, um einen Gegenpol zur Bürgerwehr zu bilden. Niebling nennt sie nur die »Sterni-Fraktion«. Fast täglich ließen sie sich vor dem Penny-Markt mit Bier volllaufen.

Maik Klotzbach, der Gründer des Bündnisses, passt so gar nicht in dieses Bild. Er trägt Hemd und Sakko, arbeitet als Verfahrenstechniker in einem großen Unternehmen und ist Vorsitzender der Jusos im Wartburgkreis. Die Bürgerwehr, sagt er, habe einen aggressiven Ton salonfähig gemacht. Manch einer sei wohl unter Druck gesetzt worden, sich dem »Bündnis gegen rechts« nicht anzuschließen. »Es ist normal geworden, über Migranten zu schimpfen und die Staatsmacht infrage zu stellen. Das ist gefährlich.« Die Gründung der Bürgerwehr habe auch mit dem Demokratiedefizit zu tun, sagt Klotzbach.

Parteien hätten es im Osten traditionell schwer; in letzter Zeit käme noch das Elitenbashing von Pegida und AfD dazu. »Populismus speist sich aus Elitenkritik«, sagt Marc Helbling vom WZB. »Rechtspopulisten halten die politische Elite für korrupt und unfähig, den Willen des Volkes umzusetzen.« Auch die Gewaltenteilung werde in diesen Kreisen abgelehnt, sagt Helbling. »Die Grundwerte und Institutionen, die in einer Demokratie über dem Volk stehen, werden von Rechtspopulisten nicht anerkannt. Sie stellen jede Art von staatlichen Gebilden infrage.«

Wirtschaftlich, sagt Maik Klotzbach, gehe es Gerstungen so gut wie selten. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 6 Prozent. Für Bürger, die sich Sorgen machen, hat Klotzbach Verständnis. »Aber wenn ich Angst vor fremden Kulturen und Religionen habe, muss ich mich dem stellen. Wenn man auf Leute zugeht, lösen sich die meisten Ängste in Luft auf.«

Das Flüchtlingsheim liegt weit ab vom Ortskern auf einem Berg. Kein Bus fährt dorthin, vom Bahnhof läuft man eine halbe Stunde. Einige Container stehen auf dem Hof. Kinder, Jugendliche und Erwachsene sitzen auf ein paar Stühlen in der Abendsonne. Von den Mitarbeitern des Heims stammt außer dem Security-Mann niemand aus Gerstungen. Auch der Leiter der Unterkunft, Hermann Abel, wohnt in Hessen. »Die Menschen in Gerstungen gehen nicht so auf die Asylbewerber zu«, sagt er. Das liege auch daran, dass es das Heim schon seit den 1990er Jahren gibt. Ein privater Betreiber hatte es jahrelang verwahrlosen lassen. Heute wohnen 125 Asylbewerber hier, vor allem aus Syrien und Afghanistan.



Nur drei Monate bleiben sie im Durchschnitt in der Erstaufnahmeeinrichtung. Das erschwert Kontakte und Integration.

Hamdu, ein 14-jähriger Syrer, ist seit sieben Monaten in Deutschland und geht immer noch nicht zur Schule. Er langweilt sich. Und ist Deutschland trotzdem dankbar. »Die Deutschen tun mehr für uns als unsere arabischen Nachbarländer«, sagt er. Von der Bürgerwehr hat er noch nicht gehört.

Mahmoud, ein junger Afghane, spielt mit seinen drei Kindern. Er trägt einen schwarzen Hut zur grauen Weste. Er lacht viel. Aber wenn er über Gerstungen redet, wird er ernst. Er werde oft komisch angeschaut, wenn er auf der Straße Menschen grüße, sagt er. Er verstehe das nicht, sagt Mahmoud. Er wolle doch nur freundlich sein. Aber die Menschen in Gerstungen — aus irgendeinem Grund hätten sie Angst vor ihm.

Aufnahme- prüfung



42

Wie können wir unser Bildungssystem auf die Aufgabe Integration vorbereiten? Fünf Leibniz-Forscher antworten.

Offene Lernorte fördern!

Niemanden isolieren!

Zuwanderer sind in unserem Bildungssystem nach wie vor unterrepräsentiert. Und zwar auf allen Stufen, von der frühkindlichen Bildung bis zu den Universitäten. Außerdem erbringen sie im Schnitt schlechtere Leistungen als Kinder und Jugendliche deutscher Herkunft. Die Gründe liegen in erster Linie in sozialen Ungleichheiten, die durch Sprachdefizite noch verstärkt werden. Trotz einiger positiver Tendenzen verringert sich der Rückstand gegenüber den Muttersprachlern nicht. Dafür wird es auch leider keine schnellen Lösungen geben. Das A und O für mehr Bildungsgerechtigkeit ist das sichere Beherrschen der deutschen Sprache. Gerade frühkindliche Angebote sind für die Sprachbildung von Kindern von essentieller Bedeutung. Wir müssen diese Angebote für alle Eltern attraktiv machen, zum Beispiel durch kostenfreie Kindergartenplätze. Die große Zahl von Flüchtlingen stellt uns vor eine zusätzliche Herausforderung. Viele von ihnen kommen als Quereinsteiger ins deutsche Bildungssystem, einige sogar, ohne jemals eine Schule besucht zu haben. Es ist wichtig, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche so gefördert werden, dass sie schnell in reguläre Schulen gehen können. Insellösungen wie Vorbereitungsklassen helfen zwar, die akute Situation zu meistern. Sie dürfen aber keine dauerhaften Einrichtungen werden. Wenn wir diese Schüler isolieren, wird ihre Integration in die Gesellschaft kaum gelingen.

KAI MAAZ, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt am Main

»Labs« sind ein neuer Typus von Orten, an denen experimentell gearbeitet werden kann. In Coworking Spaces mieten sich Kreative ein. In Reparatur-Cafés, offenen Kreativräumen (»Maker Spaces«) und Entwicklungswerkstätten (»FabLabs«) können Menschen gemeinsam Probleme lösen und neue Ideen entwickeln. Viele dieser Einrichtungen sind sehr aktiv in der Flüchtlingsarbeit. In Werkstätten lernen Geflüchtete, Fahrräder zu reparieren. Sie schnappen dort ganz nebenbei die deutsche Sprache auf und lernen Einheimische kennen. Viele Geflüchtete bringen entweder kaum formale Qualifikationen mit oder ihre Qualifikationen werden in Deutschland nicht anerkannt. Sie haben es deshalb schwer, sich in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren. Hier liegt eine große Stärke offener Lernorte: Jeder kann unabhängig von formalen Qualifikationen teilhaben und Dinge ausprobieren. Mehr noch: Das Alltagswissen der Geflüchteten wird wertgeschätzt, ihre Fähigkeiten, Wünsche und Bedürfnisse werden sichtbar. Offene Lernorte bieten so Wege aus der Passivität, die das Asylverfahren Menschen aufzwingt. Genauso wichtig sind die Beziehungen, die hier entstehen. So wie Kreative Coworking nutzen, um zu »netzwerken« und weniger anfällig für Auftragsflauten zu sein, können Geflüchtete in offenen Lernorten Beziehungen aufbauen. Sie haben das Potenzial, Menschen resilienter, also krisenfester zu machen — emotional, sozial und wirtschaftlich.

FELIX CLAUS MÜLLER & JULIANE KÜHN,
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung,
Erkner

Lasst die Lehrer nicht alleine!

44

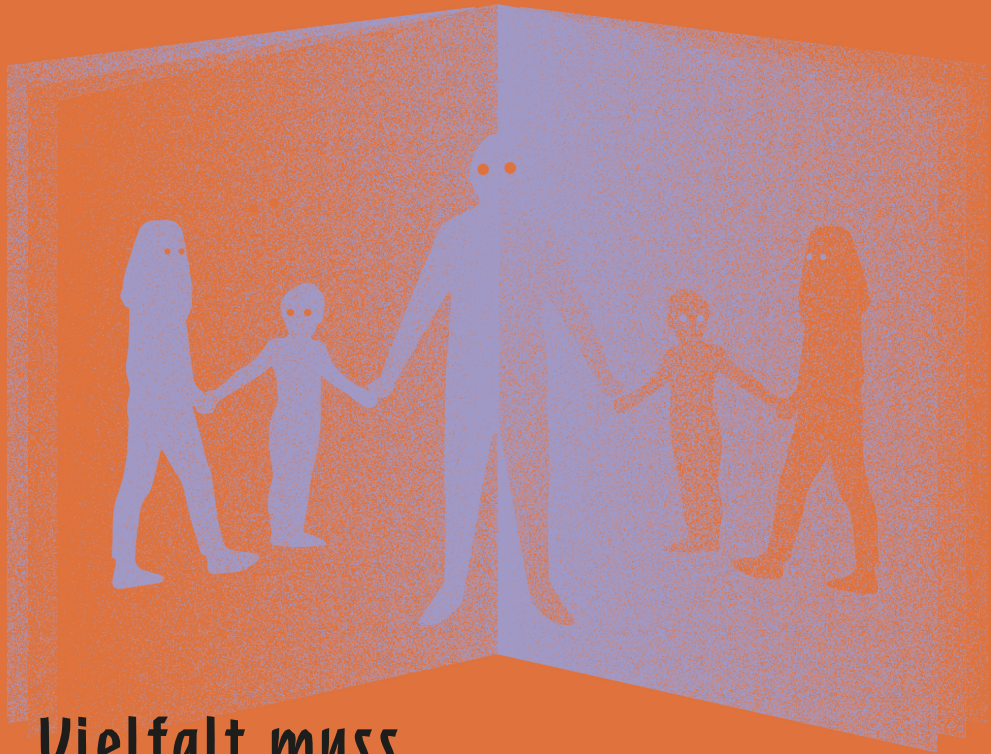
Die Integration von Flüchtlingen in das deutsche Bildungssystem ist noch komplexer als bei den schon länger in Deutschland lebenden Migranten. Geflüchtete sind in Alter und Bildungshintergrund eine extrem heterogene Gruppe. Manche haben eine vergleichsweise normale Schulbildung genossen, andere kommen nur auf drei Jahre Schulbesuch. Viele junge Flüchtlinge sind wegen ihrer Fluchterfahrung »erwachsener« als Gleichaltrige, die in Deutschland aufgewachsen sind. Häufig sind sie allerdings auch traumatisiert. Die meisten Lehrer sind nicht für den Umgang mit traumatisierten Jugendlichen ausgebildet. Wir brauchen deshalb ein Supervisionssystem, in dem etwa Sozialarbeiter und Psychotherapeuten die Lehrer unterstützen. Die Heterogenität der Flüchtlingsklassen erfordert zudem einen Unterricht, der auf individuelle Bedürfnisse eingeht. Im Lesen könnten die Kinder zunächst auch in ihren Herkunftssprachen gefördert werden, um die Lehrer zu entlasten. Dafür müssten die Gruppen kleiner sein und mehr Pädagogen eingesetzt werden — was aber nur mit mehr Geld realisierbar wäre. Für pädagogische Fachkräfte, denen diese und ähnliche Herausforderungen begegnen, hat die Stiftung Bildung und Begabung den Online-Kurs »Kulturelle Vielfalt im Klassenzimmer« entwickelt (www.bildung-und-begabung.de/@ucation), in dem ich mit anderen Experten auftrete. Er enthält Hintergrundinformationen, Materialien und Denkanstöße.

DOMINIQUE RAUCH, Deutsches Institut
für Internationale Pädagogische Forschung,
Frankfurt am Main

Denkt auch an die Erwachsenen!

Die Flüchtlingsdebatte ist stark auf die Schule fokussiert. Dabei ist der Großteil der Flüchtlinge erwachsen. Schon jetzt ist die Erwachsenenbildung sehr aktiv: Sie bietet Sprach- und Integrationskurse und hilft beim Weg in den Arbeitsmarkt. Ihr kommt zugute, dass sie — anders als Schule — mit unterschiedlichen Anbietern wie Volkshochschulen, kirchlichen Einrichtungen oder Betrieben sehr flexibel reagieren kann. Das bedeutet leider auch, dass von den Dozenten sehr viel Flexibilität verlangt wird, bei oft unangemessener Bezahlung. Und dies angesichts besonders hoher pädagogischer Anforderungen. So ist zum Beispiel die Arbeit in Sprachkursen auch deshalb so anspruchsvoll, weil Lehrbücher fehlen, die der Heterogenität von Herkunft und Vorbildung der Teilnehmer gerecht werden. Daher bereiten wir gerade ein Projekt vor, das Lehrkräften hilft, mit einer Suchmaschine Materialien im Internet zu finden, die thematisch interessant sind und zum jeweiligen Sprachniveau passen. Die Erwachsenenbildung kümmert sich aber nicht nur um die Neuankömmlinge, sondern auch um Migrantinnen und Migranten, die bereits länger bei uns sind. Sie nehmen noch deutlich seltener an Weiterbildungen teil als Deutsche. Bei all dem dürfen wir nicht vergessen, dass auch wir, die Vertreter der aufnehmenden Gesellschaften, mehr als bisher dazu lernen müssen. Ohne interkulturelle Trainings, wie sie etwa in Betrieben üblich sind, und politische Aufklärung wird das nicht gelingen.

JOSEF SCHRADER, Deutsches Institut
für Erwachsenenbildung — Leibniz-Zentrum
für Lebenslanges Lernen, Bonn



Vielfalt muss Normalität werden!

45

Für uns Wissenschaftler war es eine erschreckende Erkenntnis: Migration wird in Schulbüchern immer noch als Krise thematisiert. Darstellungen überfüllter Flüchtlingsboote, die Rede von »Flüchtlingswellen« oder einem »Exodus« wecken das Gefühl einer Bedrohung. Zuwanderer werden oft als Exoten dargestellt. Kein Schulbuch erfüllt den Anspruch, Diversität und Vielfalt als Normalität zu zeigen. Das sind die Ergebnisse unserer Analyse von 65 aktuellen Schulbüchern aus fünf Bundesländern für die Fächer Geschichte, Geografie und Sozialkunde/Politik für die Klassenstufen 7 bis 9. Erfreulicherweise hat diese Studie im Auftrag der Bundesregierung aber einiges in Bewegung gebracht: Viele Schulbuchverlage öffnen sich für die Problematik, und es hat auch bereits erste Workshops mit Schulbuchredakteuren gegeben. Uns ist klar, dass Schulbücher didaktisch vereinfachen müssen und nicht jede wissenschaftlich wünschenswerte Komplexität abbilden können. Sinnvoll wäre es deshalb, wenn Schulbücher vor dem Erscheinen einem kritischen Lektorat unterzogen würden, das auch Fachwissenschaftler einschließt. Einige Verlage wollen entsprechende Expertennetzwerke einrichten, auf die bei kritischen Fragen zurückgegriffen werden kann. Das ist eine Entwicklung, die Hoffnung macht.

INGA NIEHAUS, Georg-Eckert-Institut — Leibniz-Institut
für Internationale Schulbuchforschung, Braunschweig

Unter deutschen Dächern

Wo Geflüchtete unterkommen, ist entscheidend für die Integration. Wir haben Berliner Notunterkünfte besucht.

Fotos NOSHE Text LEA HAMPEL



















Der Markt regelt das besser als die Behörde.

Es war eine große Provokation, aber auch eine kleine Wahrheit. Das europäische Asylsystem, sagte die damalige EU-Innenkommissarin Anna Cecilia Malmström 2013, gleiche einer Lotterie. Mit ihrer Einschätzung steht Malmström nicht alleine da: Wer bleibt und wer gehen muss, ist in Europa nicht zuletzt Glückssache. Europaweit gilt das Dublin-Abkommen. Es legt fest, dass der Asylantrag im ersten »sicheren Drittstaat« gestellt werden muss, den ein Asylsuchender betritt. Ist das Deutschland, bestimmt der Königsteiner Schlüssel, in welchem Bundesland er unterkommt. Dieser berechnet sich zu zwei Dritteln nach der Steuerkraft des Bundeslandes und zu einem Drittel nach der Einwohnerzahl. Über die weitere Verteilung entscheiden die Landesbehörden.

Soweit die Theorie. Praktische Fragen stellten sich lange kaum. Die Flüchtlingszahlen sanken ab Mitte der 1990er Jahre. Erst mit ihrem Wiederanstieg erhitzte sich auch die Debatte um die Verteilung. Zunächst klingt es logisch, dass der Staat, der die Flüchtlinge versorgt, entscheidet, wer wo leben wird. Effizient und kurzfristig günstig scheint es, sie in ländlichen Regionen unterzubringen, wo die Mieten niedrig sind. Die meisten Zuwanderer streben aber in Städte, wo bereits Landsleute leben. Doch natürlich können dort nicht alle unterkommen — deshalb landen sie auch in den Dörfern und Kleinstädten Europas.

Aber ist dieses Vorgehen langfristig günstig für die Integration? »Für Phasen mit außergewöhnlich starker Flüchtlingsmigration«, sagt Oliver Holtemöller vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle, »ist der Königsteiner Schlüssel eine vernünftige Sache.« Sobald geklärt ist, ob jemand bleiben darf, hält der Ökonom gesteuerte Verteilung aber nicht für die effizienteste Lösung. »Der Markt regelt das besser als die Behörde.« Wirkung zeige es eben gerade, wenn Geflüchtete dahin gehen, wo sie Gemeinschaften aus ihren Heimatländern vorfinden — sie fördern die Neuen mit Jobs und Alltagshilfe.

Felicitas Hillmann untersucht am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner, welche Bedeutung Migration für Städte hat. Sie sagt: »Für die Integration ist es zentral, dass die Geflüchteten nicht außerhalb der Gesellschaft untergebracht werden, wie das bei den Erstaufnahmeeinrichtungen in abgelegenen Kasernen oder Krankenhäu-

sern häufig der Fall ist.« Nur wo Geflüchtete Zugang zu Arbeit, Bildung und sozialer Infrastruktur hätten, blieben sie auch langfristig. Diese Perspektiven sehen sie meist nur in Städten. Oliver Holtemöller schlägt deshalb vor, das Prinzip der Verteilung umzudrehen. »Im Moment wollen die Regionen die Kosten niedrig halten«, sagt er. »Es

wäre aber besser, wenn sie Anreize bekämen, für Zuwanderer attraktiver zu werden. Insbesondere für Regionen mit sinkenden Bevölkerungszahlen kann das sinnvoll sein.« Auch für Geflüchtete könnten ländliche Gebiete Vorteile haben, sagt Felicitas Hillmann: »Viele sind traumatisiert, sie wünschen sich kleinere, übersichtliche Gemeinschaften.«

Ein Blick zurück zeigt, wie man Integration fördern kann. Nach dem Zweiten Weltkrieg flohen mehrere Millionen Menschen nach Deutschland. Damals bestimmte die Militärregierung, wer wo wohnte. Einige Flüchtlinge verbrachten Jahre in Provisorien. Zwei Dinge hätten die Integration damals forciert, sagt Thomas Schlemmer vom Münchner Institut für Zeitgeschichte: umfangreiche Sozialprogramme für Altbürger und Flüchtlinge. Und ein wirtschaftlicher Aufschwung, dessen Bedeutung man gar nicht überschätzen könne. »Der Arbeitsmarkt war die große Integrationsmaschine für Migranten und Nichtmigranten.«

Zieht jeder Geflüchtete an seinen Wunschort, ist das kurzfristig teurer. »Aber die wirklichen Kosten sind nicht die Mieten«, sagt Oliver Holtemöller. »Teuer wird es, wenn ein Zwanzigjähriger herkommt und aufgrund unzureichender Integrationshilfen den Rest seines Lebens Transferempfänger bleibt.« Er ist überzeugt: Die Flüchtlingsbürokratie verursacht selbst unnötige Kosten. »Das Geld für die Beamten sollte man lieber für Kindergärten und Schulen verwenden.« Holtemöller plädiert deshalb wie viele Ökonomen für eine andere Verteilung. Wenn schon ein Schlüssel zum Einsatz komme, sollte er auch berücksichtigen, wie viele Ausländer in einer Region arbeitslos sind — diese Quote sei für die Integrationschancen aussagekräftiger.

Dass diese Idee bald politische Realität wird, ist unwahrscheinlich. Im Mai hat die Große Koalition eine neue Wohnsitzregelung beschlossen: Wer Hilfe vom Staat bezieht, muss in dem Bundesland leben, das ihm zuerst zugewiesen wurde. Und dort auch bleiben — bis zu drei Jahre über das Ende seines Anerkennungsverfahrens hinaus.

1915 Völkermord an den Armeniern, Hunderttausende Überlebende fliehen.

1939-45 60 Mio. Menschen müssen im Zweiten Weltkrieg ihre Heimat verlassen.

1917 Russische Revolution: Flucht vor Bürgerkrieg und Kommunismus.

Ab 1922 fliehen Regimegegner aus den faschistischen Staaten.

1933-39 Etwa 280.000 deutsche Juden fliehen.



1914-1918
ERSTER WELTKRIEG

1921 Fridtjof Nansen wird erster Flüchtlingskommissar des Völkerbundes. Seine Idee: Ausweise für Staatenlose.

Ab 1926 schützen internationale Vereinbarungen russische und armenische Flüchtlinge.



Ab 1933 flieht Hannah Arendt über Prag, Genf und Paris nach New York. 18 Jahre lang war die Philosophin staatenlos.

Europas Jahrhundert der Flucht

Im 20. Jahrhundert machten vor allem Kriege Menschen heimatlos — zeigten aber auch, dass Flüchtlinge Schutz brauchen. Wer als Flüchtling anerkannt wird, ist auch eine politische Frage. Denn die Definition legt auch fest, wen ein Staat nicht aufnehmen muss.

Konzept KATHRIN KOLLMEIER

1965-75 Das Schicksal der Boatpeople im Vietnamkrieg macht Flucht weltweit zum Thema.

ab 1989 2,3 Mio. Russlanddeutsche verlassen die Sowjetunion. Nach §116 des Grundgesetzes gelten sie als Deutsche.



1971 Gründung des Europäischen Flüchtlingsrats.



Viele Angehörige der unterdrückten deutschen Minderheit verlassen Rumänien. Einer von ihnen ist 1963 der Sänger Peter Maffay.

Das Zusatzprotokoll von 1967 hebt alle zeitlichen und räumlichen Einschränkungen der Genfer Konvention auf. Der Flüchtlingsschutz wird universell.

1970er Angesichts der Fluchtkrisen in Asien gründen sich zahlreiche Nichtregierungsorganisationen, zum Beispiel Cap Anamur.

1945 »Displaced Persons«
wie ehemalige Zwangsarbeiter
und KZ-Gefangene emigrieren
oder werden repatriiert.

Infografik

1956 Der Ungarn-Aufstand löst die größte
Fluchtkrise Europas bis zum Zerfall
Jugoslawiens aus. 200.000 Menschen
fliehen.

1944-49 13 Mio. Deutsche
werden aus den ehemals
besetzten Gebieten ver-
trieben.

1948 Israels Staatsgründung bedeutet
Zuflucht für Holocaust-Überlebende,
aber Flucht für Hunderttausende
Palästinenser.

1953 Aufstand in der DDR. Bis 1990
verlassen etwa 4 Mio. Menschen das
Land, viele unter Lebensgefahr.

1940

1939-1945

ZWEITER WELTKRIEG

1948 Erklärung der Menschenrechte,
§14: Recht auf Asyl.

1949 Unter dem Eindruck der
deutschen Verbrechen wird
das Recht auf Asyl in das
Grundgesetz aufgenommen.

1950

1947-1989

KALTER KRIEG

1951 ist ein entscheidendes Jahr: Das Flüchtlingshilfswerk
der Vereinten Nationen (UNHCR) nimmt seine Arbeit auf.
In Europa definiert die Genfer Flüchtlingskonvention den
Flüchtlingsschutz neu. Er gilt seither nicht nur für
bestimmte Gruppen. Stattdessen zählt das individuelle
Schicksal.

1960

Ab 1991 fliehen 2,5 Mio.
Menschen vor den
Bürgerkriegen im ehe-
maligen Jugoslawien.

1996 organisieren sich in
Frankreich und der Schweiz
die »Sans-Papiers«. Ihre
Forderung: mehr Rechte für
Menschen ohne Dokumente.

1990



2000

1993 Änderung des Grundgesetzes:
Wer über sichere Drittstaaten
einreist, kann in Deutschland
kein Asyl beantragen.

Seit 1999 soll ein europäisches
Asylsystem entstehen.



Mit 14 soll Waris Dirie
zwangsverheiratet werden.
Sie flieht aus Somalia
nach London. Ihre Lebens-
geschichte »Wüstenblume«
wird 1998 zum Bestseller.

Ende 2015 sind
65,3 Mio. Menschen
auf der Flucht.
Mehr als je zuvor.

2011 beginnt nach
Protesten gegen
Baschar al-Assad
der Syrienkrieg.
Heute ist jeder
zweite Syrer
heimatlos.

2010

KATHRIN KOLLMEIER

ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am
Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam.

Zahlen: UNHCR, ZZf, JMB, BAMF, Stiftung Berliner
Mauer. Bei der Auswahl der Ereignisse handelt es
sich um Schlaglichter. Die Grafik erhebt keinen
Anspruch auf Vollständigkeit.

»

**Wir brauchen
unsere europäischen
Nachbarn, damit
wir Schutz bieten
können.**

« ASTRID IRRGANG



» Unsere Zukunft steht auf dem Spiel «

Europa stößt an seine Grenzen. Welche Auswege bleiben? Die Konfliktforscherin Nicole Deitelhoff und Astrid Irrgang vom Zentrum für Internationale Friedenseinsätze sprechen über Sanktionen und Solidarität in der EU-Flüchtlingspolitik.

Moderation FRANZISKA VON MALSEN Fotos FABIAN ZAPATKA

LEIBNIZ Tausende Menschen sterben auf dem Weg nach Europa. Und wir, die wohlhabende, gut organisierte EU, verhindern es nicht. Obendrein zerstreiten wir uns, wo die Geflüchteten leben sollen. Wie kann das sein?

ASTRID IRRGANG Wir sind uns als Staatengemeinschaft nicht einig: Wie wollen wir mit der Flüchtlingsfrage umgehen? Was sind unsere Ansprüche, was unsere Grenzen? Auf europäischer Ebene einen Konsens zu schaffen, wenn man ihn im eigenen Land noch nicht hat, das ist schwierig. Noch dazu müssen wir Lösungen finden, während die Herausforderung jeden Tag existiert. Das erhöht den Handlungsdruck, aber nicht unbedingt die Geschwindigkeit der Verhandlungen.

NICOLE DEITELHOFF Wir sprechen momentan viel über die humanitäre Krise. Aber die Flüchtlingsbewegung ist mehr als das. Sie ist eben auch eine Krise der Europäischen Union. Die Zukunft der EU steht auf dem Spiel, weil sie es nicht schafft, mit ihren Institutionen zu Lösungen zu kommen.

Wer ist daran schuld?

DEITELHOFF Mir geht es überhaupt nicht um Schuld. Natürlich kann man sagen, Deutschland hat das Dublin-System genau so gewollt, wie es ist und hat sich jahrelang gefreut, weil keine Flüchtlinge bei uns ankamen. Weil sie nur an den Rändern des Kontinents auftauchten. Wir wissen seit Jahren, dass Italien und Griechenland überfordert sind und haben nicht reagiert. Die humanitäre Katastrophe im Mittelmeer hat Deutschland nicht besonders interessiert. Jetzt, wo die Flüchtlinge dank der Durchwink-Politik in Deutschland ankommen, soll plötzlich etwas passieren.

Aber warum werfen uns die europäischen Partner dieses Durchwinken nun vor?

DEITELHOFF Weil Angela Merkel angeblich eine Einladung an alle Flüchtlinge dieser Welt ausgesprochen hat. Das ist natürlich eine krude Stilisierung. Die Nichtrückführung der Flüchtlinge aufgrund einer Krise im Aufnahmeland wird zur Einladung an alle Flüchtlinge — ein wunderbares Beispiel für »Stille Post«, nichts anderes.

IRRGANG Einige EU-Staaten werfen uns vor, dass wir einseitig die Solidarität aufgekündigt, mindestens strapaziert haben. Auch Schweden war übrigens mit unserer Haltung nicht glücklich. Ein Land, das eigentlich dafür bekannt ist, eine humane,

an Frieden orientierte Politik zu machen. Wir brauchen unsere europäischen Nachbarn, damit wir Schutz bieten können für jene, die ihn wirklich brauchen.

Hat sich die Kanzlerin falsch verhalten?

IRRGANG Nein, dass sie in dem Moment die Grenzen geöffnet hat, war in meinen Augen richtig. Nach allem, was nach außen gedrungen ist, kam dies aus einer Intuition heraus, aus einem humanitären Impetus. Es war ihr »Schabowski-Moment«: Die Folgen waren für niemanden absehbar. Aber da haben wir als Land einen Alleingang gemacht. Und jetzt brauchen wir die Solidarität von 27 anderen Staaten, damit dieser Alleingang nicht zu einer Verschärfung der Krise führt.

Wer stellt sich quer?

DEITELHOFF Es gibt eine Gruppe osteuropäischer Staaten, die unwillig ist, wenn es um die Frage der Verteilung der Flüchtlinge geht. Grundsätzlich haben wir kein Problem mit den Flüchtlingszahlen. Aber wenn eine Gruppe von Staaten sich verweigert, führt das dazu, dass auch andere nicht mehr bereit sind, zu kooperieren. Selbst wenn sie es prinzipiell durchaus wären.

Können wir eine Einigung denn erzwingen?

DEITELHOFF Eine Möglichkeit wäre: Die, die zur Kooperation bereit sind, verteilen die Flüchtlinge untereinander und bezahlen das aus dem EU-Haushalt. Das ist die sanfte Methode, alle müssten zahlen, aber nur ein Teil hätte die Integration zu bewältigen. Eine härtere Methode, die ich befürworte, wäre, die Sanktionen höher zu treiben.

Wie sähen härtere Sanktionen aus?

DEITELHOFF Anfang Mai gab es eine Initiative der Kommission, die sagte: 125.000 Euro pro Flüchtling pro Jahr und dann könnt ihr euch freikaufen. Das sind Vorschläge, die ich sehr interessant finde. Schon in der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass eine bestimmte Gruppe von Staaten in der EU gelernt hat, dass sie selbst dann Vergünstigungen bekommen, wenn sie nicht kooperieren. Das muss man verhindern.

Aber wie, mit Zwang?

DEITELHOFF Es kann nicht darauf hinaus laufen, Flüchtlingskontingente zwangsweise etwa nach Bulgarien oder Ungarn zu verschiffen. Stattdessen brauchen wir starke Anreize für diese Länder, damit sie sich mit dem Gedanken anfreunden, dass die Aufnahme von Flüchtlingen etwas ist, das man dauerhaft bewältigen kann.

An diesen Gedanken müssen sich auch in Deutschland viele Menschen erst noch gewöhnen.

DEITELHOFF In ganz Europa sehen wir das: Rechtspopulistische Bewegungen, auch Parteien, werden erfolgreicher. Gleichzeitig kann man eben nicht sagen, die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehne Flüchtlinge ab. Das passt nicht zu der unglaublichen Zahl an Deutschen, die sich sehr engagieren. Es gibt eine starke Polarisierung und wir müssen als Land, als Gesellschaft darüber streiten.

IRRGANG Und wir sollten auch politisch wieder thematisieren: Wer ist Flüchtling, wer ist Migrant? Im Moment wagen wenige zu unterscheiden. Auch in den Medien nicht.

DEITELHOFF Das nehme ich nicht so wahr. In den Qualitätsmedien wird schon unterschieden. Auch in der Politik wird die Unterscheidung gemacht, allerdings meist, um dann zu behaupten, es gäbe sie nicht: Entweder sind alle Migranten oder es sind alle Flüchtlinge.

IRRGANG Wir brauchen ein System, das die Schutzbedürftigkeit schnell erkennt.

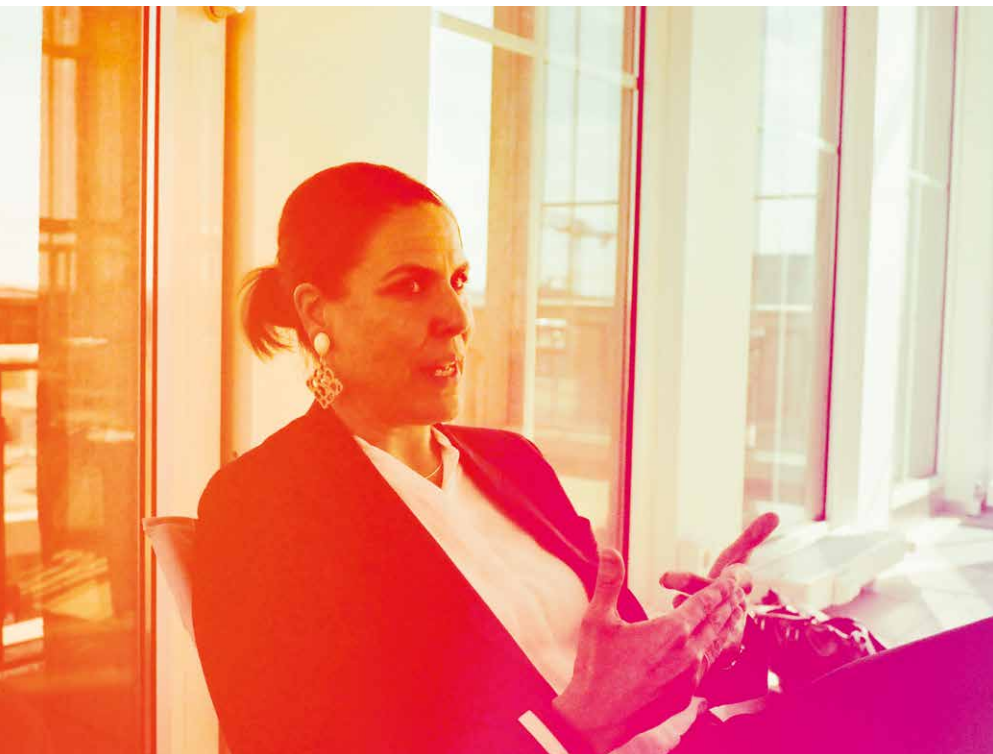
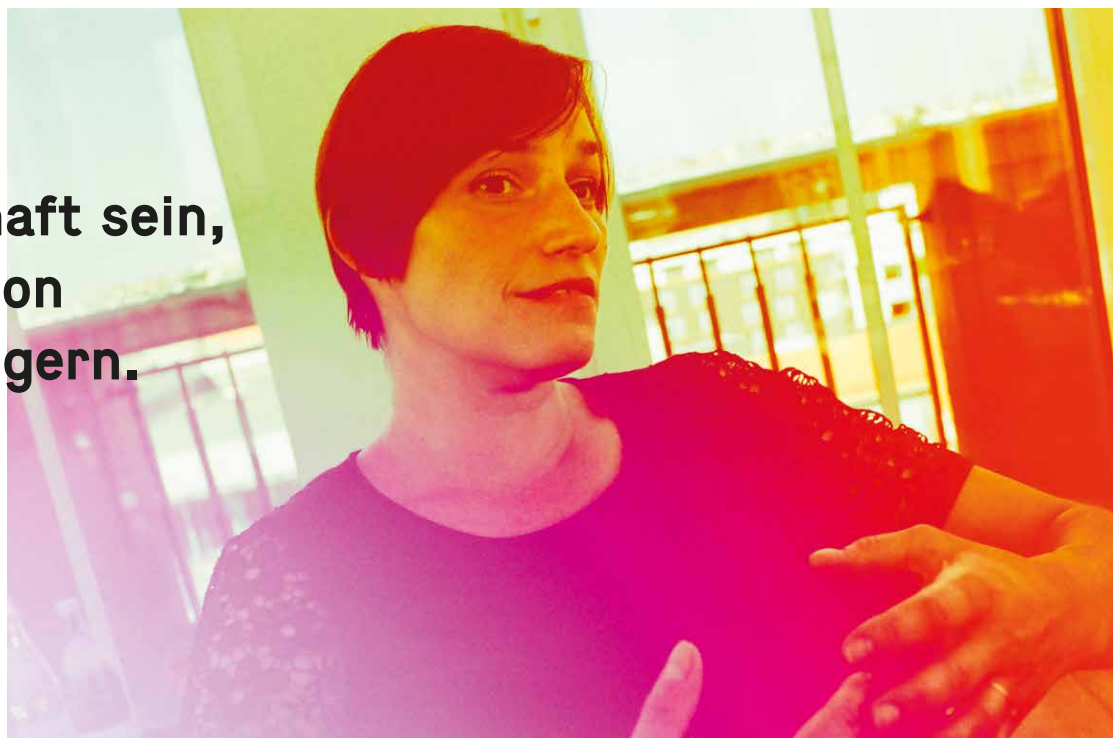
DEITELHOFF Das wird uns nie gelingen. Das hieße, unser Rechtssystem aufzugeben. Denn Recht braucht Zeit, damit es gerecht sein kann. Wir müssen jeden Einzelfall prüfen und uns Zeit dafür nehmen. Trotz der negativen Aspekte, die lange Verfahren mit sich bringen. Die Schnellverfahren haben bis jetzt nur eines gezeigt: Sie sind unfair und vermindern den Schutz.

Was ist mit den Fluchtursachen in den Heimatländern, kann die EU dort etwas bewirken?

IRRGANG Das ist das neue Zauberwort: Fluchtursachen bekämpfen. Aber ich bin da skeptisch. Das wird uns jetzt nicht helfen, wo die Fluchtbewegungen schon laufen. Selbst wenn wir die Wirtschaftsmigration mal außen vor lassen: Die Ur-

»
**Es muss
schmerzhaft sein,
Kooperation
zu verweigern.**

« NICOLE DEITELHOFF

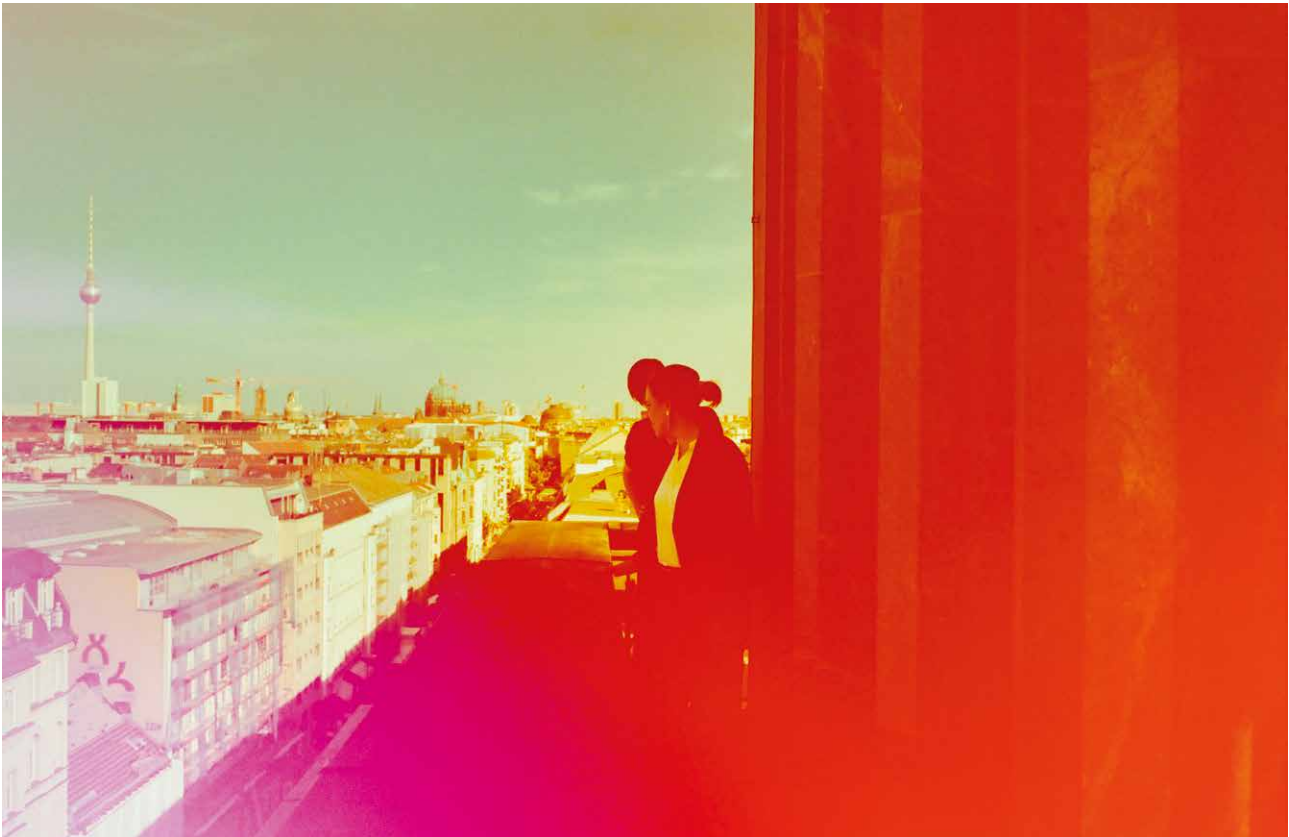


NICOLE DEITELHOFF (o.)

leitet seit April das Leibniz-Institut Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Außerdem ist sie Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung an der Frankfurter Goethe-Universität. Schwerpunkte ihrer Forschung sind humanitäres Völkerrecht, internationale Strafgerichtsbarkeit und Protestforschung. Bereits in ihrer Dissertation beschäftigte sich die Politologin mit Überzeugungsprozessen in der internationalen Politik.

ASTRID IRRGANG (li.)

ist stellvertretende Direktorin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze in Berlin. Dort leitet sie den Bereich »Operations«, über den jedes Jahr rund 150 zivile Experten in multilaterale Friedensmissionen der Europäischen Union, der NATO und der OSZE entsendet werden. Zuvor arbeitete die Historikerin unter anderem im Büro des NATO-Generalsekretärs in Brüssel.



sachen, warum Menschen aufbrechen, um Leib und Leben zu retten — diese Ursachen sind enorm schwierig zu verändern. Trotz großer Investitionen, trotz vieler völkerrechtlicher Anstrengungen.

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), für das Sie arbeiten, versucht aber doch genau das.

IRRGANG Die Aufgabe des ZIF ist es, den deutschen zivilen Beitrag in multilateralen Friedensmissionen der EU, OSZE, NATO und der UN zu sichern. Das gelingt aber nur an Orten, für die ein Konsens hergestellt werden kann, dass es eine Friedensmission geben soll. Das Land, aus dem zurzeit besonders viele Flüchtlinge herausdrängen, ist Syrien. Und für Syrien sehe ich bedauerlicherweise nicht voraus, dass wir in naher Zukunft eine Friedensmission etablieren können. Das ist innerhalb des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen bislang nicht mehrheitsfähig und die kriegerische Situation vor Ort gestattet es nicht.

DEITELHOFF Trotzdem müssen wir über Fluchtursachen sprechen! Wir müssen besprechen, ob unsere Friedens- und Stabilisierungspolitik erfolgreich war. Da sehen wir viele Rückschläge. Die europäische Sicherheitsstrategie von 2003 hatte das Ziel, einen Kranz verantwortungsvoll regierter Staaten an der Grenze der EU entstehen zu lassen. Ich glaube, von diesem Ziel sind wir weit entfernt. Das gilt für die Europäische Union und auch für den deutschen Politikansatz.

IRRGANG Mich wundert nicht, dass viele Menschen Fragen stellen: Wie viel Geld hat die Staatengemeinschaft zum Beispiel in Afghanistan aufgewandt, wie viele Menschen haben dort ihr Leben gelassen, auch deutsche Soldaten? Mit welchem Ergebnis, wo ist eine bleibende Wirkung erkennbar? Ich behaupte, diese Fragen stellt man sich bis in die Regierungsspitze. Unser Werkzeugkasten reicht manchmal nicht über das rein Administrative hinaus.

Fällt es Ihnen da nicht schwer, an Ihre Arbeit für das ZIF zu glauben?

IRRGANG Nein, denn es gibt auch Erfolge. Nehmen Sie die Friedensmission in der Ukraine. Da beobachtet und wahrt die OSZE einen sehr zerbrechlichen Waffenstillstand, eineinhalb Flugstunden von uns entfernt. Eine Organisation, die viele für tot erklärt hatten, ist jetzt die einzige, auf die sich die Konfliktparteien verständigen konnten. Das ist ermutigend.

Frau Deitelhoff, welche Lösungen legt die Forschung nahe?

DEITELHOFF Klassische Versuchsanordnungen funktionieren in der Konfliktforschung ausgesprochen schlecht, insbesondere wenn wir über Hilfsmissionen sprechen. Die Situationen sind einfach zu komplex. Noch dazu forschen wir in Deutschland häufig qualitativ, betrachten einzelne Konflikte, spielen das berühmte *lessons learned*. Aber um systematisch zu lernen, brauchen wir auf Dauer mehr, da muss auch die Forschungsförderung besser werden.

Ist das der Grund, warum die Politik selten auf die Wissenschaft hört?

DEITELHOFF Nein, das glaube ich nicht. Es hat eher damit zu tun, dass beide Seiten sich nicht besonders gut zuhören. Die Wissenschaft muss zuhören, um zu erkennen, was die Politik von uns braucht, wie wir besser helfen können. Die Politik muss zuhören, was Wissenschaft wirklich kann und wie groß oder eben klein die eigenen Handlungsmöglichkeiten teils sind — auch wenn sie das vielleicht nicht so gern hört.

Wir haben jetzt in der Krise die Türkei als Partner entdeckt, die für Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht. Halten Sie den Deal für richtig?

DEITELHOFF Der hilft uns. So kritisch ich ihn einschätzen würde, allein schon, weil damit die internationalen Regularien sehr »originell« gehandhabt werden. Er hat weder eine nachhaltige Lösung anzubieten, noch eine, die auch nur mittelfristig praktikabel wäre. Aber die Zahl der Flüchtlinge insgesamt ist erst mal zurückgegangen. Der Deal verschafft uns eine Atempause, in der wir wieder eine Versachlichung einleiten können, zumindest zwischen den EU-Mitgliedsländern.

Dafür steigt nun die Zahl der Flüchtlinge wieder, die den Weg von Libyen nach Italien nehmen. Wie verhindern wir das Sterben auf dem Mittelmeer?

DEITELHOFF Wir müssen die Möglichkeit schaffen, dass Flüchtlinge mit dem Flugzeug oder dem Schiff einreisen und dann in der EU ihren Asylantrag stellen können. Dafür braucht es einen supranationalen europäischen Grenzschutz, der nicht nur Risiko- und Gefahrenabwehr macht, sondern den geordneten Grenzübergang organisiert. Davon sind wir weit entfernt. Und wir brauchen eben ein sanktionsfestes Verteilungssystem innerhalb der EU. Kooperation muss wieder belohnt werden, ihr Ausbleiben schmerzhaft sein.

Wie ist Ihre Prognose für die EU?

DEITELHOFF Es kommt darauf an: Wenn die Mitgliedsstaaten das Gefühl bekommen, dass das Scheitern in der Flüchtlingsfrage die Zukunft der EU selbst riskiert, dann können wir es schaffen. Wir sind in einer Phase der Stagnation, wenn nicht sogar der Desintegration. Das müssen wir mit aller Kraft aufhalten. Ich bin überzeugte Europäerin! Die EU ist mit das überzeugendste politische Projekt, das ich kenne.

IRRGANG Deshalb sollten wir uns davor hüten, dass die Politik — egal ob in Europa oder Deutschland — versäumt, die Diskussion mit der eigenen Bevölkerung zu führen. Was ich positiv finde an der aktuellen Lage: Lange Zeit konnten wir Außenpolitik in Deutschland ziemlich ausblenden, weil wir als zwei getrennte Staaten und dann als junger wiedervereinigter Staat vor allem mit uns selbst beschäftigt waren. Diese Zeiten sind vorbei. Außenpolitik ist nichts mehr, das um 20 Uhr in der Tagesschau aufblitzt und dann kann ich wieder wegschalten.

Was kostet ...

Rund anderthalb Millionen Menschen sind 2015 nach Deutschland zugewandert, darunter viele aus Syrien, die vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat fliehen. 2016 werden voraussichtlich deutlich weniger Menschen kommen, weil andere Staaten in Europa die Grenzen geschlossen haben und die Balkanroute versperrt ist. Die deutsche Bevölkerung hat angesichts der Zuwanderungswelle eine große Bereitschaft gezeigt, Menschen zu helfen, die vor Krieg und politischer Verfolgung fliehen. Das ist beeindruckend. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach den wirtschaftlichen Konsequenzen.

Anfänglich gab es in Deutschland euphorische Stimmen, die behaupteten, die Flüchtlingswelle verspreche einen ökonomischen Gewinn, eine Entlastung, weil die Bevölkerung in Deutschland ältere und Fachkräfte fehten. Außerdem wurde argumentiert, die Ausgaben für die Versorgung der Zuwanderer seien ein willkommenes Konjunkturprogramm. Kritikern der Zuwanderung wurde entgegengehalten, Kontrollen an den deutschen Grenzen zur Eindämmung der Zuwanderung seien technisch unmöglich oder schlicht zu teuer, weil damit der grenzüberschreitende Wirtschaftsverkehr beeinträchtigt werde.

Mittlerweile hat die Debatte deutlich gemacht, dass diese Sicht der Dinge irreführend ist. Ein staatliches Konjunkturprogramm braucht Deutschland derzeit nicht, die Wirtschaft ist voll ausgelastet und der Beschäftigungsstand hoch. Natürlich

wäre es besser, Kontrollen an den deutschen Grenzen zu vermeiden, aber selbstverständlich sind sie technisch umsetzbar. Die Kosten einschließlich der Behinderung des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs wären nach ifo-Berechnungen lästig, aber überschaubar.

Die Hoffnung, dass diese Immigration demografiebedingte Lasten in den öffentlichen Kassen mindert, könnte sich nur dann erfüllen, wenn die Zuwanderer gut ausgebildet wären und mehr an Steuern und Abgaben zahlten als sie an öffentlichen Leistungen in Anspruch nehmen. Zuwanderer, die keine oder unterdurchschnittliche Einkommen erzielen, sind Netto-Transferempfänger. Sie belasten die öffentlichen Kassen und damit die vorhandene Bevölkerung. Dass niedrig qualifizierte Beschäftigte trotzdem durchaus sehr wertvolle Arbeit leisten, ist dabei bereits eingerechnet.

Über die beruflichen Qualifikationen der Zuwanderer gibt es nur sehr unvollständige Informationen. Die vorliegenden Erkenntnisse sprechen aber leider dafür, dass die meisten Zuwanderer eher niedrig qualifiziert sind. Vorteilhaft ist, dass viele Herkunftsstaaten wie Syrien, Irak oder Afghanistan große Mängel auf. Studien des ifo-Bildungsforschers Ludger Wößmann zeigen, dass Schüler aus Ländern wie Syrien und Afghanistan Rückstände gegenüber Schülern aus OECD-Ländern wie Deutschland aufweisen, die bis zu fünf Schuljahren entsprechen. Ver-

säumnisse in der Schulausbildung in jungen Jahren können später nur noch begrenzt kompensiert werden. Deshalb ist das Ausbildungspotential leider begrenzt.

All dies ändert nichts daran, dass die Aus- und Weiterbildung der Zuwanderer, die in Deutschland bleiben werden, mit hoher Priorität vorangetrieben werden sollten. Zu den Voraussetzungen einer zügigen Integration gehört auch, dass die Unsicherheit darüber, wer in Deutschland bleiben darf, möglichst schnell ausgeräumt werden muss. Simulationsstudien des Migrationsexperten Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung kommen zu dem Ergebnis, dass jedes Jahr, um das die Integration in den Arbeitsmarkt verzögert wird, die Kosten der Zuwanderungswelle für den deutschen Staatshaushalt um rund 10 Milliarden Euro in die Höhe treibt. Wir sollten also nicht zögern. Und uns zugleich mit dem Gedanken arrangieren, dass wir finanziell ein Verlustgeschäft machen.

... die Krise?

Mit der abnehmenden Zahl von Geflüchteten, die im Augenblick nach Deutschland kommen, scheint sich auch die Debatte zu beruhigen. Dabei steht die größte Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft noch bevor: die Frage, wie Flüchtlinge erfolgreich integriert werden können. Gerade in dieser Frage hat die Wissenschaft eine besondere Verantwortung. Unsere Zahlen und Analysen sollten eine ganz entscheidende Grundlage für die Integrationspolitik Deutschlands schaffen.

Gerade wir Wirtschaftswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen haben eine Bringschuld an Wirtschaft und Gesellschaft – mit unseren Analysen Wege für eine erfolgreiche Integration aufzuzeigen. Leider sind viele jedoch destruktiv. Sie betonen die Kosten der Flüchtlinge für den Staat, anstatt auch die Chancen und Möglichkeiten aufzuzeigen. Sie unterscheiden zwischen Deutschen und Geflüchteten und betonen einen Verteilungskampf zwischen beiden Gruppen. Es sollte viel eher aufgezeigt werden, wie die gesamte Gesellschaft, inklusive Flüchtlinge, profitiert.

Erfolgreiche Integration erfordert erhebliche Investitionen. Um die erforderlichen öffentlichen und privaten Investitionen im erforderlichen Umfang zu ermöglichen, brauchen wir Klarheit über die politischen Ziele und Rechtssicherheit. Solche Ziele sollten quantifizierbar und nachprüfbar sein – Integration und der Integrationserfolg sollten messbar gemacht werden.

Zusammen mit Herbert Brücker und Jakob von Weizsäcker habe ich in der Süddeutschen Zeitung ein konkretes Integrationsprogramm mit sechs Zielen vorgeschlagen.

Ziel sollte es *erstens* sein, spätestens nach vier Monaten Sicherheit über den rechtlichen Status zu haben, auch in Hinblick auf den Familiennachzug.

Zweitens sollten ein Jahr nach dem Zuzug 50 Prozent und drei Jahre danach alle Geflüchteten über deutsche Sprachkenntnisse verfügen, mit denen sie sich im Alltag verständigen können.

Drittens sollten möglichst viele Flüchtlinge in Regelschulen integriert und zwei Jahre nach dem Zuzug mindestens 75 Prozent im Alter von 18 bis 25 Jahren über einen Schulabschluss verfügen.

Viertens sollten fünf Jahre nach dem Zuzug mindestens die Hälfte der Flüchtlinge im Alter von 20 bis 30 Jahren über eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen. Langfristig sollte dieser Anteil auf mindestens zwei Drittel gesteigert werden.

Fünftens sollten fünf Jahre nach ihrer Einreise 60 Prozent der betroffenen Flüchtlinge und zehn Jahre danach 70 Prozent erwerbstätig sein. Die Erwerbstätigenquote läge dann nur noch geringfügig unter dem deutschen Durchschnitt von 74 Prozent.

Und *sechstens* kann die Arbeitsmarktintegration nur gelingen, wenn Geflüchtete sich dort ansiedeln, wo die Arbeitsmarktperspektiven am güns-

tigsten sind. Die Arbeitsmobilität von anerkannten Geflüchteten ist deshalb zu fördern und nicht durch Wohnortzuweisungen oder eine Residenzpflicht zu beschränken. In den kommenden Jahren sollten 400.000 zusätzliche Wohnungen in den wirtschaftlich dynamischen Ballungszentren entstehen, bis zu 150.000 davon für Geflüchtete.

Eine erfolgreiche Integrationspolitik braucht eine Zukunftsvision auf Basis klarer, ambitionierter und gleichzeitig realistischer Ziele. Wenn diese Rahmenbedingungen stimmen, dann sind diese Integrationsinvestitionen machbar und gut angelegt. Denn von einer erfolgreichen Integration hängt nicht nur das Wohl der geflüchteten Menschen, sondern auch unser Wohlstand ab.

Eine Frage der Ähre



In Äthiopien fliehen Millionen Menschen vor einer Dürre. In Gatersleben arbeiten äthiopische und deutsche Forscher daran, die Landwirtschaft zu stärken — um den Hunger zu bekämpfen.

Text DAVID SCHELP Fotos FABIAN ZAPATKA

Schon in der Ährensammlung zeigt sich, dass die internationale Zusammenarbeit zwar nicht immer im Konsens beginnt, aber durchaus Früchte trägt. Prüfend dreht Ulrike Lohwasser einen getrockneten Weizen zwischen den Fingern und begutachtet die Anordnung der Körner. Ist dieses dürre Gewächs nun zweizeilig? Oder sechszeilig? »Vierzeilig«, sagt Lohwasser schließlich. »Aber irregulär!« entgegnet Gizie Abeje. Asegidew Zebene rückt sich die Brille zurecht. Eingehend mustert er die Ähre. »Vierzeilig« sagt er dann. Und rundet die Fachsimpelei diplomatisch ab: »Vierzeilig, irregulär.« Zufrieden nicken die Wissenschaftler einander zu.

Die Frage nach den Zeilen der Ähre mag keine große Politik sein. Und auch die Ährensammlung des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben suggeriert mit ihrem Linoleumboden nicht gerade internationales Parkett. Doch in ihren grundsoliden Rollregalen lagern in mit den Nummern 1 bis 29.928 versehenen länglichen Pappschachteln Weizen-Ressourcen von globaler Bedeutung. Und die Ähren sind erst ein Teil des Schatzes: Mit ihren 151.002 Mustern aus 3.212 Arten und 776 Gattungen gehört die Nutzpflanzen-Genbank in Gatersleben zu den weltweit größten ihrer Art.

Mitte April sind Gizie Abeje und Asegidew Zebene ihrerseits aus Addis Abeba nach Deutschland geflogen. Ein halbes Jahr lang hospitieren die Biologen in der Genbank des IPK. Ihr Aufenthalt ist Teil einer bald fünfjährigen Zusammenarbeit. Ihr Arbeitgeber, das Ethiopian Institute of Biodiversity (EBI), betreibt die Genbank in Addis Abeba, die größte Afrikas. Doch sie ist in die Jahre gekommen, gut ausgebildetes Personal fehlt. Abeje und Zebene sollen deshalb so viel wie möglich darüber lernen, wie man eine Genbank führt. »Und zwar von Grund auf«, sagt Ulrike Lohwasser, die das Projekt am IPK leitet. »Nur so können sie ihrem Land helfen.«

»

Wie will Äthiopien all die Menschen ernähren?

« ROBERT KAPPEL

Ein ausführliches Interview zur Lage in Äthiopien mit Robert Kappel vom GIGA-Institut gibt es auf www.bestewelten.de.

Genbanken sind so etwas wie die Keimzellen der Landwirtschaft. Sie pflegen das genetische Erbe von Nutzpflanzen, auch dann noch, wenn sie längst nicht mehr angebaut werden. Forscher und Züchter können auf einen vielfältigen Fundus zugreifen, wenn es darum geht, neues Saatgut zu entwickeln, das zum Beispiel gegen Hitze beständig ist oder resistent gegen Schädlinge. Sorten also, die auch unter widrigen Bedingungen Erträge abwerfen.

Für Gizie Abejes und Asegidew Zebenes Heimat wäre solches Saatgut derzeit wichtiger denn je. Äthiopien erlebt eine verheerende Trockenperiode, die schlimmste seit 30 Jahren, als fast eine Million Menschen einer Dürre zum Opfer fiel. »Jetzt hungern wieder Millionen Äthiopier und verlassen ihre Höfe, weil ihre Tiere verenden und die Ernte verdorrt«, sagt der Wirtschaftswissenschaftler und Afrikaexperte Robert Kappel vom Hamburger Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA). In vielen Teilen des Landes warten die Menschen seit fast einem Jahr vergeblich auf Niederschläge. Aber auch eine weitere Regenzeit ist bald vorbei. Und weiter: nichts.

Immer wieder fällt der Name El Niño, wenn es um die Ursachen geht. Das Wetterphänomen war 2015 besonders ausgeprägt. Auch die Dürre in Äthiopien habe es verursacht, sagen Experten.

»Allein El Niño die Schuld an der Hungerkatastrophe zu geben, greift aber deutlich zu kurz«, sagt Robert Kappel. Da sei die schon ohne El Niño fortlaufende Wasserknappheit, und nach wie vor fehle es an Auffangbecken und Bewässerungsanlagen, um Dürren zu überbrücken. Da sei die Verstaatlichung der Böden, die den Bauern seit 1976 jeglichen Anreiz nehme, die ihnen zugewiesenen Flächen nachhaltig zu bewirtschaften. Und schließlich sei da das enorme Bevölkerungswachstum: Fast 100 Millionen Einwohner zählt Äthiopien mittlerweile. Mit einer Wachstumsrate von fast 3 Prozent ist es eines der zehn am schnellsten wachsenden Länder der Welt. Der Bevölkerungsdruck verschärfe die Lage permanent. Äthiopien müsse sich dringend seiner Zukunftsfrage stellen, sagt Robert Kappel: »Wie will es all die Menschen ernähren?«



»Äthiopiens Böden sind eigentlich so fruchtbar, dass sie halb Afrika ernähren könnten«, sagt Ulrike Lohwasser und schüttelt ärgerlich den Kopf. Auch die Biologin, eine beherzt auftretende Frau mit Kurzhaarschnitt, hält nicht die klimatischen Widrigkeiten für Äthiopiens Hauptproblem — sondern seine Landwirtschaft. Größtenteils werde sie von Kleinbauern betrieben, die von der Hand in den Mund leben, erzählt Lohwasser. Dünger könnten sich die wenigsten leisten. Und Jahr für Jahr brächten sie dieselben Sorten aus, die so immer mehr degenerieren. »Es wird einfach zu wenig neues Saatgut gezüchtet!«

Das schlägt sich in den Ernten nieder: Im Vergleich zum benachbarten Kenia bringen Äthiopiens Äcker gerade einmal die Hälfte der Erträge hervor, im Vergleich zu Europa gar nur ein Viertel. In einem Land, in dem 85 Prozent der Bevölkerung direkt von der Landwirtschaft abhängen, ist der Hunger so ein ständiger Begleiter. 10 Millionen Äthiopier werden 2016 laut den Vereinten Nationen auf internationale Lebensmittelhilfen angewiesen sein. Die dafür benötigten 1,5 Milliarden Euro seien lange nicht beisammen. Das weckt

Sorgen in Europa, um die Menschen — aber auch vor einer weiteren Fluchtbewegung.

Bislang ist Äthiopien eher Aufnahmeland, etwa für Geflüchtete aus dem Südsudan und Somalia. Doch innerhalb seiner Grenzen sind auch viele Äthiopier auf der Flucht. »Die Dürregebiete sind völlig entvölkert«, sagt Robert Kappel vom GIGA-Institut. Ihr Land verlassen nur wenige Äthiopier, und falls doch, versuchen sie ihr Glück meist in Kenia und Südafrika, nur selten aber in Europa. Dort will man künftig dennoch mehr daran setzen, die Fluchtursache Hunger vor Ort zu bekämpfen. Man müsse darauf hinarbeiten, dass sich das Land langfristig aus eigener Kraft ernähren kann, fordern NGOs und Politiker. »Dabei nimmt die Anpassung des Pflanzenbaus und des Saatguts an den Klimawandel einen breiten Raum ein«, sagte etwa Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Dezember bei der Klimakonferenz in Paris.

Im Kleinen verfolgen die Wissenschaftler aus Addis Abeba und Gatersleben diesen Ansatz seit Jahren, gefördert vom Landwirtschaftsministerium. Auf einem Rundgang

» Äthiopiens Böden könnten halb Afrika ernähren.

« ULRIKE LOHWASSER



70

durchs Institut wollen Ulrike Lohwasser, Gizie Abeje und Asegidew Zebene zeigen, wie das in der Praxis aussieht. Sie passieren frisch umgegrabene Beete, auf denen sie die Nadeln voluminöser Rosmarinsträucher inspizieren und verschwinden in Gewächshäusern, an deren Innenwände sich gelber Raps schmiegt. Schließlich ziehen sie dicke Daunenjacken über und betreten eines der Kühlhäuser des IPK. Drinnen empfangen tausende mit Samen gefüllte Gläser die Biologen. Bei 18 Grad minus suchen sie in deckenhohen Regalen nach äthiopischen Sorten.

»Hier, das sind Samen von dem Weizen vorhin!«, ruft Asegidew Zebene. Während er das Glas aus dem Regal holt, erzählt er von seiner Familie. Die baut im Hochland Nordäthiopiens Weizen, Gerste und Kichererbsen an. Und Teff, ein Süßgras, das nur in Äthiopien wächst. Er habe als Kind gerne auf dem Feld geholfen. Direkt nach dem Studium hat er in der Genbank des EBI angefangen. »Ich wollte helfen, die Vielfalt zu schützen.«

Äthiopien ist ein gutes Beispiel für die Bedeutung von Genbanken. Gerade hat das IPK über 7.200 Muster alter äthiopischer Sorten nach Addis Abeba geschickt. In ihrem Ursprungsland waren sie in der Zwischenzeit ausgestorben. Nun können äthiopische Wissenschaftler sie auf Eigenschaften durchleuchten, die neue Sorten widerstandsfähiger und ertragreicher machen.

Auch Gizie Abeje möchte später an neuen Sorten forschen. Manchmal ist er irritiert, wenn Ulrike Lohwasser ihn zum wiederholten Mal Weizenähren vermessen lässt. Begeisterter ist er von einer Art überdimensionaler Thermoskanne, aus der behäbig weißer Dampf wogt. Bei minus 192 Grad Celsius konserviert das Kryo-Verfahren Material von Pflanzen, die sich nicht über Samen vermehren, zum Beispiel Kartoffeln. »Diese Technologie haben wir in Addis Abeba nicht«, sagt Abeje fasziniert.

»Sie könnten sie schon auch gebrauchen«, sagt Ulrike Lohwasser. In Äthiopien gebe es viele Pflanzen, die man nicht als Samen erhalten kann, sondern nur auf dem Feld. »Eine Flut oder Dürre und sie sind verloren.« Aber erst einmal seien die Grundlagen zentral, das Fundament, das der Genbank in Addis Abeba in den vergangenen Jahrzehnten abhanden gekommen sei. Abeje und Zebene bestimmen deshalb Pflanzen und beschreiben ihren Zustand. Sie lernen, wie man sie sachgerecht aufbewahrt und dokumentiert, damit Wissenschaftler nachvollziehen können, welche genetischen Ressourcen hier schlummern.

Nachdem die beiden die Daunenjacken zurückgehängt und sich zu ihrem nächsten Workshop verabschiedet haben, erzählt Ulrike Lohwasser von Äthiopien. Achtmal hat sie die Genbank in Addis Abeba in den vergangenen Jahren besucht, um deren Mitarbeiter zu trainieren. Sie hat über die Landschaft gestaunt und Affen und Antilopen beobachtet. Sie hat die Armut gesehen, die allgegenwärtig sei, sobald man die Hauptstadt verlasse. Und sie hat sich immer wieder geärgert. Äthiopien stehe seit der großen Dürre von 1984 hoch im Kurs bei der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Es flössen stattliche Hilfsgelder, aber nicht immer in die richtige Richtung. Da würden teure Apparate gekauft, die originalverpackt verstauben, weil niemand da sei, der sie bedienen kann. »An unserem Projekt gefällt mir am meisten, dass es so klein ist«, sagt Lohwasser und lacht. »Keine Millionen, aber wertvolles Wissen.«

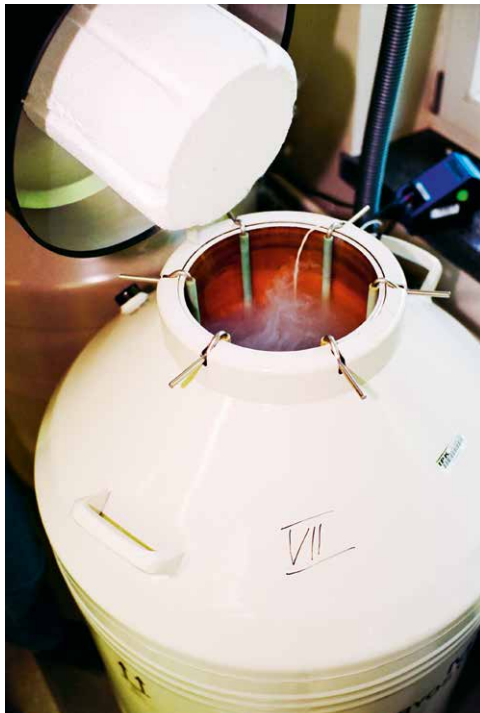
»
Ich wollte helfen,
die Vielfalt
zu schützen.

« ASEGI DEW ZEBENE





72



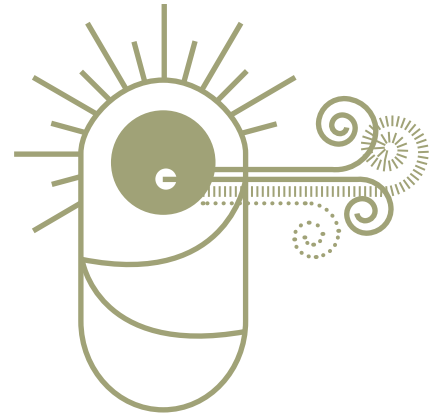
Grundlagen und Hightech: Die Ährensammlung und ein Kryo-Behälter.

In Addis Abeba entfaltet es Wirkung. Ulrike Lohwasser erzählt, wie die Mitarbeiter der Genbank Saatgut an Bauern und landwirtschaftliche Kooperativen ausgeben. Und von anderen Teilnehmern des äthiopisch-deutschen Austauschs, eine ist inzwischen zur Managerin aufgestiegen. Sie habe dafür gesorgt, dass frisch gesammelte Proben professioneller getrocknet und gekühlt werden. Andere Ehemalige dagegen berichten, dass es schwer sei, ihr neues Wissen einzubringen. Die Strukturen in Äthiopien seien hierarchisch. Die Expertise der jungen Biologen werde zuweilen als unangemessene Kritik verstanden.

Das sei in der Tat ein Problem in Äthiopien, sagt Robert Kappel vom GIGA. Auch die autoritäre Regierung des Landes lasse kritische Stimmen — etwa aus der Opposition — kaum zu. Sie habe die Ernährungskrise kleingeredet, weil sie das Image vom »Hungerland« abschütteln und das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre nicht gefährden wolle. »Das ist verständlich«, sagt Kappel, »aber das Problem werden sie so nicht lösen.« Der Austausch mit Wissenschaftlern aus dem Ausland sei ein erster Schritt in die richtige Richtung. Langfristig aber brauche es einen offenen innergesellschaftlichen Diskurs. Sonst sei es nur eine Frage der Zeit bis zur nächsten Katastrophe.

In ihrem Büro schnalzt Ulrike Lohwasser mit der Zunge, nachdem sie den Rechner hochgefahren hat. »Flood Alert«, steht da in roten Buchstaben über einem Foto, schlammige Erde, zerstörte Hütten. Während einige Regionen Äthiopiens noch dem Regen entgegenfiebers, drohen in anderen Überschwemmungen und Erdbeben.

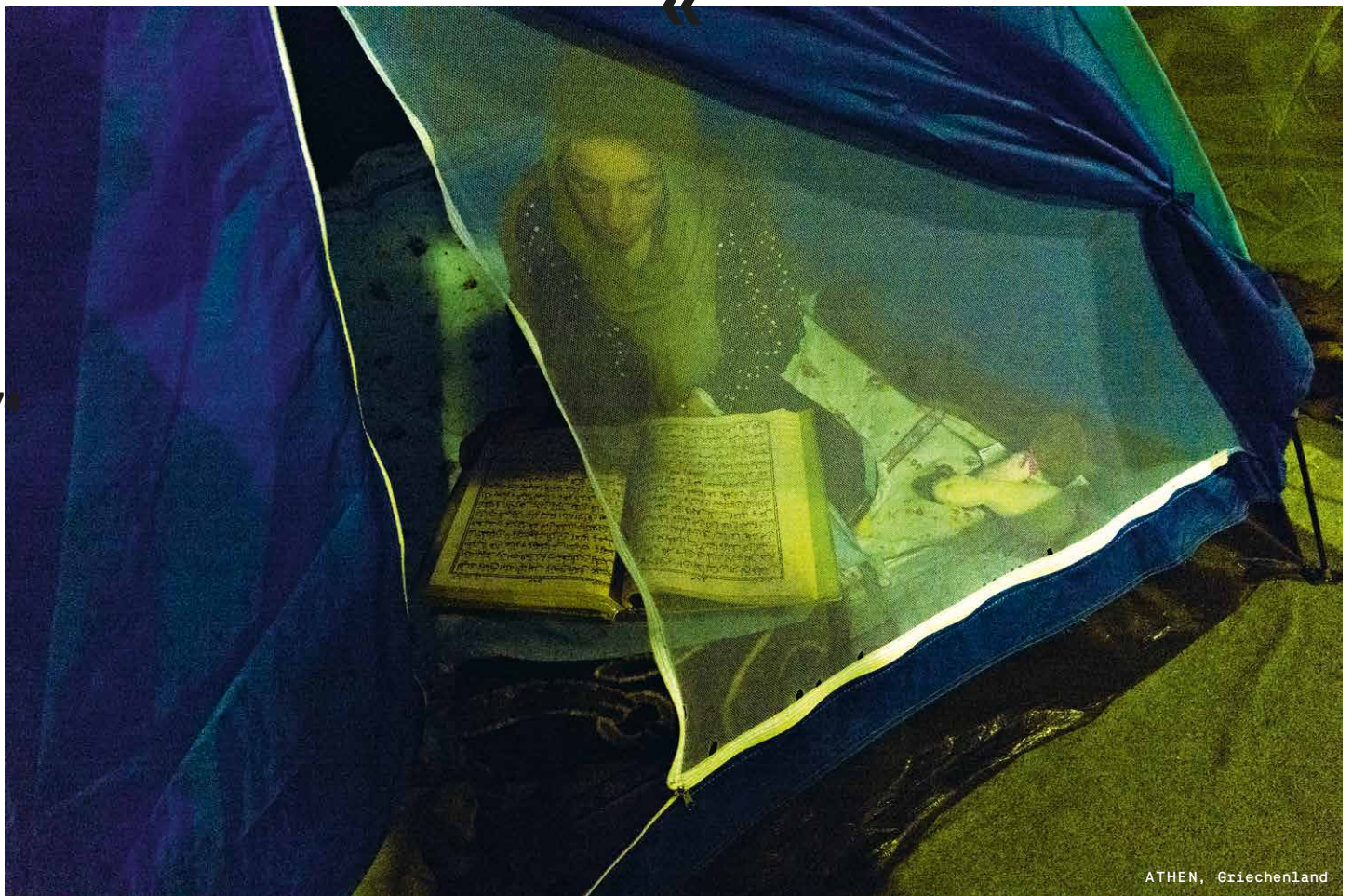
Ulrike Lohwasser erschrecken solche Meldungen. Sie bestätigen sie aber auch darin, die Zusammenarbeit mit Addis Abeba weiter voranzutreiben. Im September wird sie ein weiteres Mal nach Äthiopien fliegen. Ohne Koffer voll Geld, ohne Hightech. Aber mit Wissen, mit dem die Kollegen etwas anfangen können.



STÜRMISCHES CHRISTKIND

Alle zwei bis sieben Jahre flauen die Passatwinde über dem tropischen Pazifik ab, warmes Wasser schiebt sich gen Osten über den kalten Humboldtstrom. Heftige Regenfälle an der Westküste Südamerikas und ausgedehnte Trockenperioden in Asien und Ostafrika sind die Folge. Auch die nährstoffreichen Meeresströmungen verändern sich. Fischschwärme bleiben fern, weil ihnen im warmen Wasser die Nahrung fehlt, besonders um die Weihnachtszeit. »El Niño« haben peruanische Fischer das Wetterphänomen deshalb getauft: das Christkind. Anfang Juni haben US-Meteorologen den zurückliegenden »Super-El Niño«, einen der drei stärksten seit Beginn der Aufzeichnungen, für beendet erklärt. Nun warnen sie vor seiner kleinen Schwester: Die Kaltströmung La Niña kann um ein Jahr zeitversetzt Wetterextreme auslösen. Experten bezeichnen das Geschwisterpaar als Südliche Oszillation.

»
**Man spürt,
wie sie ihre Energien
bündeln**
«



Die Fotografin Herlinde Koelbl ist vier Wochen durch Europa gereist, um die Wege der Geflüchteten zu dokumentieren. Wir zeigen eine Auswahl ihrer Bilder.

LEIBNIZ Frau Koelbl, wie nähert man sich als Fotografin einer solchen Krise an?

HERLINDE KOELBL Zunächst mit einer Analyse: Wo liegen die Schwerpunkte, welche Aspekte sind besonders wichtig, in welchen Ländern spielt sich das alles ab? Es sollte ein Überblick werden, ohne Tendenz: vom Ankommen der Schiffe in Italien bis zu dem Punkt, wo und wie die Menschen untergebracht sind.

Was wollten Sie zeigen?

Ich wollte mir nicht nur das Schlimmste herauspicken, sondern zeigen, dass die Krise viele Facetten hat. Ich habe Notunterkünfte in Deutschland besucht, aber auch mit den Bewohnern griechischer Camps gesprochen. In allen diesen Lagern sind die Lebensumstände völlig verschieden. In manchen schon etwas besser geordnet, in manchen wirklich sehr, sehr hart.

Was hat sie besonders berührt?

Die Hoffnungslosigkeit. Viele meiner Gesprächspartner sind vor Verfolgung geflohen oder vor Kriegen wie dem in Syrien. Einige waren Jessiden und mussten ihre Heimat aus religiösen Gründen verlassen, andere aus Armut. Die Menschen sind oft schon lange unterwegs und kommen nun nicht weiter. Sie haben sich etwas erhofft, das nicht eingetreten ist. Und davon erzählen sie natürlich. Das war auch belastend.

Gab es Momente der Hoffnung?

Ich habe sie bei Familien beobachtet. Die Eltern hoffen auf Arbeit und wollen, dass ihre Kinder lernen, studieren, eine bessere Zukunft haben. Man spürt, wie sie ihre Energien bündeln, um eine Chance auf gesellschaftliche Akzeptanz zu haben. Vielleicht sogar auf ein wenig Aufstieg.

Oft stoßen Bilder die Debatte an, etwa das des dreijährigen Alan Kurdi, dessen Leichnam an den türkischen Mittelmeerstrand gespült wurde.

Bilder haben eine große Kraft, weil sie direkt die Emotion anstoßen und nicht erst über den Intellekt gehen. Sie rufen bei jedem Menschen Assoziationen hervor, an eigene Erfahrungen, an das eigene Leben. Da ist immer ein direkter Bezug. Die Fotografie ist deshalb auch häufig politisch missbraucht worden. Das ist die andere Seite, ihre suggestive Kraft, bei der man aufpassen muss.

Hat sich Ihr Blick auf die Krise verändert?

Es ist für mich noch zu früh, das zu beurteilen. Doch die Auswirkungen politischer und wirtschaftlicher Interessen sind mir sehr bewusst geworden. Diese Wochen haben mich sehr bewegt. Es ist ein Thema, das in einem sitzt, in einem bleibt. Es wird noch eine Weile dauern, bis das vergeht und ich nicht jede Nacht davon träume.

Im Zeit-Magazin fragen Sie Menschen, was sie gerettet hat. Wie können wir Europa retten?

Darauf habe ich keine Antwort. Jedenfalls sollten die Politiker alle Anstrengungen unternehmen, dass Europa als Gemeinschaft erhalten bleibt. Ich stelle aber immer wieder fest, dass es entscheidend ist, selbst aktiv zu werden, etwas im eigenen Umfeld zu verändern. Das ist der erste Schritt. Ein zweiter, entscheidender ist: Wenn wir die Aversionen, den Hass und die Vorurteile abbauen wollen, die diese Krise bestimmen, müssen wir bei den Kindern beginnen. Sie sind lernfähig, verstehen, dass der andere nicht einfach der Böse oder der Fremde ist, sondern ein Mensch wie jeder andere.

Sie waren im Auftrag des Europarats und des Auswärtigen Amts unterwegs. Spürten Sie eine Erwartungshaltung?

Nein, ich war völlig frei darin, wie ich die Ausstellung gestalte und was ich einbringe. Ich möchte neben meinen Bildern auch den Asylparagraphen und kleine Texte zeigen, um Denkanstöße zu geben. Und ein Einstein-Zitat: »Was für eine Welt könnten wir bauen, wenn wir die Kräfte, die ein Krieg entfesselt, für den Aufbau einsetzten, ein Zehntel der Energien, ein Bruchteil des Geldes wäre hinreichend, um den Menschen aller Länder zu einem menschenwürdigen Leben zu verhelfen.«

LESBOS, Griechenland







CATANIA, Italien



78



ATHEN, Griechenland



BERLIN, Deutschland



bei IDOMENI, griechisch-mazedonische Grenze



IDOMENI, Griechenland

FLÜCHTLINGE —
EINE HERAUSFORDERUNG
FÜR EUROPA

Eine Ausstellung von
Herlinde Koelbl

06. Oktober bis 10. November

Goethe-Institut
39 rue de la Ravinelle
Nancy, Frankreich



DONAUWÖRTH, Deutschland

Was bleibt?

Kristalle sind Kunstobjekte. Metallisch glänzend und spiegelglatt sind sie meist. Auch ihr Wert ist beachtlich: Einige der Ausgangsmaterialien, etwa die verschiedenen Isotope von Silizium, kosten zwei- bis dreimal mehr als Gold. Deshalb stehen mir für die Kristallzüchtung nur begrenzte Mengen zur Verfügung, nichts darf verloren gehen. Meinen ersten Kristall habe ich im März 1976 hergestellt. Er war nichts Außergewöhnliches, aber der Anfang von mittlerweile etwa 1.000 verschiedenen Arten. Zu sehen, wie die Kristalle wachsen, berührt mich bis heute. Vieles kann schiefgehen, deshalb stehe ich oft nervös und schweißgebadet neben den Apparaturen. Anfang Mai war einer dieser Momente: Für die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) haben wir einen Kristall aus ^{28}Si -Isotopen fertiggestellt. Isotope sind Atome desselben Elements, die jedoch eine unterschiedliche Anzahl an Neutronen und damit auch eine unterschiedliche Masse haben. Unser Silizium-Kristall hat eine ganz besondere Aufgabe: Er soll helfen, das Kilogramm neu zu definieren. Maßeinheiten dürfen sich nicht verändern, sie müssen bleiben. Das Kilo ist die einzige Einheit im internationalen Maßsystem, die nicht über eine Naturkonstante definiert ist. Der Meter etwa wird über die Lichtgeschwindigkeit abgeleitet. Dieser Wert ist endgültig und kann theoretisch in jedem Labor der Welt geprüft werden. Beim Kilogramm dagegen dient ein Zylinder aus Metall als Bezugsgröße, Kopien dieses »Urkilos« sind in der ganzen Welt verteilt. Doch zwischen den Kopien und dem Original in Paris liegen mittlerweile Welten: 0,00005 Gramm Gewichtsunterschied, obwohl die Masse eigentlich beständig sein sollte. Wir wollen dieses Problem lösen und das Kilogramm für alle Zeiten über die Zahl der Atome definieren. Die Theorie klingt einfach: Sind die Menge der Atome in einem Volumen und die Masse bekannt, können wir die Avogadro-Konstante errechnen, eine Naturkonstante. Äußerst kompliziert ist jedoch die Umsetzung. Es muss ein Kristall entstehen, der so viele Silizium-Atome enthält, dass die PTB aus ihm zwei Kugeln mit der Masse von je exakt einem Kilogramm schleifen lassen kann. Als Material für solche Kugel-Kristalle kommt nur Silizium in Frage, denn es ist beständig, chemisch stabil und lässt sich gut reinigen. Jede Verschmutzung könnte die Berechnung am Ende verfälschen. Der Kristall von Anfang Mai ist für mich perfekt.

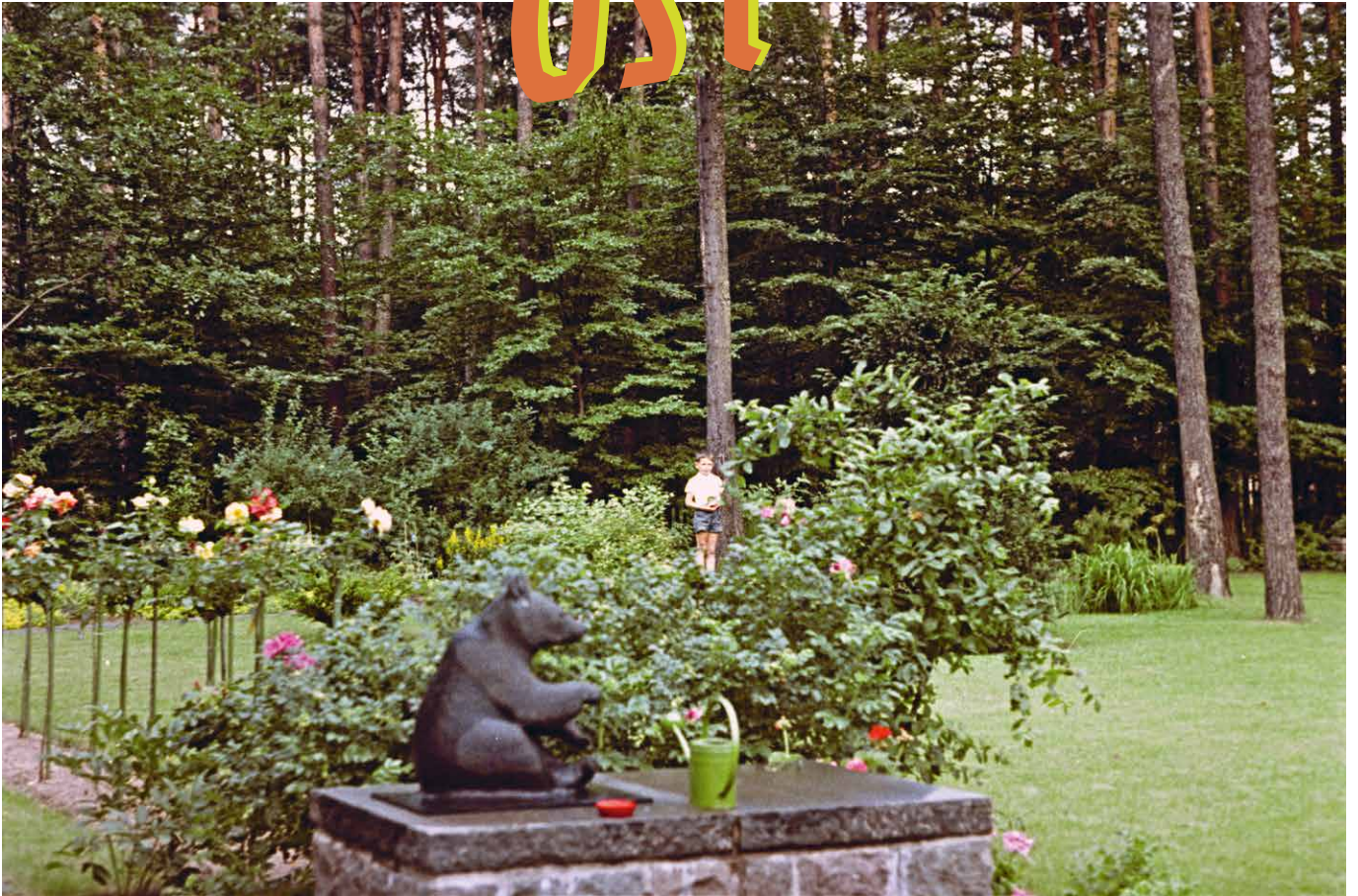


NIKOLAY V. ABROSIMOV

vom Leibniz-Institut für Kristallzüchtung hat dieses über fünf Kilogramm schwere Gebilde selbst gezüchtet. Ein Nachfolger des Siliziums-Kristalls soll schon bald das Urkilogramm in Paris ersetzen.

Paradise Ost

82



In der DDR tuschelte man über den luxuriösen Lebensstil der SED-Funktionäre. Als deren Wohngebiet 1989 zugänglich gemacht wurde, sah man vor allem Biedereres. Eine Ausstellung zeigt nun, wie das Leben in der Waldsiedlung Wandlitz wirklich war.

Text STEFANIE HARDICK

Wir verlosen je 3 Exemplare
der beiden Begleitbände
»Waldsiedlung Wandlitz«.
Nehmen Sie teil:
www.bestewelten.de/verlosung

23. November 1989. Zum ersten Mal öffnet sich das schmiedeeiserne Tor der Waldsiedlung Wandlitz für Journalisten und Kameralleute. Stellvertretend für die DDR-Bürger blicken sie hinter den Schleier, der die geheime Wohnsiedlung der höchsten SED-Funktionäre fast dreißig Jahre lang umgab. Jan Carpentier, Reporter für die DDR-Jugendsendung Elf 99, macht an diesem Tag die Reportage seines Lebens, »Einzug ins Paradies«.

Wer alt genug ist und im Osten lebte, erinnert sich an seine Bilder: Ein Grüppchen Journalisten stapft zunächst zaghaft, später forscher über die Wandlitzer Waldwege. Filmt graue Einfamilienhäuser und entert schließlich auf Einladung des Verwaltungsleiters die Wohnung des ehemaligen Parteifunktionärs Herbert Häber. Während der Offizier erklärt, die Möbel stammten aus »heimischer Produktion«, zoomt die Kamera auf das Markenschild der Spülmaschine: »Miele deluxe«. Später filmen die Reporter in der Kaufhalle der Siedlung. Im Angebot: reihenweise beige Blazer, die zweite Haut der greisen Politbüromitglieder. Aber auch Puma-Shirts mit glitzernden Pailletten. In der Lebensmittelabteilung Berge von Ananas, Bananen, Grapefruits und Orangen. Die Filialleiterin sagt, ihr Sortiment sei dasselbe wie überall. Darauf Carpentier: »Mit Ananas und Birnen is grad'n bisschen schlecht in der Republik.«

Zwanzig Jahre später wird Carpentier sagen, die Reportage sei ein Fehler gewesen. Er hätte die SED-Funktionäre nicht an den Pranger stellen sollen. Das, was man in Wandlitz sah, habe sich schließlich auch so mancher Handwerker leisten können. Eine Einschätzung, die vielleicht mehr über den Status von Handwerkern in der maroden DDR aussagt als über den tatsächlichen Lebensstil in der Waldsiedlung. Ein völlig anderes Bild zeichnet jedenfalls Elke Kimmel, eine der Kuratorinnen der Ausstellung »Waldsiedlung Wandlitz – Eine Landschaft der Macht«, die das Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) mit der Gemeinde Wandlitz konzipiert hat. »Die Journalisten besuchten die Siedlung Ende November 1989. Viele Bewohner waren bereits vor Wochen ausgezogen. Der Eindruck leergeräumter Häuser an einem trüben Wintertag führt in die Irre.«

Die Schau lüftet den Schleier, der immer noch über der Waldsiedlung liegt, nun zum ersten Mal mit den Mitteln der Zeithistoriker. Ein gutes Jahr hat das Team um Elke Kimmel und Jürgen Danyel, den stellvertretenden Direktor des ZZF, Quellen gesichtet und eine zweigeteilte Ausstellung

konzipiert, die neben dem Barnim Panorama in Wandlitz erstmals auch die authentische Waldsiedlung bespielt. Bislang fanden Interessierte keine Informationen auf dem Gelände, das noch in den letzten Monaten der DDR in eine Reha-Klinik umgewandelt wurde.

»Von der Straße aus machen die 24 Wohnhäuser tatsächlich einen biederen und verschlossenen Eindruck. Ich dachte zuerst, da seien nachträglich Fenster zugemauert worden«, erzählt Kimmel. Auf der Rückseite ist der Anblick ein völlig anderer: Hier öffnen sich Panoramafenster zu parkähnlichen Gärten, die sanft in den brandenburgischen Kiefernwald übergehen. »Die Siedlung war von einer Mauer umgeben, mit Postenkette und Wachtürmen. Aber die Häuser lagen so, dass man das nicht wahrnehmen musste.« Der damalige DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl ließ sich hinter seinem Haus sogar ein Wildgehege anlegen. Der Wildreichtum der nahen Schorfheide war einer der Hauptgründe, warum sich um Wandlitz eine »Landschaft der Macht« entwickelte, sagt Kimmel. Schon Kaiser Wilhelm II. und NS-Reichsjägermeister Hermann Göring hatten hier gejagt. Jetzt pirschte Stasi-Chef Erich Mielke durch den Wald.

Die Präsenz der Staatssicherheit. Noch so eine Legende. Hunderte Stasi-Mitarbeiter schirmten die Waldsiedlung nach außen ab. Die Chauffeure, die Gärtner, die Putzfrauen – alle offizielle Mitarbeiter. Totalüberwachung also? In Carpentiers Reportage gibt es eine Begegnung mit Kurt Hager, dem Chefideologen der SED. Er vergleicht das Leben in Wandlitz mit seiner Gefangenschaft 1933 als politischer Häftling im KZ Heuberg, nennt die Waldsiedlung ein »Internierungslager«. Elke Kimmel sagt: »Wir haben keinerlei Aufzeichnung der Stasi über die Bewohner der Waldsiedlung gefunden.« Sie nimmt an, dass sich Erich Mielke täglich Bericht erstatten ließ. Mündlich. Und nicht mit dem Ziel, Kompromittierendes über die Nachbarn herauszufinden. Vielmehr sei die Stasi zuständig gewesen für das Rundum-sorglos-Paket. Glühbirne kaputt? Schon stand ein hilfsbereiter Genosse vor der Tür. Sonja Honecker erwartete ein Kind? Die Stasi fuhr in die »selbständige politische Einheit Westberlin« und kaufte Umstandskleider.



Oben: Helmut Schmidt besuchte 1981 die DDR. Erich Honecker nahm ihn mit an den Döllnsee im SED-Jagdrevier bei Wandlitz. Unten: Einfahrt zur Waldsiedlung. Rechts: Honeckers Spaniel Flex nach der Jagd.



»
**In den Akten der
Staatssicherheit
können weitere
Überraschungen
warten.**

« ELKE KIMMEL

Ein Großteil der Kleidung im Ladenkombinat stammte bis 1972 aus geplünderten Westpaketen. Später gab die DDR bis zu 9 Millionen DM aus, um die Regale mit westlichen Produkten zu füllen. Extrawünsche gaben die Bewohner bei den Verkäuferinnen ab. Sogar Computerspiele wurden beschafft. So bekam Günter Schabowski »auf operativem Wege« seinen Amiga 500. Inklusiv Farbmonitor, Drucker und Computerspielen (leider ist nicht überliefert, welche). Elke Kimmel sagt: »Selbst wenn die Intershops manche dieser Waren auch für DDR-Bürger mit Zugang zu Devisen im Angebot hatten, muss man berücksichtigen, dass die Funktionäre in Wandlitz einen besonders günstigen Wechselkurs von 1 DM zu 1,5 DDR-Mark bekamen.« Kaufkraftbereinigt heißt das: Der Amiga war billiger als im Westen.

Der Luxus manifestierte sich anders als in Ceausescus Rumänien nicht in Palästen mit goldenen Wasserhähnen. »Das lag aber wahrscheinlich nur daran, dass die SED-Funktionäre einen anderen Geschmack hatten«, sagt Elke Kimmel. Alle zwei Jahre bekamen sie einen neuen Fernseher. Und wenn die Honeckers einen speziellen Sessel wollten, dann wurde die Produktion eines Möbelwerks auf die Herstellung dieses Einzelstücks umgestellt. Lieferengpässe im Rest der Republik spielten keine Rolle.

Von der Realität nahmen die Greise in der Waldsiedlung sowieso immer weniger Notiz. Man wollte vor dem eigenen Volk geschützt sein. Das war schon der Anlass für den Bau der Siedlung gewesen. Nach den Aufständen 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn schien die bisherige SED-Wohnsiedlung in Berlin-Pankow nicht mehr sicher. 1960 zogen die ersten Funktionäre in die 35 Kilometer nördlich von Berlin gelegene Waldsiedlung. Die Protokollstrecke nach Berlin-Mitte, die sie jeden Tag in ihren Volvos entlang rauschten, brachte die Stasi auf Vordermann: Alle Ampeln wurden auf Grün gestellt, die bröckelnden Fassaden gestrichen, die Auslagen der Geschäfte gefüllt.

Je weniger die Politiker von ihrem Volk mitbekommen wollten, desto neugieriger wurde dieses wiederum auf das geheime Leben hinter den Mauern der Waldsiedlung. Gerüch-

te drangen nach draußen. Schon vor der Fertigstellung plauderten die Baubrigaden einiges aus. Spätestens in der Oberschule trafen die Kinder der Funktionäre auf die Schüler in Wandlitz. Viele Bedienstete wohnten im Ort. Westmedien schlachteten jede Nachricht aus »Bonzenhausen« natürlich gerne aus. Der Spiegel berichtete von den Jagdausflügen, die Honecker gerne nutzte, um Politik zu machen: »Wenn die Strecke zu knapp ausfiel, mussten Arbeiter aus dem VEB Fleischkombinat Erfurt vorsorglich tiefgefrorene Hasen auftauen, die fürs repräsentative Foto zurechtgelegt wurden.« Elke Kimmel sagt, ursprünglich habe sie für die Ausstellung Witze über die Waldsiedlung zusammentragen wollen. »Aber es gab keine Witze.« Nur Wut.

Deswegen wurde Jan Carpentiers Reportage so legendär. Sie scheint einen Mythos zu enthüllen. Dabei fällt sie selbst auf Tricks der Stasi hinein, die natürlich die meisten Luxusgegenstände beiseite geschafft hatte, bevor sie die Reporter in die Siedlung ließ. Carpentier beendete seinen Beitrag mit den Worten: »Macht Euch selbst ein Bild.« Durch die Ausstellung in Wandlitz und die zwei Begleitbände ist dieses Bild nun vollständig. Elke Kimmel sagt aber auch: »In den Akten der Staatssicherheit können immer noch neue Überraschungen warten.«

85



WALDSIEDLUNG

WANDLITZ.

Eine Landschaft der Macht

bis 09. November

Barnim Panorama Wandlitz

www.barnim-panorama.de

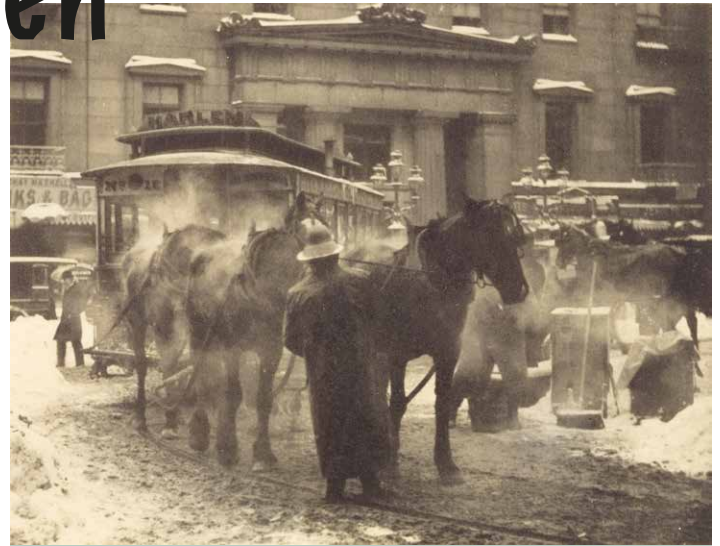
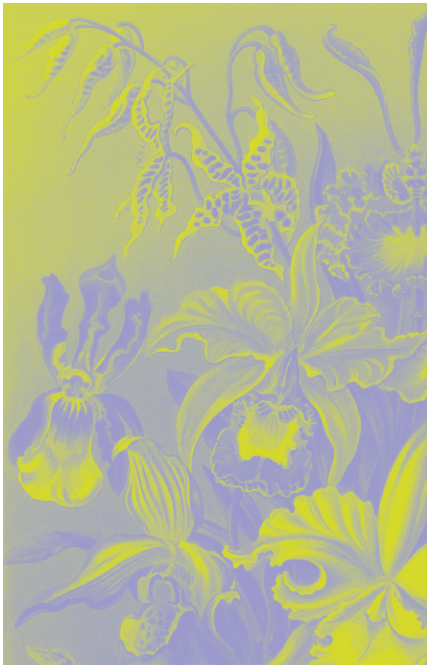
sehen

REGENWALD-AUSSTELLUNG

Zoologisches Forschungsmuseum
Alexander Koenig
Neue Dauerausstellung
Bonn

Bis zu 60 Meter hohe Baumkronen und ein dichtes Unterholz: Die Regenwälder bieten Nahrung und Schutz für mehr Tier- und Pflanzenarten als jeder andere Lebensraum der Erde. Einen verblüffend realistischen Einblick bietet die neue Erlebniswelt im Museum Koenig. Eine 20 Meter lange, deckenhohe Vitrine imitiert die Pflanzengemeinschaft eines afrikanischen Tiefland-Regenwaldes. 35.000 Pflanzenblätter wurden dafür in Handarbeit gestaltet. Dazwischen sitzen Achatschnecken, Pinselohrschweine und Olivnektarvögel. Interaktive Stationen zeigen, wie wertvoll die Regenwälder für das globale Klima und als Hort vieler überlebenswichtiger Ressourcen sind – und was wir tun können, um sie zu schützen.

86



DIE DÜNNE HAUT DER ERDE

Unsere Böden
bis 08. Januar 2017
Senckenberg Museum
für Naturkunde
Görlitz

1,6 Billionen Wesen leben in 0,3 Kubikmetern Erde. Neben Regenwürmern und Asseln sind es vor allem Bakterien und Pilze, die mit dem bloßen Auge nicht sichtbar sind. Welchen Nutzen haben diese Organismen? Warum sollte der Mensch die Böden besser schützen? Diese Fragen ergründet die Ausstellung im Senckenberg Museum für Naturkunde Görlitz. Der Besucher schrumpft auf die Größe einer Landassel und ergründet in fünf Kammern einen wenig bekannten Mikrokosmos mit 3D-Exponaten, Riechstationen und Wurmcafé. Im Anschluss ist die Wanderausstellung im Senckenberg Naturmuseum Frankfurt und im Zoologischen Forschungsmuseum Alexander Koenig in Bonn zu erleben.

STARKE PFERDE

Mobilität auf vier Beinen
bis 04. Dezember
Deutsches Museum,
Verkehrszentrum
München

Pferde waren lange das Rückgrat des Transportwesens. Sie trugen Güter und Lasten, pflügten Äcker, rackerten in der Industrie. Auch im Nahverkehr kamen die robusten Vierbeiner zum Einsatz: Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein zogen sie Menschen in Droschken und Trambahnen ans Ziel. In einer Sonderausstellung erinnert das Deutsche Museum an die wichtige Rolle der Pferdekraft. Zu sehen sind etwa bepackte Fuhrwerke und Kutschen. An interaktiven Exponaten können die Besucher erleben, was eine Pferdestärke ist und wie sich ein Pferdewagen fährt.

Weitere Ausstellungen unserer
Forschungsmuseen unter:
www.leibniz-gemeinschaft.de/museen

merken

20. Juli, 19.15 Uhr

Vielfalt zählt! Wie wir die biologische Vielfalt der Vergangenheit erforschen — und warum überhaupt?

Ein Vortrag von Krister Smith.
Senckenberg Biodiversität
und Klima Forschungszentrum
(BiK-F), Hörsaal,
Georg-Voigt-Str. 14,
60325 Frankfurt

06. August, 11 Uhr

69 Jahre, 1 Monat und 21 Tage: Atoll-Inseln auf Wanderschaft

Ein Vortrag von Thomas Mann.
Haus der Wissenschaft,
Sandstr. 4/5, 28195 Bremen

24. August bis 01. Januar 2017

Künstlerische Leibniz-Reflexe

Ausstellung.
Leibniz-Institut für
Polymerforschung Dresden
Hohe Str. 6, 01069 Dresden

05.+ 06. September

Der kleine Klimagipfel

Workshop für Bürgerinnen
und Bürger.
Deutsches Schiffahrtsmuseum
Hans-Scharoun-Platz 1,
27568 Bremerhaven

07. September, 18 Uhr

Parlamentari- scher Abend der Leibniz- Gemeinschaft: »Personalisierte Medizin«

Podiumsdiskussion.
Haus der Leibniz-Gemeinschaft,
Chausseestr. 111, 10115 Berlin

17. September bis 01. Januar 2017

Die beste der möglichen Welten. Was uns und die Welt verbindet

Ausstellung.
Technische Sammlungen
Dresden, Junghansstr. 1-3,
01277 Dresden

26. September, 18 Uhr

Leibniz debattiert: Was kostet die Energiewende?

Claudia Kemfert trifft
Ottmar Edenhofer.
Haus der Leibniz-Gemeinschaft,
Chausseestr. 111, 10115 Berlin

26. September, 19 Uhr

Andachtsräume an Flughäfen — Multireligiöse Räume in nichtreligiöser Umgebung

Podiumsdiskussion.
Leibniz-Institut
für Europäische Geschichte
Alte Universitätsstr. 19,
55116 Mainz

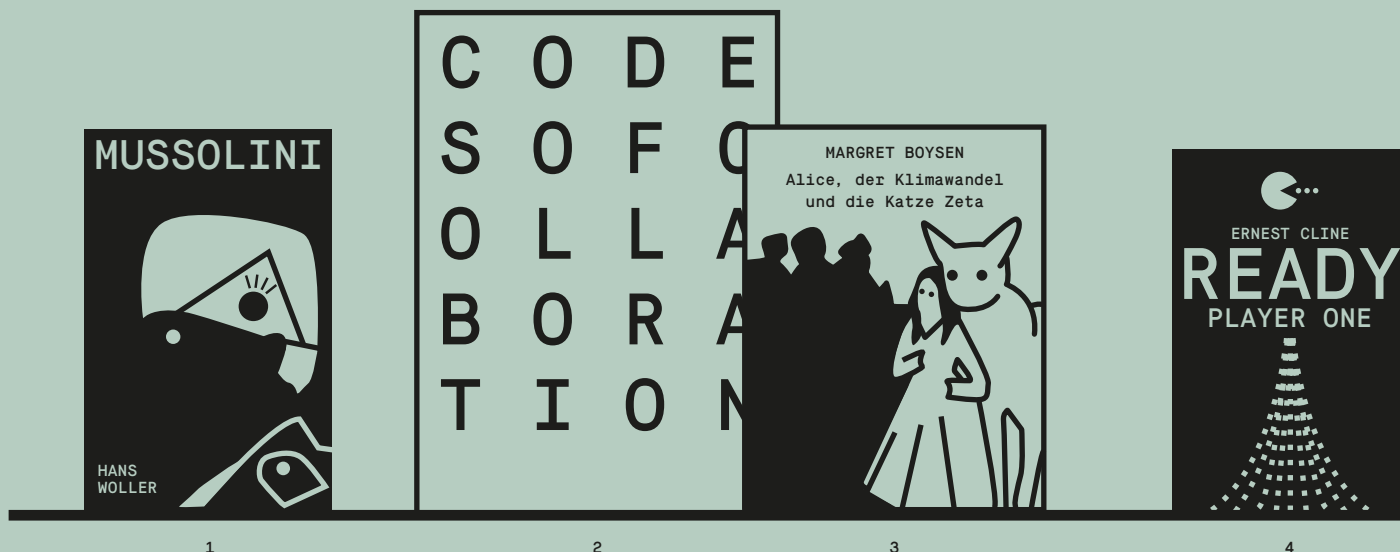
30. September, 16 bis 22 Uhr

WissensNacht Ruhr 2016

Wissensnacht im Ruhrgebiet.
RWI — Leibniz-Institut
für Wirtschaftsforschung
im Haus der Technik,
Hollestr. 1, 45127 Essen

Details und weitere Termine auf:
www.bestewelten.de/kalender

lesen



1

2

3

4

88

1 Hans Woller

MUSSOLINI. DER ERSTE FASCHIST

Er war ein Pionier, auf dessen Neuerungen die Weltgeschichte gerne verzichtet hätte: Benito Mussolini, »der erste Faschist«. Die neue Biografie von Hans Woller bildet den Auftakt zur Reihe »Diktatoren des 20. Jahrhunderts« des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ). Sie will keine Gesamtbioografie des italienischen Diktators für ein Fachpublikum sein, sondern das Wesentliche erfassen und im Licht der modernen Forschung neu deuten. Der Italien-Experte des IfZ erzählt auf gut 300 Seiten, wie der Junge aus einem »gottverlassenen Nest« in Norditalien, zum vergötterten »Duce« und Alliierten Hitlers wurde. Aber auch vom Flüchtling im eigenen Land, der am Ende ermordet und am Dach einer Tankstelle aufgehängt wurde. Woller verfolgt damit auch das Ziel, das Bild Mussolinis zu justieren, denn vor allem in seiner Heimat hat der Faschist noch heute Bewunderer.

CHRISTOPH HERBORT-VON LOEPER

2 Isabel Kronenberger

CODES OF COLLABORATION.

ZUM VERHÄLTNIS VON WISSENSCHAFT
UND GESTALTUNG

Wissenschaft und Gestaltung sind die Protagonisten von Isabel Kronenbergers Buch. Es sind zwei Disziplinen, die man nicht automatisch in Verbindung bringt. Aber schnell wird deutlich: Sie eignen sich als Komplizen. 23 Wissenschaftler und Gestalter kommen zu Wort und beschreiben in Interviews die Orte, Methoden und Prozesse ihrer Arbeit. Mal sind ihre Antworten persönlich, mal sachlich distanziert. Zuweilen gibt es Gemeinsamkeiten an unerwarteten Stellen, dann wiederum könnten die Aussagen unterschiedlicher nicht sein – zum Beispiel wenn es um die Annäherung an ein neues Themen- und Forschungsfeld geht. Ergänzt werden die Interviews durch zahlreiche Fotos aus dem Arbeitsalltag der Befragten; Zeichnungen und Skizzen unterstreichen ihre Statements und erlauben persönliche Einblicke in Büros und Labore. Entstanden ist Kronenbergers Masterarbeit im Rahmen des »Visual Society Program«, einer Kooperation des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung mit der Universität der Künste Berlin.

MARIA LATOS

Wir verlosen jeweils 3

Exemplare von »Mussolini. Der erste Faschist« und »Alice, der Klimawandel und die Katze Zeta«. Nehmen Sie teil:

www.bestewelten.de/verlosung

1	2	3	4
Hans Woller	Isabel Kronenberger	Margret Boysen	Ernest Cline
MUSSOLINI.	CODES OF	ALICE, DER KLIMAWANDEL	READY PLAYER ONE
DER ERSTE FASCHIST	COLLABORATION	UND DIE KATZE ZETA	512 Seiten
397 Seiten	239 Seiten	278 Seiten	Random House
Verlag C. H. Beck, München		Edition Rugeurp, Berlin	2010

3 Margret Boysen

ALICE, DER KLIMAWANDEL UND DIE KATZE ZETA

Durchs Kaninchenloch auf dem Telegraphenberg schlüpft Alice und landet mitten im Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Hier erlaubt ihr ein junger Forscher, in einen Supercomputer zu klettern und selbst verschiedene Klimamodelle zu durchwandern. Im Zeitraffer erlebt Alice nun Szenarien von Verwüstung und Eiszeit und findet sich mal im Regenwald, mal im Paradiesgarten wieder. Die skurrilen Bewohner der Modellwelten – von Prinz Karbon bis Lord Waterlow – und die Katze Zeta klären sie auf ihrer Reise über die potenziellen Folgen des Klimawandels auf: nonchalant statt belehrend, mal berührend, oft beängstigend – und stets metaphernberstend wie in Lewis Carrolls Original. Immer klingen dabei die Themen Weitsicht versus Kurzfristigkeit, Verantwortung versus Verdrängung an. Das Buch lässt sich leicht verschlingen und ist doch schwer zu verdauen, wagt man einen Blick in seine Abgründe. So etwa in der grotesken Schlusszene, die die Egoisten und Wortverdrehungen auf Klimakonferenzen persifliert. 40 Seiten Anhang erleichtern den Zugang zur Materie und wecken das Bedürfnis, die komplexen Zusammenhänge genauer zu verstehen.

ALMUTH WIETHOLTZ-EISERT

WAS LESEN SIE, HERR WESSLING?

»READY PLAYER ONE VON ERNEST CLINE!«

2014. Ich verbringe einen Forschungsaufenthalt im Silicon Valley, wo mein Freund Arthur seit vielen Jahren lebt. Er entwickelte Java 1994, den Push-Knopf fürs Telefon, den ersten tragbaren Wifi-Musikspieler. Während meines Besuchs baut er gerade eine Kamera mit vielen Linsen, die 360 Grad des Raumes erfassen. Arthur hat eine gute Nase, wie die Zukunft aussehen wird. Er empfiehlt mir »Ready Player One« – mein erster Science Fiction Roman. Ich habe ihn verschlungen. 2040. Die Hauptfigur kann über eine Spielkonsole mit speziellen Brillen und Anzügen in die virtuelle Welt Oasis eintauchen. Es muss ein Schatz gesucht werden. Andere wollen den Schatz auch. Wer ist Feind, wer zeitweiliger Freund? Ein klassisches Thema. Das Buch wechselt zwischen virtuellen Zeitreisen und realen Herausforderungen. Doch die Grenzen werden diffus; emotional verzahnen sich die scheinbar getrennten Welten. 2016. Während ich diesen Text verfasse, schreibe ich meiner Tochter eine Nachricht per WhatsApp. Durch die Software Slack plane ich mit meinen Doktoranden neue Experimente, formuliere Hypothesen. Das Internet lässt Zeit, Ort, Welten und Spieler verschmelzen. »Ready Player One« gibt einen spannenden Einblick. 2040 ist morgen. Arthur hat immer noch die richtige Nase. Und Microsoft bringt seine HoloLens heraus.

MATTHIAS WESSLING, Leibniz-Institut für Interaktive Materialien

Sandra Döpjan ist eine von 18.500 Menschen hinter der Leibniz-Forschung. Jeden Monat stellen wir vier von ihnen eine persönliche Frage. Alle Antworten auf: www.bestewelten.de/menschen



90



Wie halten Sie bloß diesen Gestank aus, Frau Döpjan?

» Man gewöhnt sich daran, in gewissen Grenzen. Die Frage sollte eher lauten: Wie halten die Schweine das aus? Sie haben die sensibleren Nasen.
«

SANDRA DÖPJAN

vom Leibniz-Institut für Nutztierbiologie hört Hausschweinen zu. Das hilft, ihre Haltung zu verbessern, denn Schweine tun ihren Unmut lautstark kund.

INTERNA

Seit Januar ist der Mathematiker Michael Hintermüller neuer Direktor des Weierstraß-Instituts für Angewandte Analysis und Stochastik. Am WIAS wird er neben seiner Leitungstätigkeit das neue DFG-Schwerpunktprogramm »Nicht-glatte und komplementaritätsbasierte verteilte Parametersysteme« koordinieren. Hintermüller promovierte in Technischer Mathematik in Linz an der Donau. Nach Stationen in Graz und Essex kam er 2008 als Forschungsprofessor an die Berliner Humboldt-Universität.

Neuer Präsident des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ist Achim Wambach. Der Ökonom war zuvor Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln. Mit der Präsidentschaft am ZEW ist eine Professur an der Universität Mannheim verbunden. In seiner Forschung beschäftigt sich Wambach mit dem Design von Märkten, zum Beispiel in der Energiebranche. Seit 2006 ist er Mitglied im wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie. Im März übernahm Wambach den Vorsitz der Monopolkommission, die die Bundesregierung in Wettbewerbsfragen berät.

Mit der Ernennung von Frank Ewert zum neuen Wissenschaftlichen Direktor ist eine knapp zweijährige Übergangsphase im Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung (ZALF) beendet. In dieser Zeit sind bereits die Position der Administrativen Direktorin sowie zwei Institutsleiterstellen nachbesetzt worden. Ewert führte zuvor die interdisziplinäre Arbeitsgruppe Pflanzenbau an der Universität Bonn. In seiner Forschung untersucht er mittels einer Vielzahl von Modell- und Analysewerkzeugen, wie landwirtschaftliche Anbausysteme durch die Bewirtschaftung oder Umweltfaktoren beeinflusst werden.

Die Leibniz-Gemeinschaft richtet sieben weitere Leibniz-Wissenschaftscampi ein: drei in Kiel, zwei in Berlin sowie jeweils einen in Essen und Leipzig. Thematisch reichen die Vorhaben von wirtschaftlichen Produktionsketten im Zeitalter der Globalisierung bis zur Erforschung chronischer Entzündungen. Sie werden über eine Dauer von vier Jahren mit insgesamt 7,5 Millionen Euro unterstützt. Ebenfalls für vier Jahre fördert die Leibniz-Gemeinschaft Vorhaben aus acht Leibniz-Forschungsverbänden mit insgesamt 1,5 Millionen Euro. Darin arbeiten Leibniz-Institute und externe Partner interdisziplinär zusammen, etwa zu Energiewende, Nanosicherheit und gesunder Ernährung.

Robert Arlinghaus vom Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei hat den CULTURA-Preis der Alfred-Toepfer-Stiftung erhalten. Mit seinem Team entwickelt der »Angelprofessor« Modelle für eine nachhaltige Fischerei. Der Preis ist mit 25.000 Euro dotiert. Seit 2008 wird er Projekten und Forschern aus Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft verliehen.

Die Leibniz-Gemeinschaft hat ab 2017 vier neue Mitglieder: Das Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg, das Geisteswissenschaftliche Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig sowie die Berliner Einrichtungen Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft und Zentrum Moderner Orient. Für die Deutsche Zentralbibliothek in Köln und Bonn und den Erfurter Standort des Leibniz-Instituts für Gemüse- und Zierpflanzenbau (IGZ) empfiehlt der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hingegen ein Ende der Förderung von Bund und Ländern. Der IGZ-Standort in Großbeeren habe sich positiv entwickelt, soll jedoch nach vier Jahren erneut überprüft werden.

Sein Element

92



Weil er den Staub auf dem Bau hasste, studierte Matthias Beller Chemie. Noch heute will der Grundlagenforscher immer mehr wissen und verstehen.

Text CHRISTINE BURTSCHIEDT Foto FABIAN ZAPATKA

Leichtfüßig tänzelt Matthias Beller über die Bühne. In der rechten Hand die Bedienung für den Beamer, hinter sich an der Wand seine Präsentation, sprudeln die Sätze nur so aus ihm heraus. Dabei ist es eigentlich ein schweres Thema, das er seinen Zuhörern in der Berliner »Urania« bei sommerlichen Temperaturen nahebringen will: »Katalysatoren im 21. Jahrhundert.« Der Direktor des Rostocker Leibniz-Instituts für Katalyse (LIKAT) versucht es mit Vergleichen: »Es geht um Stoffumwandlung wie in der Alchemie.«

Beller ist unprätentiös, stets am inhaltlichen Austausch interessiert. Dafür nimmt er sich Zeit, die er eigentlich nicht hat. Zwölf Stunden zählt sein Arbeitstag am Institut. Hinzu kommen die vielen weiteren Tätigkeiten: gestern ein

Vortrag auf einem Symposium in Mexiko, heute ein Gutachten in Finnland, morgen das Nobelpreisträgertreffen in Lindau. Zwischendrin ist Beller Vizepräsident der Leibniz-Gemeinschaft. »Von 255 Arbeitstagen im vergangenen Jahr war ich 166 Tage unterwegs, häufig in China«, sagt er. Ein echter Forscher ist eben auch Kosmopolit.

Wie sich jede Minute für die Wissenschaft nutzen lässt, hat Matthias Beller im Laufe seines Berufslebens gelernt: mit 27 Jahren Promotion und Postdoc in den USA. Dann sechs Jahre Wissenschaftler und Gruppenleiter in der chemischen Industrie in Frankfurt. Wie es der Zufall will, verbringt dort der Münchner Chemieprofessor Wolfgang A. Herrmann ein Industrie-Sabbatical; er holt den jungen Mann 1996 für eine Professur an seinen Lehrstuhl an die TU München, als er selbst deren Präsident wird. Bereits zwei Jahre später, 1998, kommt der Ruf nach Rostock an das heutige LIKAT. Beller bleibt — allen Avancen renommierter Forschungseinrichtungen zum Trotz.

Als er in Rostock anfang, zählte das Institut weniger als 70 Mitarbeiter. Heute sind es 300. Es ist eines der forschungstärksten der Leibniz-Gemeinschaft. Gut 7 Millionen Euro Drittmittel, knapp die Hälfte des Jahresetats. Der Direktor selbst erhielt 2006 den begehrten Leibniz-Preis der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Inzwischen, so Beller, spüre er »großen Druck«, das Institut auf diesem Niveau am Laufen zu halten.

Der Beginn war schwierig. Beller fühlte sich als »junger Besserwisser aus dem Westen« wahrgenommen, als er am LIKAT anfang. Die Politik versprach mehr Geld und ein neues Instituts-Gebäude. Sobald er sein Büro bezogen hatte, wollte das Finanzministerium das Institut schließen. Inzwischen steht das neue Gebäude. Und ein Anbau obendrein. In Erinnerung bleibt ihm aus dieser turbulenten Zeit der Satz eines Kollegen: »Mit der Schlinge um den Hals denkt es sich schneller.«

Beller ist ein Getriebener, stets dem Neuen auf der Spur. Keiner weiß, wann er schläft. Er brennt für sein Fach. Die Chemie ist sein Element. Sie eint zentrale Bedürfnisse des Grundlagenforschers: die Entdeckung neuer Moleküle, handwerkliche Fähigkeiten, sogar künstlerischen Impetus. »Ich bewundere die ästhetischen Aspekte von bestimmten Molekülen und Synthesen«, sagt Beller.

Die Katalyse ist sein Spezialgebiet: die Umwandlung einfacher Rohstoffe in komplexe, neue Moleküle. Und die kön-

nen einiges in Bewegung bringen. »Es gibt keine Wissenschaft, die so viele Innovationen hervorbringt wie die Chemie.« Ob das nun die Tinte seines Füllfederhalters sei oder das Papier, auf dem er schreibe; der moderne Fussboden, auf dem er stehe — oder sogar die Nylonstrümpfe der Frauen.

Nylon, eine besondere Art von Polymeren. Viele bahnbrechende, heute allgegenwärtige Materialien seien durch Zufall entdeckt worden, erzählt Beller. Beim Polyethylen und -propylen, verwendet in Verpackungen und im Automobilbau, war schlicht eine Apparatur verunreinigt. Dieser Zufall brachte dem Chemiker Karl Ziegler 1963 den Nobelpreis.

Mit Unbehagen beobachtet Beller daher die Tendenz zur Programmforschung, die Themen vorgibt und die Freiheit wissenschaftlichen Arbeitens einschränkt. Wer als Forscher gezeigt habe, dass er gute Leistungen erbringe, dem müsse auch mal ein Vertrauensvorschuss gewährt werden, so sein Credo. Immer nur alles auf quantitative Datenabfrage und Impact zu richten, sei problematisch. So entstehe keine Innovation. Essentiell ist für ihn der Austausch mit Seinesgleichen, aber auch der Rückzug in die Familie. Jeden Morgen, den er in Rostock verbringt, fährt er seine beiden Jungs zur Schule.

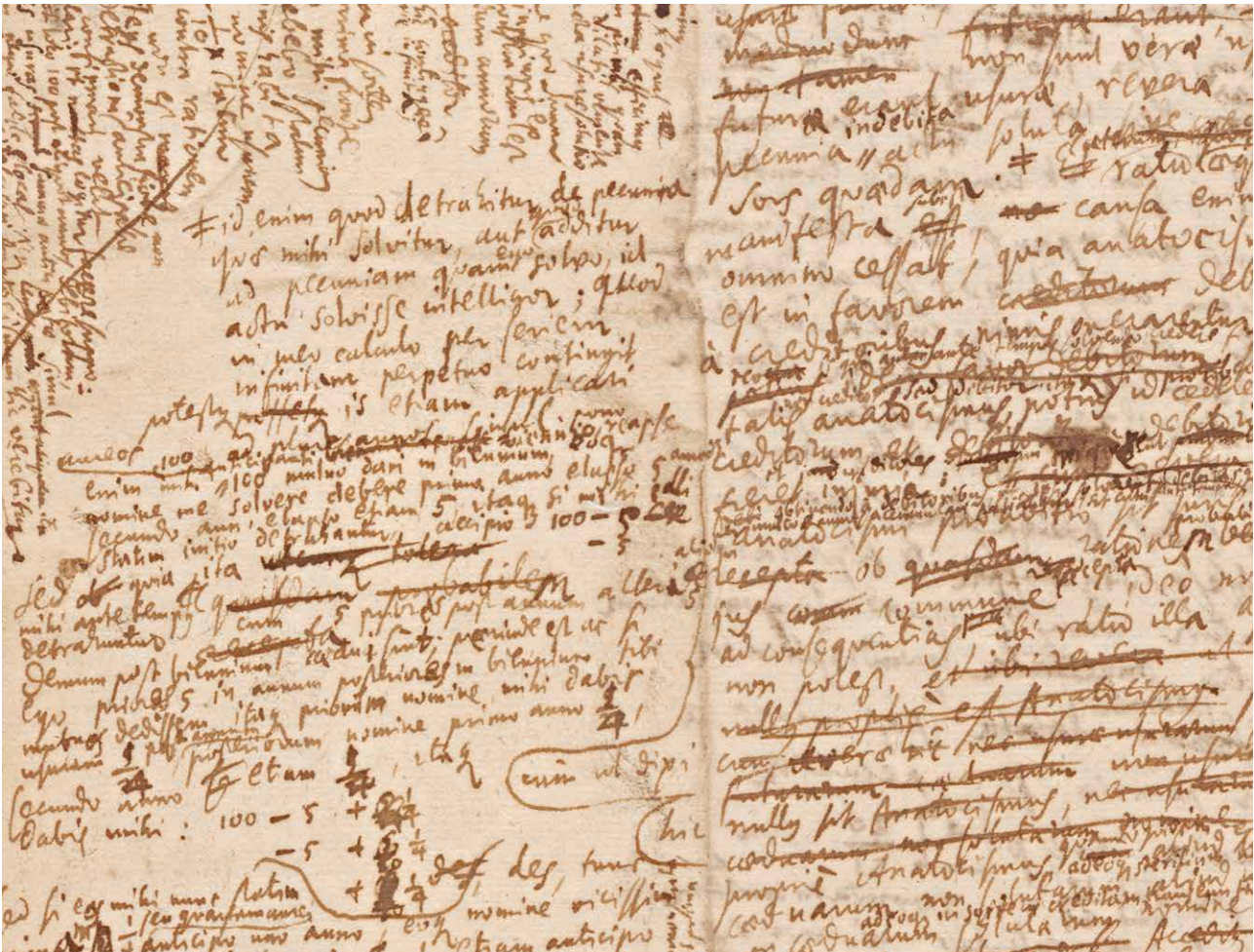
Beller ist der älteste von drei Brüdern. Sein Vater hatte ein kleines Installations-Unternehmen. Sohn Matthias half regelmäßig aus. Doch er hasste den Staub auf dem Bau so sehr, dass er Handschuhe trug. Statt den Betrieb zu übernehmen, studierte er Chemie »auf Lehramt«. Als Beller 1987 abschloss, war seine Neugier entfacht. »Ich wollte mehr wissen und verstehen.«

Heute will er einen Traum wahr machen: aus erschwinglichen und nicht giftigen Stoffen auf Basis von Eisen neue Katalysatoren bauen. »So kann eine Vielzahl chemischer Reaktionen effizienter und nachhaltiger ablaufen und auch der Autokatalysator billiger werden«, erklärt er dem Publikum in der Urania.

Im Erklären und Aufklären sieht der Wissenschaftler einen wichtigen Teil seiner Aufgabe: »Wir müssen der Gesellschaft etwas zurückgeben.« Nicht nur, weil Forschung öffentlich gefördert werde. Auch, weil die Dinge nicht so einfach seien, wie gemeinhin gerne angenommen werde. »Einfache Schwarz-Weiß-Muster gibt es nicht«, sagt Beller. Er wird nicht müde, bis an diesem Abend auch die letzte Frage beantwortet ist.

Krimi am Schreibtisch

Text EBERHARD KNOBLOCH



94

EBERHARD KNOBLOCH

widmet sich seit mehr als 40 Jahren Gottfried Wilhelm Leibniz. Seit 1976 leitet er verschiedene Reihen der Leibniz-Edition an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. In seiner Kolumne schreibt er über seinen Alltag mit dem Universalgelehrten.

Der französische Enzyklopädist Denis Diderot bewunderte Gottfried Wilhelm Leibniz. 1758 schrieb er: »Es hat vielleicht nie ein Mensch so viel gelesen, so viel studiert, mehr nachgedacht, mehr geschrieben als Leibniz. Es ist erstaunlich, dass Deutschland, dem dieser Mann allein so viel Ehre macht wie Platon, Aristoteles und Archimedes ihrem Heimatland zusammen, noch nicht das gesammelt hat, was aus seiner Feder hervorgekommen ist.«

Diderots Lob für Leibniz und sein Tadel für dessen deutsche Nachwelt treffen noch heute zu. Freilich müssen die 200.000 Blatt aus Leibniz' Nachlass auch erst einmal entziffert, verstanden und ediert werden. Der sächsische Universalgelehrte äußerte sich zu allen denkbaren Wissensgebieten in sieben Sprachen: vor allem in Latein, Französisch und auf Deutsch. Er war ein Workaholic. Hatte er doch im Oktober 1674 für sich notiert und die Bemerkung extra unterstrichen: »*Malo enim bis idem agere, quam semel nihil*«, »Lieber will ich zweimal dasselbe tun als einmal nichts.«

Entsprechend groß ist die Herausforderung für uns, die Editoren seiner nachgelassenen Schriften. Leicht hat es Leibniz den Nachgeborenen nicht gemacht, die in der Regel auch nicht mehr wie er Latein wie eine zweite Muttersprache beherrschen und zudem mühsam herausfinden müssen, in welcher Reihenfolge Leibniz seine Gedanken niedergeschrieben hat. Denn Denken und Schreiben waren für ihn nur zwei Seiten derselben Medaille. Seine zahllosen Streichungen, Ergänzungen und Ersetzungen machen das Schriftbild zu einem nur schwer entwirrbaren, meist undatierten Labyrinth. Das Beispiel einer Handschriftenseite aus dem Jahr 1683 zeigt, welche Wege seine Gedanken einschlugen. Leibniz hatte bemerkt, dass man in Sachsen den Barwert einer in der Zukunft geschuldeten Summe nach einer absurden Formel berechnete. In dieser Studie leitet er den richtigen Wert ab.

Als ich dieses Blatt vor einigen Jahren zu entziffern hatte, brauchte ich meine jahrzehntelangen Erfahrungen im Umgang mit solchen Texten. Die Entzifferung kann einige Stunden dauern und ähnelt einem Krimi: Der zusammenhängende Text muss Sinn ergeben, die Sprache muss fehlerfrei sein und man muss die handschriftlichen Eigenheiten berücksichtigen. Letztlich galt aber auch hier der meinen Mitarbeitern ans Herz gelegte Grundsatz: Wir bekommen alles heraus.

» Die Wissenschaft der Zukunft wird offener arbeiten. «

Interview CHRISTINE BURTSCHIEDT & CHRISTOPH HERBERT-VON LOEPER Foto KAJA SMITH

96

Zugang für alle, statt horrender Abgebühren. Doch der Weg zu lizenzfreier wissenschaftlicher Literatur ist kein Selbstläufer. »Open Access muss eine flächendeckende Bewegung werden«, sagt Klaus Tochtermann.

LEIBNIZ Die für Wettbewerb zuständigen EU-Minister haben im Juni beschlossen, bis 2020 alle öffentlich finanzierten Wissenschaftspublikationen unter Open Access-Lizenz erscheinen zu lassen. Ist das der Durchbruch für den freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur?

KLAUS TOCHTERMANN Zurzeit erscheinen circa 14 Prozent der wissenschaftlichen Publikationen im Open Access; man müsste also innerhalb von vier Jahren die übrigen 86 Prozent umstellen. Das ist ein sehr ambitioniertes Ziel, aber trotzdem richtig, weil ohne solche Ziele keine Bewegung ins System kommt.

Das Ziel ist keineswegs verbindlich...

... aber so bleibt Druck auf dem System.

Veröffentlicht wird dort, wo der sogenannte Impact-Faktor am höchsten ist, die zentrale Maßeinheit für wissenschaftliche Exzellenz in vielen Disziplinen. Den höchsten Impact-Faktor weisen bislang etablierte Journale der kommerziellen Verlage auf. Bleiben Open Access-Magazine hier nicht zwangsläufig chancenlos?

Tatsächlich sind der Impact-Faktor und Maßzahlen für Zitationshäufigkeiten wie der »h-index« für Open Access absolut kontraproduktiv. Daher ist eine der Forderungen der »Amsterdamer Erklärung« zu Open Science, wegzukommen von der sehr singulären Messung wissenschaftlicher Leistung durch Impact-Faktoren. Stattdessen sollte der Impact weiter gefasst und die gesellschaftliche Wirkung miteinbezogen werden.

Wie wollen Sie die messen?

Die Indikatoren dafür muss die Wissenschaft entwickeln, etwa der Wissenschaftsrat oder der Rat für Informationsinfrastrukturen. Aus der Leibniz-Gemeinschaft heraus haben wir mit einer Gesprächsreihe zur »Indikatorik für die Digitalisierung der Wissenschaft« einen kleinen Anstoß gegeben und hoffen, dass das Thema jetzt aufgegriffen wird. Ein anderes Bei-



KLAUS TOCHTERMANN

ist Direktor der ZBW – Deutsche Zentralbibliothek für Wirtschaftswissenschaften – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft sowie Universitätsprofessor für Medieninformatik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Der Informatiker ist Sprecher des Leibniz-Forschungsverbundes »Science 2.0«, in dem sich 35 Leibniz-Institute unterschiedlicher Disziplinen mit Universitäten und Forschungseinrichtungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz zusammengeschlossen haben. Zudem ist er Mitglied der *High Level Expert Group* zur Entwicklung der *European Open Science Cloud*.

spiel ist die bürgerbeteiligte Forschung, oft Citizen Science genannt. Hier steht Wissenschaft in direktem Bezug zu gesellschaftlichen Belangen. Es ist höchste Zeit, konkreter zu werden.

Wird die Marktmacht der großen kommerziellen Verlage fortbestehen?

Nicht unbedingt. Im Wissenschaftssystem müssen politische Regeln aufgestellt werden, die festlegen, in welchem Ausmaß etwa Fördermittel an die Bedingung gekoppelt werden, im Open Access zu publizieren. Großbritannien und die Niederlande machen das mit sehr strikten Regeln vor. Es braucht aber auch Anreize für die einzelnen Forschenden.

So wie den neuen Publikationsfonds der Leibniz-Gemeinschaft?

Zum Beispiel. Dieser unterstützt Autoren dadurch, dass er ihnen die Publikationsgebühren abnimmt, die viele Open Access-Zeitschriften erheben, um ihre Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur zu decken.

Das verlagert die Kosten für wissenschaftliche Literatur von der Lesenseite auf die Autorenseite. Der Zugang zur Literatur ist frei, aber dafür entstehen neue finanzielle Hürden, die vor allem für junge Wissenschaftler ein Problem sein dürften.

Der Markt für wissenschaftliche Literatur, deren Lizenzen bei Verlagen liegen, umfasst in Deutschland etwa 300 Millionen Euro, die öffentlich finanzierte Bibliotheken investieren müssen, damit ihre Nutzer die Journale für ihre Forschungsarbeiten verwenden können. Die durchschnittliche Publikationsgebühr für einen Artikel im Open Access liegt in Deutschland bei circa 1.250 Euro. Sie könnten also sehr viele Open Access-Publikationen finanzieren, wenn es die Lizenzen nicht mehr gäbe. Problematisch ist jedoch der Wandel vom einen in das andere System. Aktuell haben wir beide Modelle, was teuer ist. Open Access wäre finanzierbar, aber es müssen alle mitmachen.



OPEN ACCESS

Mit Open Access hat jeder freien Zugang zu wissenschaftlicher Literatur. Aktuell verbreiten kommerzielle Verlage diese immer noch gegen zum Teil immense Abo- oder Lizenzgebühren, obwohl die ihnen zugrundeliegende Forschung oft aus öffentlichen Geldern finanziert wurde. Dafür bieten die Fachjournale mit dem sogenannten Impact-Faktor, der die Zitierhäufigkeit und damit die Bedeutung einer Publikation anzeigt, einen wesentlichen Maßstab für wissenschaftliche Exzellenz. Open Access läuft heute im Wesentlichen in zwei Modellen ab: Auf dem »Goldenen Weg« erscheint eine Publikation sofort in einem Open Access-Journal. Auf dem »Grünen Weg« wird ein Artikel parallel oder zeitversetzt in einem kommerziellen Journal und auf sogenannten Repositorien veröffentlicht, auf Dokumentenservern wie »Leibniz Open« (www.leibnizopen.de).

Was heißt das konkret für die ZBW?

Wenn ich den Publikationsetat der ZBW von etwa 4 Millionen Euro pro Jahr einspare, könnte ich mit dem Geld etlichen Nachwuchswissenschaftlern die Publikationsgebühren bezahlen. Das ist aber noch nicht möglich, weil wir die wirtschaftswissenschaftliche Community mit Fachzeitschriften und Monografien versorgen müssen – und dafür werden meist noch Lizenzen fällig. Wenn die gesamten Wirtschaftswissenschaften auf Open Access umsteigen würden, wäre das kein Problem.

Sie brauchen also mehr Geld, um in der Übergangszeit beides leisten zu können?

Nein, wir benötigen eine breite Debatte in der Wissenschaft. Open Access muss eine flächendeckende Bewegung werden. Europa hat hier eine Schlüsselrolle. Denn in Asien funktioniert quasi nichts ohne Impact-Faktoren. Von dort wird Open Access keinen Rückenwind bekommen. In Amerika ist es ähnlich.

Ist Open Access überhaupt die richtige Antwort auf die Digitalisierung, nachdem wir in der Vergangenheit viele Debatten um Fälschungen und Plagiate erlebt haben?

Das hat nichts mit Open Access zu tun. Wir hatten es schon im gedruckten Bereich mit Plagiaten oder unseriösen Zeitschriften zu tun. Es stimmt aber, wir müssen in der Wissenschaft viel deutlicher machen, dass Open Access nicht automatisch zum Qualitätsverlust führt. Denn wir können hier dieselben Qualitätskriterien anwenden wie bei lizenzierten Veröffentlichungen.

So ganz hat es Open Access jedoch noch nicht geschafft, den Ruf der Zweitklassigkeit abzuschütteln.

Das bisherige Finanzierungsmodell über Publikationsgebühren birgt die Gefahr, dass ein Verlag möglichst wenig von den Einnahmen für teure Qualitätssicherung ausgeben will. Es gibt aber mit dem »Directory of Open Access Journals« bereits ein durch die Wissenschaft selbst organisiertes Ver-

»
**Open Access wäre
 finanzierbar,
 aber es müssen
 alle mitmachen.**
 «

zeichnis, in dem alle seriösen Open Access-Zeitschriften gelistet sind. Wichtig ist auch ein prominent besetztes Herausgeber-Gremium, dessen Mitglieder einen Ruf zu verlieren haben und deshalb auch auf Qualitätsstandards achten.

Open Access spielt eine Rolle in den Wirtschafts-, den Natur- und Lebenswissenschaften.
 Wie ist das bei den Geisteswissenschaften?

In den Geisteswissenschaften haben wir ein ganz anderes Publikationsverhalten. Dort ist die große Monografie, die gedruckt in einem renommierten Verlag erscheint, der Goldstandard. Zahlenmäßig sind das weniger Veröffentlichungen, die unter geringerem Zeitdruck entstehen, als in anderen Disziplinen, die Fachaufsätze veröffentlichen. Grundsätzlich spricht aber auch hier nichts gegen Open Access, ebenso wenig in den Technikwissenschaften. Entscheidend ist: Die Debatte um Open Access muss endlich raus aus dem Zirkel der Bibliothekare, der Wissenschaftspolitik und der Forschungsförderer und rein in die Kreise der Forschenden, damit wir diskutieren können, wie und wo Open Access-Ansätze aus ihrer Sicht sinnvoll sind.

Wie wird sich die Rolle der Bibliotheken durch Open Access ändern?

Der Prozess der Digitalisierung ist nicht mehr aufzuhalten und findet unabhängig von Open Access statt. Wir haben an der ZBW 4,2 Millionen gedruckte Werke. 2014 sind davon 330.000 ausgeliehen worden, 2015 waren es nur noch

260.000. Umgekehrt haben unsere Nutzer 2010 800.000 digitale Dokumente aus unserem Angebot herunter geladen. Ende 2015 waren es mehr als 5 Millionen Dokumente. Daher ist unser Konzept für die Zukunft »content to the user«; wir bringen die Inhalte zu den Nutzern und zwingen sie nicht wie früher zu den Inhalten zu kommen — also in die Bibliothek. Dafür müssen wir das Nutzerverhalten der Studenten und Wissenschaftler genau kennen und wissen, wo sie auf unsere Inhalte zugreifen wollen, bei Facebook, Mendeley oder als weiterführende Literatur zur Wikipedia-Recherche. Für den überwiegenden Teil der wissenschaftlichen Bibliotheken bedeutet Open Access aber vor allem: weg von der reinen Informationsversorgung, hin zum Publikationsmanagement, etwa über die Bereitstellung von Repositorien, Bibliografie-Management oder Autorenberatung.

Steht den Traditions-Verlagen das große Sterben bevor?

Nein, wenn wir auf Open Access umsteigen, könnten die Verlage in einer sinnvollen Arbeitsteilung vor allem Dienstleistungen anbieten, die Bibliotheken nicht so gut können: etwa das Hosten und Verbreiten von Journalen. Ihre Einnahmen würden sie dann nicht mehr über Lizenzen erzielen, sondern über Services wie Publikationsgebühren oder auch Mehrwert-Dienstleistungen, die etwa auf Text- und Data-Mining basieren.

Wie lange wird der Umstieg auf Open Access dauern?

Ich glaube nicht, dass ich seine Vollendung während meiner verbleibenden Berufszeit von 17 Jahren noch erleben werde. Doch der große Trend zur weitestgehenden Öffnung der Forschungs- und Publikationsprozesse in der Wissenschaft ist klar abzusehen. In der Physik erscheinen beispielsweise nicht nur Ergebnis-Publikationen, sondern es werden schon Ideen und Zwischenergebnisse auf dem Open Access-Repository »arXiv« veröffentlicht und diskutiert. Diesem Modell werden andere Disziplinen folgen. Die Wissenschaft der Zukunft wird anders, offener arbeiten.

Meine Welt ist ...

... getüpfelt.

Schon mein halbes Leben erforsche ich die Tüpfelhyänen im Serengeti-Nationalpark. Die Tiere haben einen schlechten Ruf. Zu Unrecht. Ich kenne kein Raubtier, das in so komplexen Sozialstrukturen lebt: Das Rudel wird von einem Alpha-Weibchen beherrscht, es gibt eine strenge Hierarchie. Alle Männchen stehen im Rang noch unter dem untersten Weibchen und zeigen untereinander keinerlei Aggression. Faszinierend ist auch die Kommunikation der Tüpfelhyänen über Düfte. Jede hat ein individuelles Parfüm, das zugleich signalisiert, zu welchem Clan sie gehört. Um sie in ihrer natürlichen Umgebung zu erforschen, reise ich jedes Jahr mehrere Wochen in die Savanne. Unser Ziel ist es, das Sozialverhalten der Hyänen zu verstehen, den Einfluss von Viren und Parasiten auf freilebende Wildtierpopulationen zu untersuchen und zu analysieren, welche Auswirkungen der Mensch auf die Lebensweise der Tiere hat. Wir wollen auch Tansanias Regierung auf die ökologische Bedeutung dieser Schlüsselart aufmerksam machen. An einem typischen Arbeitstag stehe ich vor Sonnenaufgang auf und beobachte die Hyänen bei der Aufzucht, der Paarung, beim Spielen und beim Jagen. Ich unterscheide die mehreren hundert Tiere an ihrer Tüpfelung, Narben und anderen Auffälligkeiten. Mittags legen sie sich schlafen und ich kann mich im Camp um andere Dinge kümmern. Dann repariere ich zum Beispiel den Wassertank, wenn sich die Elefanten mal wieder darüber hergemacht haben. Zwischen vier und acht Uhr bin ich wieder bei den Hyänen. Weil sie in großen Clans mit 80 bis 100 Individuen leben, sammeln wir fürchterlich viele Daten an so einem Tag im Feld. Routinemäßig erfassen wir Informationen zu den Familienverflechtungen, zu Krankheiten und zur Rangordnung. Bei den Jungtieren suchen wir auch nach Kot-Proben, um ihre Väter bestimmen zu können. Eigentlich bin ich Ornithologin. 1987 bekam ich durch Zufall die Möglichkeit, das Hyänen-Projekt zu starten. Mittlerweile habe ich sechs Generationen begleitet. Ich kenne die Urururgroßeltern der Hyänenkinder von heute.

Nächstes Mal

03/2016

Innenwelt



In unserer nächsten Ausgabe behandeln wir das ansteckende Thema Gesundheit. Funktionieren Tierversuche auch ohne Tiere? Können wir unser Immunsystem einfach neu programmieren? Und warum sucht uns altes Leid eigentlich immer von Neuem auf?

HERAUSGEBER

Der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft,
Matthias Kleiner, Chausseestraße 111,
10115 Berlin

CHEFREDAKTION Christine Burtscheidt
(V. i. s. d. P.)

REDAKTION David Schelp (C. v. D.),
Stefanie Hardick, Christoph Herbert-von
Loeper, Maria Latos, Julia Ucsnay

ART DIREKTION Sina Schwarz, Novamondo

BILDREDAKTION Fabian Zapatka

MITARBEITER DIESER AUSGABE

Text Marlene Brey, Jannis Hagmann,
Marlene Halser, Lea Hampel, Eberhard
Knobloch, Mounia Meiborg, Franziska
von Malsen

Foto/Illustration Jannis Hagmann, Grey
Hutton, Herlinde Koelbl, Tobias Kruse,
Noshe, Kaja Smith, Fabian Zapatka /
Christian Ruff, Sina Schwarz, Andreas
Töpfer

DRUCK MedienSchiff Bruno, Hamburg

REDAKTIONSADRESSE

Redaktion leibniz, Leibniz-Gemeinschaft,
Chausseestr. 111, 10115 Berlin
T 030/206049-0, F 030/206049-55
bestewelten@leibniz-gemeinschaft.de
www.bestewelten.de
www.leibniz-gemeinschaft.de

leibniz erscheint viermal im Jahr.

Kostenloses Abo

abo@leibniz-gemeinschaft.de
www.bestewelten.de/leibniz-jahr-2016/
magazin

ISSN-Nr. 2192-7847

Leibniz bei twitter @LeibnizWGL

Leibniz auf Facebook www.facebook.com/
leibnizgemeinschaft

Mehr Geschichten aus Wissenschaft und
Gesellschaft: www.bestewelten.de

BILDNACHWEISE

Titel+S.1+S.10 Erik Marquardt; S.4 design-
ritter, Steffz (beide photocase.de),
Roberto Caccuri/contrasto/laif, Ted Wood;
S.6 HKI; S.7 Tobias Kruse/Ostkreuz; S.81
Kaja Smith; S.82 MfS HA PS/Fo/63/Bild 302;
S.84+85 Welters/laif, picture alliance/
dpa-Zentralbild, picture alliance/AP
Images; S.86 Pferde: The J. Paul Getty
Museum/The Terminal; Alfred Stieglitz
(American, 1864–1946), www.BioLib.de; S.90
Greg Ortega, DPZ; S.94 Gottfried Wilhelm
Leibniz Bibliothek — Niedersächsische
Landesbibliothek, Hannover LH II, V, 1
Bl. 16v.

leibniz wird auf dem Umpeltpapier
RecyStar® Polar gedruckt, ausgezeichnet
mit FSC-Zertifikat (C106855), Blauem
Engel und EU-Blume. Einen Teil der
Auflage versenden wir in einer zu 100%
recyclingfähigen Polyethylenfolie. Diese
verbrennt rückstandsfrei, ist frei
von Weichmachern und Schwermetallen und
verhält sich grundwasserneutral.

**die beste
der möglichen
Welten**



Das Magazin der Leibniz-Gemeinschaft
www.bestewelten.de